8C

Inhaltsverzeichnis

20. 4.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg
S. 1 bis 42

22. 7.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg
S. 43 bis 78

26.10.1943: Regierungssitzung im Regierungssaal der Burg
S. 79 bis 152

16.12.1943: Regierungssitzung im Königssaal der Burg
S. 153 bis 185

- - -

1

Regierungssitzung
am 20. April 1943
(Führergeburtstag)

im Königssaal der Burg zu Krakau.

Teilnehmer:

Der Generalgouverneur
Staatssekretär Dr. Bühler
Staatssekretär Dr. Boepple
Pressechef Gassner
Oberstarbeitsführer Hinkel
Oberstleutnant v.Dazur
Frhr von der Goltz
Frhr von Medem
Amtsleiter Gutbrod
Direktor Dr. Coblitz
Direktor Dr. Müller
Gouverneur Dr. Wendler
O.R.R. Wessel
Hauptbannführer Förschle
Erster Staatsanwalt Dr. Meidinger
O.L.G.R. Dr. Weh
Präsident Ohlenbusch
Präsident Dr. Struve
Präsident Naumann
Generalleutnant d.Pol. Becker
Präsident Bauder
Gouverneur Kundt
Bankdirigent Dr. Paersch
Präsident Dr. Senkowsky
Präsident Gerteis
Ministerialrat Plodeck
Senatsrat Dr. Blauert
Präsident Dr. Eißfeldt
Präsident Losacker
SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth
Baudirektor Schuhmache
Präsident Tetzner
Präsident Lauxmann
Kanzler Kloetzel
Reg.Direktor Eichholz
Präsident Prof.Dr. Teitge
Hauptabschnittsleiter Stahl

Ausgefertigt in 4 Exemplaren:

1. z.d.A. d. Kanzlei des GG.
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. O.L.G.R. Dr. Weh
4. Pressechef Gassner

Anwesenheitsliste

für die Hauptabteilungspräsidenten - Sitzung

am 20. April 1943

im Königssaal der Burg zu Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Dr. Boepple		
Gassner	Pressechef d. Reg.	
Schenkel	Beauftragter für die Kriegswirtschaft	
Dazur	Oberstleutnant	Verb. Offiz. d. Lw.
[illegible]	Rittmeister	Verb.-Offz. d. W. Bdo.
Dr. Schollmeier	geschf. Lt. d. Personalamts d. Reg.	
Hummel	Amtsleiter i. d. Reg.	
Coblitz	Direktor des Instituts	für Deutsche Ostarbeit
Dr. Müller	Amtsleiter d. Stat. Amts	Stat. Amt
Dr. Wendler	Gouverneur	Krakau
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	OLGR	Amt für [illegible]
[illegible]	OStA	[illegible]
[illegible]	Präs.	[illegible]
[illegible]	Präs	[illegible]
[illegible]	[illegible]	H SS u. Pol. F.
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Radom [illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	Präsident der	Hauptstelle [illegible]
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dr. [illegible]	[illegible]	[illegible]

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Zippel	Präsident	Hauptabtlg. Finanzen
[illegible]sacher	Vizepräsident	" Innere Verwaltung
[illegible]	BdS	BdS
Schuhmacher	Baudirektor	Raumordnung
Lezius	Abteilungsleiter	[illegible] Außenwirtschaft
Siegmann	Präsident	Hauptabtlg. Post
Dr. Kloetzel	Kanzler	Auswärtiges Amt
F. [illegible]	Reg. Direktor	HA Wissenschaft u. Unterricht
Teitge	Leiter	H.A. Gesundheitswesen
[illegible] Hahn	Stell. Leiter	N.S.D.A.P.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Präsident	Hauptstelle [illegible]
[illegible]jacken	Vizepräsident	" Innere Verwaltung
[illegible]	dto	dto
Schuhmacher	Baudirektor	Raumordnung
[illegible]	Abteilungsleiter	[illegible] Außenwirtschaft.
Jungmann	Präsident	Hauptstab. [illegible]
Dr. Klootzel	Kanzler	Auswärtiges Amt
F. [illegible]	Reg. Direktor	H A [illegible]
Tietje	Leiter	H. A. [illegible]
[illegible]	Stellv. Leiter	N S D A P.

Beginn der Sitzung 11^{00} Uhr

Vor der Sitzung überbringt Graf Fossombrone die Glückwünsche der italienischen Regierung zum Geburtstag des Führers mit folgenden Worten: Im Auftrage meiner Regierung habe ich die Ehre, Ihnen Excellenz, die Grüsse der italienischen Regierung und des ganzen italienischen Volkes für den grossen Führer Deutschlands zu übermitteln. Unser Wunsch ist heute Ihr Wunsch, Excellenz, unser Gruß Ihr Gruß. Heil Hitler!

Der Herr Generalgouverneur: Herr Graf! Ich danke Ihnen im Namen der Regierung des Generalgouvernements für die Glückwünsche. Sie können überzeugt sein, dass das neue Jahr ebenfalls im Zeichen der treuen deutsch-italienischen Verbundenheit stehen wird. -

\+ + +

Anschliessend eröffnet der Herr Generalgouverneur die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Ich habe Sie heute auf die Burg gebeten, um aus Anlaß des Geburtstages des Führers in besonders feierlicher Form, allerdings im Rahmen des Krieges, in dem jede Stunde zur Arbeit genutzt werden muss, eine Regierungssitzung abzuhalten.

Ich habe in unser aller Namen dem Führer telegrafisch die Glückwünsche der Deutschen des Generalgouvernements und der Regierung des Generalgouvernements ausgesprochen und erneut das Gelöbnis abgelegt, dass wir hier in seinem Dienste, im Dienste des Freiheitskrieges unseres Volkes und im Dienste des Sieges so wie bisher alles einsetzen an Kraft, Energie, materiellen und menschlichen Reserven dieses Raumes, was nur menschenmöglich ist. Dem zum Gelöbnis bitte ich Sie, sich von den Plätzen zu erheben und am 54.Geburtstag des Führers zu gedenken. Adolf Hitler - Sieg Heil!
Ich danke Ihnen.

Meine Herren! Heute morgen wurde auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger ein Attentat verübt, das gottlob ohne weitere Schäden abging. Nach den mir bisher zugegangenen Meldungen wurde auf den Wagen ein Sprengkörper geworfen, der zu einer teilweisen Zerstörung desselben geführt hat. Ich habe dem Staatssekretär Krüger in unser aller Namen unsere Freude zu seiner Errettung zum Ausdruck gebracht. Dieses Attentat ist ein erneutes Zeichen, wie ernst die Lage ist. Zum ersten Mal wurde damit ein Angriff auf eine der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements unternommen. Wir müssen daraus den ernsten Entschluß unserer polnischen Feinde erkennen, sich durch immer steigende Terror-Maßnahmen des Mittels zu bedienen, Unruhe in die Deutschen dieses Raumes zu bringen, unsere Regierungsmaßnahmen zu stören und die Arbeit, die wir im Dienste des Krieges und des Sieges in diesem Raum zu vollführen haben, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch zu behindern. Wir haben vor einigen Tagen in diesem Saal eine Sitzung über die Sicherheitslage abgehalten und werden uns heute erneut darüber aussprechen müssen.

Ich wäre Ihnen, General Becker, dankbar, wenn Sie Obergruppenführer Krüger nochmals unsere besten Wünsche übermitteln würden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt hierauf dem Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, das Wort:

Meine Herren! Wir befinden uns in der letzten Hälfte des vierten Kriegsjahres, das mit der Verkündung des totalen Krieges in den Höhepunkt der Anstrengungen des deutschen Volkes um den Endsieg eingetreten ist. Das Generalgouvernement, das von Anfang an seine Existenz-Berechtigung und seine Aufgabe nur in dem Nutzen für das Reich und für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials gesehen hat, wird sich diesen äussersten Anstrengungen in jeder Hinsicht anschliessen.

Wir stehen wieder vor der Durchführung einer grossen

Meine Herren! Heute morgen wurde auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen Krüger ein Attentat verübt, das gottlob ohne weitere Schäden abging. Nach den mir bisher zugegangenen Meldungen wurde auf den Wagen ein Sprengkörper geworfen, der zu einer teilweisen Zerstörung desselben geführt hat. Ich habe dem Staatssekretär Krüger in unser aller Namen unsere Freude zu seiner Errettung zum Ausdruck gebracht. Dieses Attentat ist ein erneutes Zeichen, wie ernst die Lage ist. Zum ersten Mal wurde damit ein Angriff auf eine der führenden Persönlichkeiten des Generalgouvernements unternommen. Wir müssen daraus den ernsten Entschluß unserer polnischen Feinde erkennen, sich durch immer steigende Terror-Maßnahmen des Mittels zu bedienen, Unruhe in die Deutschen dieses Raumes zu bringen, unsere Regierungsmaßnahmen zu stören und die Arbeit, die wir im Dienste des Krieges und des Sieges in diesem Raum zu vollführen haben, wenn nicht unmöglich zu machen, so doch zu behindern. Wir haben vor einigen Tagen in diesem Saal eine Sitzung über die Sicherheitslage abgehalten und werden uns heute erneut darüber aussprechen müssen.

Ich wäre Ihnen, General Becker, dankbar, wenn Sie Obergruppenführer Krüger nochmals unsere besten Wünsche übermitteln würden.

Der Herr Generalgouverneur erteilt hierauf dem Chef der Regierung des Generalgouvernements, Staatssekretär Dr. Bühler, das Wort:

Meine Herren! Wir befinden uns in der letzten Hälfte des vierten Kriegsjahres, das mit der Verkündung des totalen Krieges in den Höhepunkt der Anstrengungen des deutschen Volkes um den Endsieg eingetreten ist. Das Generalgouvernement, das von Anfang an seine Existenz-Berechtigung und seine Aufgabe nur in dem Nutzen für das Reich und für die Stärkung des deutschen Kriegspotentials gesehen hat, wird sich diesen äussersten Anstrengungen in jeder Hinsicht anschliessen.

Wir stehen wieder vor der Durchführung einer grossen

Erzeugungsschlacht. Die Maßnahmen sind bereits im Winter angelaufen und Sie können bei einer Fahrt durch die Lande feststellen, in welch erfreulichem Ausmaß der Apell der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft an die polnische landwirtschaftliche Bevölkerung auf fruchtbaren Boden gefallen ist. Allerdings ist für das Gelingen dieser Erzeugungsschlacht Voraussetzung, dass eine Beruhigung der Sicherheitslage eintritt, dass das Funktionieren des Transportwesens gewährleistet ist, und dass endlich die Störung des Vertrauens der polnischen landwirtschaftlichen Bevölkerung des Generalgouvernements zur deutschen Führung beseitigt wird.

Auf industriellem Sektor gelten unsere wirtschaftlichen Bemühungen der deutschen Rüstungswirtschaft, d.h. was in diesem Raum an Rohstoffen und Material vorhanden ist, was an Arbeitskräften eingesetzt werden kann, und was an Nahrungsmitteln für die Ernährung ~~für die Ernährung~~ der in der Rüstung tätigen Bevölkerung aufgebracht werden kann, wird in den Dienst dieser Rüstung gestellt. Das Endergebnis dieser Produktion kommt unmittelbar dem Reich zugute, und ist als unmittelbarer Beitrag des Generalgouvernements zur Rüstung des Reiches zu betrachten. Die sonstigen wirtschaftlichen Kräfte werden in rationeller planmässiger Weise zusammengefasst, das Unwirtschaftliche und Unkontrollierbare wird ausgeschaltet. Die noch vorhandenen Erzeugungskapazitäten werden in den Dienst der Versorgung der einheimischen Bevölkerung ~~in~~ und der hier tätigen Deutschen gestellt. Auch hier muss ich als Voraussetzung bezeichnen, dass es dem Generalgouvernement durch Verhandlungen mit dem Vierjahresplan in Berlin gelingen muss, für die in unserem Interesse arbeitende Bevölkerung Ernährungssätze zur Verfügung zu bekommen, wie sie bereits im Reich, im Protektorat und in den eingegliederten Ostgebieten selbst für Gefangene gewährt werden. Nur dann ist auf die Dauer mit der Möglichkeit zu rechnen, den Arbeiter an seiner Arbeitsstätte zu halten, ihn nicht zum Schleichhandel zu treiben, und so seine Arbeitskraft hundertprozentig auszunützen.

Die Transportsituation hat sich insofern gebessert, als eine Kohlenzufuhr in einem weit besseren Ausmaß als bisher vor sich gegangen ist und vor sich geht.

In der Arbeiter-Erfassung für das Reich stecken wir in den intensivsten Bemühungen. Der Herr Generalgouverneur hat vor wenigen Wochen den ein Millionsten Arbeiter für das Reich verabschiedet. Zut Zeit sind bereits wieder 10.000 für das Reich geworben. In Galizien macht man den ersten Versuch, durch jahrgangweisen Aufruf der Bevölkerung die nötigen Arbeitskräfte für das Reich zu erhalten. Dieser Versuch verläuft, von einigen selbstverständlichen Anfangsschwierigkeiten abgesehen, gut, sodass wir bei einem weiteren Arbeiterbedarf des Reiches zu einer die Bevölkerung des Generalgouvernements nicht unnötig beunruhigenden Arbeiter-Erfassung kommen werden.

Ich habe hier nur einige der wichtigsten Punkte unserer Arbeit aufgezeichnet. Ich gebe der Hoffnung Ausdruck, dass Sie unentwegt und mit äusserster Anspannung aller Kräfte in Ihrer Arbeit für das Generalgouvernement und für das Reich auch im kommenden Wirtschaftsjahr fortfahren werden.

Hauptabteilungspräsident Naumann geht in seinen Ausführungen von seinem Bericht in der letzten Sitzung über die Ernährungslage aus. Für das fünfte Kriegswirtschaftsjahr müsse durchgesetzt werden, dass aus der Ernete 1943 in erster Linie die notwendigen Nahrungsmittel für das Generalgouvernement bereitgestellt und erst in zweiter Linie Leistungen für das Reich und für andere, ausserhalb des Generalgouvernements stehende Bedarfsträger erbracht werden müssten. Die Hauptabteilung stehe bereits mitten in diesen Verhandlungen; Ziel sei, in dieser Angelegenheit eine schriftliche Vereinbarung mit den maßgebenden Reichsstellen zu erreichen. Dazu bedürfe es der Mithilfe aller Dienststellen des Generalgouvernements, aller Dienststellen, die ihren Sitz im Generalgouvernement haben, also ausserhalb der Regierung des Generalgouvernements stehen. Sie müssten bei ihren obersten Reichsbehörden Verständnis dafür erreichen,

dass die Wünsche und bescheidenen Ernährungssätze, die man glaube im 5.Kriegswirtschaftsjahr unter allen Umständen den im deutschen Interesse arbeitenden Fremdvölkischen und ihren Familienangehörigen gewähren zu müssen, auch tatsächlich vom Reich zugestanden werden. Es ist nicht nur im Interesse der deutschen Rüstung sondern auch im Interesse der Ruhe und Ordnung im Lande unbedingt notwendig, dass man den im deutschen Interesse tätigen Arbeitern im 5.Kriegswirtschaftsjahr Sätze zugestehe, die eine vernünftige Versorgung ermöglichten.

Die Hauptabteilung denke an die Einführung der Warthegau-Regelung für die im deutschen Interesse Tätigen und deren Familienangehörige. Er habe schon in der letzten Ernährungssitzung dargelegt, dass die Einführung der Rationssätze der Warthegau-Regelung auf dem Sektor Getreide nach den augenblicklichen Wünschen des Reiches möglich wäre. Bei Zucker, Fleisch und Fett sei das noch nicht der Fall, da die Forderungen des Reiches und die nach Einführung der Neuregelung im Generalgouvernement benötigten Mengen auf diesen Sektoren nicht erbracht werden könnten. Es ist daher eine Forcierung der Verhandlungen mit dem Reich notwendig, damit man für das 5.Kriegswirtschaftsjahr im Generalgouvernement eine Ernährungsbilanz aufstellen könne, deren Durchhaltung im Interesse des Gesamtraumes unbedingt notwendig erscheine.

Der Herr Staatssekretär habe bereits ausgeführt, dass die Erzeugungsschlacht und alle Maßnahmen, die eine Steigerung der Produktion in kriegsbedingtem Umfange ermöglichen, gut angelaufen seien, und dass allüberall f draussen auf dem Lande bis in die letzten Dörfer hinaus die Gedankengänge der Erzeugungsschlacht lebendig seien.

Mit banger Sorge jedoch betrachte die Hauptabteilung die Entwicklung auf dem Gebiete der allgemeinen Sicherheit. Kein Tag vergehe, an dem nicht Männer der Dienststellen der Hauptabteilung draussen überfallen und sogar erschossen würden. Ausserordentlich stark sei der polnische Agronomen-Apparat, der in letzter Zeit grosse Verluste erleiden müsse, gefährdet. Dringend notwendig sei es, die polnischen Agrono-

men versorgungsmässig so zu stellen, dass ihre Hinterbliebenen nach dem Tode ihres Ernährers keine Notleiden müssten. In zunehmendem Maße würden auch Verarbeitungsstätten überfallen, ausgeraubt und zum Teil zerstört oder Viehtransporte zu den Bahnhöfen durch Banditen verhindert. Betriebe landwirtschaftlicher Art hätten ebenfalls stark unter Überfällen, bei denen das Vieh totgeschlagen werde, zu leiden. Alle diese Vorkommnisse stünden der intensiven Fortführung der Erzeugungsschlacht im Wege. Auch auf Vorratslager, die bisher von Überfällen ziemlich verschont geblieben seien, würden Anschläge verübt, bei denen das gelagerte Getreide vernichtet werde, um den Anschluß an die neue Ernte unmöglich zu machen. Die Entwicklung auf dem Sicherheitsgebiet mache der Hauptabteilung grosse Sorgen und die vielen Überfälle seien nicht dazu angetan, die Arbeit, die sie durchführen müsse, zu erleichtern.

Da nach Aufforderung durch den Herrn Generalgouverneur keiner der anwesenden Herren das Wort ergreifen will, stellt der Herr Generalgouverneur die Einmütigkeit der Regierung des Generalgouvernements für die geplanten Maßnahmen auf dem Ernährungssektor amtlich fest.

<u>Hauptabteilungspräsident Struwe</u> äussert sich über die Arbeiter-Erfassung. Seit der Verabschiedung des ein Millionsten Arbeiters in Krakau durch den Herrn Generalgouverneur, habe das Generalgouvernement bereits wieder 110.000 Kräfte für das Reich abgestellt. Zur Zeit laufe die sog. Bergbau-Aktion mit einem Soll von 50.000 Arbeitern, das Ergebnis sei bis jetzt aber noch reichlich unbefriedigend. Das liege daran, dass bei der hier erprobten erstmaligen jahrgangweisen Auskämmung in Galizien zwar 100 Prozent zur Musterung erschienen, jedoch nach der Ausmusterung den Behörden nicht Folge leisteten. Es erschienen dann nur 30 - 50 Prozent, während die grössere Hälfte durch Polizeikräfte herbeigeholt werden müsse. Inwieweit die Polizei hier Erfolg habe, sei noch nicht bekannt.

Im Distrikt Krakau verliefen die Aktionen tadellos; hier seien das Verständnis und die Zusammenarbeit zwischen Arbeitseinsatz und Verwaltung besonders im Kreis Neu-Sandez vorbildlich. Die hier entwickelten Methoden würden im ganzen Generalgouvernement eingeführt, wenn nicht die erstmalig erprobte jahrgangweise Einberufung wünschenswerter sei. Entscheident für den Erfolg sei aber immer wieder die Frage, ob die deutsche Autorität Kraft genug besitze, den Menschen die deutschen Anordnungen als unausweichlich erscheinen zu lassen.

Zufrieden mit der Arbeiter-Erfassung könne man auch im Distrikt Radom sein, der in der Abgabe an der Spitze des Generalgouvernements liege. An 2.Stelle folge dann der Distrikt Krakau. Verhältnismässig gut sei die Aktion auch in Warschau in Anbetracht der grossen politischen Schwierigkeiten zu beurteilen. Im Distrikt Lublin müsse das Ergebnis als gänzlich unbefriedigend bezeichnet werden; als hauptsächlichen Grund dafür sehe er die Aussiedelung in diesem Distrikt an. Dort gebe es ganze Dörfer, in die sich niemand hineinwagen könne.

Als Störungsmoment bei der ganzen Arbeiter-Gestellung müsse die zunehmende Unsicherheit angesprochen werden. Rundschreiben würden verbreitet, in denen systematisch dazu aufgefordert werde, die Arbeitseinsatz-Verwaltung zu zerrütten; die Angriffe auf das Personal nähmen ständig zu. In Warschau sei vor kurzem der Leiter des Arbeitsamtes Pg. Hoffmann erschossen worden; auch sein Stellvertreter und einen Tag nach der Beerdigung auch der Leiter der Sozialversicherungskasse seien ermordet worden. Zunähmen auch in starkem Umfange die Angriffe auf in der Arbeitsverwaltung tätige nichtdeutsche Personen, auf polnische Werber und Angestellte der Arbeitsämter. Es vergehe keine Woche, in der nicht polnische Werber und Angestellte erschossen würden. Er sei überzeugt, dass nur eine Beruhigung der Sicherheitslage die Arbeiter-Gestellung für das Reich und die Befriedigung des Kräftebedarfs in diesem Raum zur Zufriedenheit von Reich und Generalgouvernement lösen könne.

Ministerialrat Plodeck stellt als Vertreter des Leiters der Hauptabteilung Wirtschaft einige grundsätzliche Probleme auf dem Sektor der allgemeinen Wirtschaftsverwaltung heraus. Er knüpft an Ausführungen von Hauptabteilungsleiter Naumann im Hinblick auf die Sicherung der Ernährungslage an. Präsident Emmerich habe in der Ernährungssitzung ausgeführt, dass auf dem Sektor der allgemeinen Wirtschaft unter Berücksichtigung gewisser wehrwirtschaftlicher Fertigungen eine entsprechende Berücksichtigung der Arbeiter der Rüstungsbetriebe, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten einzutreten habe. In logischer Fortführung dieses Gedankens sei die Hauptabteilung dazu übergegangen, für die Arbeiter der gewerblichen Wirtschaft Dringlichkeitsstufen auszuarbeiten. Diese schlössen sich an die bestehenden Reichsrichtlinien an. Man hoffe, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft den notwendigsten Bedürfnissen Rechnung tragen zu können.

Als zweites Gebiet nenne er das Auftragswesen. Man sei von dem sog. Kriegsauflage-Programm ausgegangen und lasse eine Herstellungsanweisung in weitestem Umfange ergehen. Im Anschluss an diese Herstellungsweisung werde eine entsprechende Lenkung der Produktion stattfinden. Die Arbeiten dazu seien in vollem Gange.

Im jetzigen Augenblick spiele das interessante Gebiet der Verwendungsverbote eine grosse Rolle. Im Reich gelte auf dem gesamten Gebiet der Wirtschaft das System der Verwendungsverbote und das Generalgouvernement müsse zwecks Durchführung einer befriedigenden und ausreichenden Rationalisierung an eine entsprechende Regelung herangehen. Die Schwierigkeiten seien aber hier im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich wesentlich grösser. Sie lägen vor allem darin, dass der deutschen Verwaltung nicht das notwendige technische Personal und auch das Kontrollpersonal für die Durchführung der Verwendungsverbote zur Verfügung stünden. So habe z.B. die Bewirtschaftungsstelle für Metalle nur ganze 2 Personen zur Verfügung. Das Verwendungsverbot und seine praktische Anwendung sei in diesem Raume sehr stark durch die Tatsache behindert, dass im Gegensatz zu den Verhältnissen im Reich

die Werkstoffindustrie unentwickelt sei. Im Reich könnten anstelle der knapp gewordenen Metalle die vorhandenen Werkstoffe treten. Die Entwicklung auf diesem Sektor sei im Gange und werde weiter eifrig betrieben.

Wie bereits Staatssekretär Dr. Bühler erklärt habe, könne die Kohlenversorgung für das Generalgouvernement als befriedigend angesehen werden. Man könne sogar über das dem Generalgouvernement zustehende Kontingent hinaus Kohle transportieren. Man hoffe auch, dass diese Situation vorerst gehalten werden könne.

Auf dem Gebiete der Betriebsbereinigungen sei die Betriebsstillegungs- und -bereinigungsverordnung in Kraft. Die Arbeiten auf diesem Gebiet lehnten sich in den Einzelheiten streng an die grundsätzlichen Auffassungen an, die vor kurzem im Reich erlassen worden seien, und erstrecken sich auf den Handel, das Handwerk und das Gaststätten-Gewerbe. Auf diesem Sektor sei schon sehr viel geschehen. Beim Handwerk liefen die Arbeiten noch in Gestalt der Bildung von Zusammenschlüssen, ebenso seien die Arbeiten für die Bereinigung des Gaststätten-Wesens noch im Gange. Einen grösseren Bericht habe man vor kurzem an Reichsminister Dr. Lammers gesandt.

Hauptabteilungspräsident Eissfeldt berichtet, dass die Arbeiten in der Forstwirtschaft auf Grund des von Herrn Generalgouverneur als einer aussergewöhnlichen Maßnahme verkündeten Holzbeschaffungsplans vor sich gingen. Die Hauptabteilung habe wegen der Waldarmut der Ukraine einen wesentlichen Teil der Ostwirtschaft zu versorgen. Auch das Bauprogramm der Ostbahn, das oberschlesische Industrierevier (Grubenholz) und die Ernährungswirtschaft (Errichtung von Getreidelagern) und viele andere Bedarfsträger beanspruchten grosse Mengen Holzes.

Den grössten Engpaß stelle die Holzabfuhr dar, die jedoch in letzter Zeit eine wesentliche Besserung erfahren habe. Auf der anderen Seite seien aber wiederum neue Hinderungsmomente hinzugekommen. Auch die allgemeine Sicherheitslage

übe sehr starken Einfluß auf die Arbeiten der Hauptabteilung aus, da die Waldarbeiter und Holzabfuhrleute wegen der allgemeinen Unsicherheit nur sehr schwer in die Wälder zu bringen seien. In zunehmendem Maße würden von den Partisanen Sägewerke angesteckt und Überfälle auf Dienstgebäude und Forsthäuser vorgenommen. Infolge dieser Ereignisse werde die Loyalität der polnischen Forstbeamten stark herabgesetzt. So hätten z.B. im Distrikt Radom in den letzten Monaten über 100 Überfälle stattgefunden, bei denen neun Polen getötet worden seien. Man hoffe jedoch, die Arbeiten dieses Jahres im vorgesehenen Rahmen zu meistern, allerdings unter der Voraussetzung, dass sich die Sicherheits- und Ernährungslage nicht wesentlich verschlechterten.

Vizegouverneur Dr. Losacker berichtet, dass bei der Hauptabteilung Innere Verwaltung in den letzten Monaten die Arbeiten zur Vereinfachung der Verwaltung im Vordergrund gestanden und die eigentlichen Aufgaben der Inneren Verwaltung etwas überschattet hätten. Der Zwang zu diesen Vereinfachungsmaßnahmen habe vor allem in den starken Einberufungen zur Wehrmacht gelegen, da die Verwaltung des Generalgouvernements sich mit grosser Schnelligkeit der dadurch veränderten Personal-Situation hätte anpassen müssen. Durch verständnisvolles Verhandeln und Mitgehen sämtlicher Hauptabteilungen und Ämter in der Regierung habe man die Arbeiten reibungslos durchführen können und er müsse allen Kameraden der Regierung für diese Zusammenarbeit seinen Dank aussprechen.

Aus der Verwaltung des Generalgouvernements seien allein in den letzten beiden Monaten Februar und März 1250 Kräfte herausgezogen worden, und diese Personalabziehungen bedeuteten für die Regierung einen Aderlass, wie sie ihn bis jetzt noch nicht zu spüren gehabt hätte. Man habe Organisationsveränderungen im Aufbau der Verwaltung und Einschränkungen auf verschiedenen Aufgabengebieten vornehmen müssen. Diese Arbeiten seien im wesentlichen geglückt und die Verwaltung des Generalgouvernements sei von starker Beunruhigung verschont geblieben. Auf der anderen Seite müsse

er jedoch feststellen, dass nach diesen letzten Einberufungen die Verwaltung des Generalgouvernements personalmässig an einer Grenze angelangt sei, an der weitere Abziehungen zu einem Stillstand der Verwaltungstätigkeit führen müssten. Gerade auch die in den letzten Wochen als brennend empfundene Sicherheitslage gebiete es, das deutsche Element in diesem Raum ~~mit~~ nicht weiteren Schwächungen zu unterwerfen. Beim letzten Besuch der Kommission Unruh habe man Verhandlungen eingeleitet, die den Schutz derjenigen Kräfte, die für eine Aufrechterhaltung der Verwaltungstätigkeit im Generalgouvernement unbedingt benötigt werden, zum Ziele hätten. Man habe eine Liste derjenigen Kv- und GvF-Kräfte aufgestellt, die den Jahrgängen 1901 und jünger angehören. Vorgesehen sei, dass diese Zahl für die ganze Regierung mit Ausnahme der von Berlin zentralverwalteten Hauptabteilungen Arbeit und Propaganda auf 850 Kräfte beschränkt werden solle. Bei diesen Leuten handele es sich um Spezialkräfte, auf die man unbedingt angewiesen sei. Man habe empfohlen, diese Liste nicht nur auf die Jahrgänge 1901 und folgende zu erstrecken, sondern darüber hinaus bis zum Jahrgang 1894 zurückzugehen. In diesen Arbeiten stecke man zur Zeit. Bei den Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung sei die Hauptabteilung Innere Verwaltung mit gutem Beispiel vorangegangen; sie habe aber auch gerade durch diese Maßnahmen eine Vergrösserung ihres Geschäftskreises erfahren.

In der Kreisstufe seien am 2.Februar auf vielfachen Wunsch der Kreishauptleute die Landesinspekteure eingegliedert worden. Das Kernstück der Verwaltungsvereinfachung sollte die neue Distriktseinteilung darstellen, die jedoch noch Gegenstand von Beratungen Berliner Stellen sei. Bei Genehmigung dieser Maßnahmen liessen sich noch weitere Personalersparungen durchführen.

Eine Einzelaufgabe der Hauptabteilung Innere Verwaltung stelle die Einführung der Wehrpflicht für deutsche Volkszugehörige dar. Ein entsprechender Entwurf, der vorsehe, dass Angehörige mit Kennkarten für Volksdeutsche zur Wehrmacht einberufen werden können, sei an das OKW.abgegangen.

Gleichzeitig mit dieser Aktion habe die Einbürgerungsaktion stark zugenommen. Die Hauptabteilung habe in diesen Tagen ein Einbürgerungsbüro errichtet, damit die Einbürgerungen der Volksdeutschen schnell vorgenommen werden könnten. Mit der Einbürgerung sei auch die Übernahme der Volksdeutschen in das Beamtenverhältnis des Generalgouvernements akut geworden.

Einen breiten Raum nähmen auch die Aufgaben der Schulung und Ausbildung des Beamtennachwuchses ein. Die Kurse zeitigten recht gute Erfolge. Auch in der Distriktsinstanz habe man solche Kurse eingerichtet. Demnächst werde im Generalgouvernement ein Jugendamt des Generalgouvernements ins Leben gerufen werden, und im Zuge dieser Gründung müssten auch Kreisjugendämter errichtet werden, und die Jugendwohlfahrtsbestimmungen des Reiches Voraussetzung für die praktische Anwendung erhalten. Ein weiteres Problem stelle die Versorgung von Angehörigen nichtdeutscher Volksgruppen, die zur Wehrmacht einberufen seien,dar. Bestimmungen hierzu seien jüngst ergangen. Eine Anordnung der letzten Tage schränke das Übermaß der bei der griechisch-katholischen Religion bestehenden Feiertage ein. Im übrigen sei die Kirchenpolitik der Inneren Verwaltung darauf gerichtet, die kirchlichen Bestrebungen für die deutsche Verwaltung auszunützen. Es sei bisher gelungen, die griechisch-katholische und die orthodoxe Kirche für die deutschen Führungsaufträge einzusetzen, und mehr und mehr gelinge dies auch beim röm. kath. Klerus.

In den letzten Wochen seien an Orten, an denen grössere Truppenübungsplätze der Wehrmacht oder der Waffen-SS lägen, Wehrmachtsgutsbezirke ins Leben gerufen worden, deren Einteilung Aufgabe der Hauptabteilung sei. Ebenfalls in den letzten Tagen habe man Richtlinien für die Bildung und Verwaltung deutscher Siedlergemeinden herausgegeben. Im Distrikt Galizien stände noch immer die Reprivatisierung im Vordergrund.

Der Gräberfund bei Katyn habe auch eine starke Einschaltung der Inneren Verwaltung zur Folge gehabt. Es sei eine polnische Kommission gebildet worden, die an Ort und Stelle

weitere Ausgrabungen betreiben werde.

Auch er müsse über das Ansteigen der Unsicherheit im Generalgouvernement Sorgen äussern. Die Kreishauptleute ständen jedoch bis jetzt auf ihrem Posten. Ein Kreishauptmann mit Familie und ein Landkommissar mit Familie seien den Banditen bisher zum Opfer gefallen. Sehr stark dagegen machten sich die Verluste bei der einheimischen Verwaltung bemerkbar, die Überfälle auf Gemeindeämter und - Kassen häuften sich. Der grösste Teil dieser Überfälle werde wohl von bolschewistischer Seite verübt.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt der Leiter der Personalstelle der Regierung, Freiherr von Medem, dass z.Zt. in der gesamten Zivilverwaltung ohne Post und Eisenbahn 5800 Männer beschäftigt seien, gegenüber ungefähr 9000 am 1.Januar 1942.

Präsident Eichholz erklärt, dass das deutsche Schulwesen im Generalgouvernement unter den Einberufungen der letzten Zeit besonders stark gelitten habe; jedoch sei es gelungen, den Stand im allgemeinen aufrecht zu erhalten. Die Schülerheime, die durch die Gouverneure eine starke Förderung erhielten, machten sich bemerkbar; dadurch könnten nämlich viele kleinere Schulen zusammengefasst werden. Die Oberschulen führten im allgemeinen ihren Betrieb normal weiter, und könnten noch besser arbeiten als im Reich. Das berufsbildende Schulwesen werde sehr stark auf die Erfordernisse der Wirtschaft ausgerichtet, während beim landwirtschaftlichen Schulwesen die Erfordernisse der Erzeugungsschlacht im Vordergrunde stünden. Eine Kontrolle des polnischen Schulwesens in den Landgemeinden sei jedoch kaum mehr möglich, da die Kreisschulräte keine Verkehrsmöglichkeiten besäßen, und die Sicherheitslage derart schlecht sei, dass man sich nicht ohne weiteres in die vielen kleinen Dörfer wagen könne. Auch seien zahlreiche Kreisschulräte zur Wehrmacht einberufen. Die Hauptabteilung habe daher den Versuch gemacht, durch Ersatzkräfte auszuhelfen.

Das polnische Geheimschulwesen breite sich ungeheuer aus, besonders in den Großstädten. Dieses Problem werde demnächst Gegenstand eingehender Besprechungen sein. Ein neues Problem im Bereich des polnischen Schulwesens stelle sich in der Notwendigkeit dar, über das Lehrziel der Volksschulen hinaus eine gehobene Ausbildung zu vermitteln, da man solche Kräfte für den unteren Dienst der deutschen Verwaltung benötige. Für das berufsbildende Schulwesen habe sich das Fehlen von Lehrbüchern und Lehrmitteln als ein Mangel herausgestellt. Sie würden jetzt ausgearbeitet. Das Berufsschulwesen sei ausschliesslich in den Dienst der Rüstungsindustrie gestellt; zu diesem Zwecke habe man die Ausbildungszeit verkürzt, und die Absolventen würden dadurch früher dem Einsatz zugeführt. Ein noch offenes Problem stellten die Lemberger Fachkurse dar, die mit der Zeit Schwierigkeiten hätten, da sie zu bald nicht mehr über den nötigen Zugang verfügen würden; denn die Reserven an ehemaligen polnischen Gymnasiasten gingen zu Ende, sodass nur noch die Absolventen der ukrainischen Gymnasien zur Verfügung ständen.

Es frage sich nun, ob es nicht aus verschiedenen Gründen zweckmässig wäre, eine polnische Mittelschulform auszupacken. Die Schwierigkeiten dieser Fragen seien jedoch nicht einfach.

Das ukrainische Schulwesen befinde sich im allgemeinen in guter Entwicklung. Die Ukrainer hätten vor allem mit Befriedigung aufgenommen, dass ihnen in ihren Gymnasien noch Parallel-Klassen bewilligt worden seien.

In den wissenschaftlichen Einrichtungen der Hauptabteilung sei selbstverständlich der Betrieb zum grössten Teil eingestellt worden, soweit er nicht unmittelbar den Kriegszwecken diene. Eine Erweiterung habe die Hauptabteilung durch die Angliederung des Instituts für Deutsche Ostarbeit und die Eingliederung des Amtes zur Pflege der alten Kunst erfahren.

Auf eine Frage des Herrn Generalgouverneurs erklärt Präsident Eichholz, dass im Generalgouvernement ungefähr 200 deutsche Volksschulen, 10 Oberschulen in Betrieb seien;

eine Lehrerbildungsanstalt sei in der Entwicklung begriffen.

Die Lemberger Fachkurse erstreckten sich derzeit auf die Ausbildung von Medizinern, Tierärzten, Pharmazeuten, Landwirten, Forstbeamten und Technikern. Eine eingehende politische Überwachung des Lehrbetriebes sei vielfach unmöglich, da die deutschen Überwachungskräfte zu gering seien.

Der Herr Generalgouverneur wünscht, dass in Anbetracht der Tatsache, dass infolge des Mangels an deutschen Kräften die fremdvölkischen auf allen Gebieten der Verwaltung in immer stärkerem Maße herangezogen werden müssten, die Hauptabteilung eine genaue Überwachung durchführe, und für die Behandlung der vielen akut gewordenen Probleme einheitliche Grundsätze aufstelle.

<u>Hauptbannführer Förschle</u> weist darauf hin, dass das Jugenddienstpflichtgesetz vom 30.Januar 43 die staatliche Voraussetzung für die Jugendarbeit darstelle. Im vorigen Jahr seien 2000 Jungen und Mädel ins Reich geschickt worden, die dort eine wertvolle Entwicklung durchgemacht hätten. Im Dezember habe man damit begonnen, durch Berufsberater alle diese Jungen und Mädel auf ihre Eignungen und Neigungen überprüfen zu lassen, und darauf die einzelnen Berufe festgelegt. Weiter habe mann in Verbindung mit den zuständigen Stellen die Voraussetzunegen für die Besetzung der Lehrstellen geschaffen. Die Jungen könnten sofort nach ihrer Entlassung die Lehrstellen beziehen und auch in Jugendwohnheimen untergebracht werden und damit weiterhin in der Führungsgewalt der Hitlerjugend bleiben. Durch diese Planungen werde allmählich im Rahmen des Handwerks eine deutsche Grundlage geschaffen. Nach der Rückkehr der Jugendlichen aus dem Reich Ende Juli würden sofort weitere 2000 ins Reich geschickt.

Die Jugenddienstpflicht werde auf die 10-jährigen ausgedehnt; sie würden an Orten, an denen sie volkspolitisch gefährdet seien, herausgenommen, und in Schülerheimen untergebracht. Aus den gewonnenen Erfahrungen der Jugenddienst-

pflicht der lo-3jährigen werde man dann überlegen, inwieweit man sie auch auf ältere Jahrgänge ausdehnen könne. Diese würden heute in Wehrertüchtigungslagern untergebracht, und da die Wehrdienstpflicht für Volksdeutsche bislang noch nicht verkündet sei, der Waffen-SS zugeführt. Zur Zeit liefen auch Reiterlehrgänge. Der Reichssportwettkampf in den nächsten Tagen werde erneut den Beweis erbringen, dass man im Vergleich zum vergangenen Jahr beachtliche Fortschritte erzielt habe.

Führungs- und ausbildungsmässig müsse man feststellen, dass die Dienstanforderungen im Jahr 1942 im wesentlichen mit Ordnungsübungen oder Liedersingen hätten durchgeführt werden müssen, da nur wenige die deutsche Sprache genügend beherrscht hätten. Heute betrage dieser Prozentsatz nurmehr 35.

Wenn nunmehr die Jugendlichen in Arbeit vermittelt würden, müsse die Einführung des Jugendschutzgesetzes auch im Generalgouvernement erfolgen, besonders im Hinblick darauf, dass der Arbeitsplatz noch sehr oft mit fremdvölkischen Arbeitskräften geteilt werden müsse. Das Gesetz sei fertiggestellt und werde in Kürze vorgelegt. Mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft habe man vereinbart, dass der Landflucht im Generalgouvernement entgegengetreten werde. Die Ausbildung der Jugendlichen könne nur nach Ableistung einer Landdienstzeit erfolgen. Man habe auch 3000 deutsche Jugendliche ermittelt, die bisher noch keine Berufsausbildung genossen hätten. Diese seien in Lagern zusammengefasst worden, und in Zusammenarbeit mit den Arbeitsämtern den einzelnen deutschen Betrieben als Lehrlinge zugeführt worden.

- Die Sicherheitslage behindere die Arbeiten der Hitlerjugend sehr stark, da sich die Eltern heute schon zu einem grossen Teil weigerten, ihre Jungen und Mädel in Uniform oder überhaupt zum Dienst gehen zu lassen. Leider stünden im Generalgouvernement noch nicht genügend Heime zur Verfügung, in denen die Jugendlichen ihrem Dienst nachkommen könnten. Er spreche hier den Wunsch aus, dass von allen

Dienststellen alle vorhandenen Möglichkeiten der Errichtung entsprechender Heime geprüft werden mögen.

Nach Ostern werde mit der Ausbildung von Unterführern begonnen, da infolge des totalen Kriegseinsatzes die Zur-Verfügungstellung von Führern aus dem Reich immer geringer werde. Ausserdem ergäben sich noch eine Reihe von Problemen, die die Hitlerjugend allein nicht lösen könne. Aus diesem Grunde habe er auf Befehl der Parteikanzlei die Arbeitsgemeinschaft für Jugendbetreuung ins Leben treten lassen. Er hoffe, dass von dieser Arbeitsgemeinschaft unter Beteiligung aller Stellen die notwendigen Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, trotz eingeschränkter Möglichkeiten die deutsche Jugend in diesem Raum zu deutschen Menschen zu erziehen.

<u>Hauptabteilungspräsident Teitge</u> bezeichnet die Ergebnisse auf dem Gebiete des Gesundheitswesens als noch nicht befriedigend. Die deutschen Ärzte und Zahnärzte seien im Generalgouvernement zu wenig und könnten den Gesundheitszustand der Deutschen nicht in ausreichendem Maße überwachen. Zwar habe man gute fremdvölkische Ärzte zur Verfügung; sie arbeiteten aber nicht alle loyal mit. Wenn man als deutscher Arzt auf Grund von Erfahrungen solche Feststellungen machen müsse, bekomme man grösste Bedenken, ausländische Ärzte mitarbeiten zu lassen. Er könne aber mitteilen, dass die zuständige Reichsstelle sich von den hiesigen Verhältnissen genauen Einblick verschafft habe und ihm dabei versprochen worden sei, dass neue deutsche Ärzte in ausgiebiger Zahl in das Generalgouvernement beordert würden.

Besonders tragisch lägen die Dinge bei den deutschen Säuglingen, deren Sterblichkeitsziffer 5 mal so hoch wie im Reich sei. Das sei untragbar, Daran seien aber nicht nur das Fehlen deutscher Ärzte schuld, sondern auch die schlechte Säuglingsernährung. Er habe zur Verbesserung der Qualität der Milch Maßnahmen ergriffen, auf Grund derer in Krakau erstmalig die deutsche Vorzugsmilch geliefert werde, die für die Säuglinge harmlos sei.

Von den Seuchen sei die deutsche Bevölkerung auch weiterhin bedroht. Vertraulich könne er mitteilen, dass man wöchentlich 11000 neue Fleckfiebererkrankungen (davon 100 Todesfälle) verzeichnen müsse. Die Bekämpfungsmaßnahmen würden intensiv durchgeführt werden und bei Auftreten der Seuche alle Quellen sofort verstopft. Weiter sei die deutsche Bevölkerung durch den Bauchtyphus gefährdet, der augenblick stark zunehme. Als Gegenmittel sei vom Herrn Generalgouverneur die Schutzimpfung angeordnet worden, die unbedingt bei jedem Deutschen durchgeführt werden müsse, um seine Gesundheit und Arbeitskraft zu erhalten.

Ein Hauptgrund für die Zurverfügungstellung von neuen Ärzten aus dem Reich sei gewesen, dass man nicht wagen könne, die fremdvölkischen Ärzte für die Betreuung der Jugendlichen in den Lagern einzusetzen. Man habe zwar bis heute noch keine Unterlagen für Sabotage, doch müsse damit gerechnet werden.

Der Hauptabteilung unterstünden 9 grosse Krankenanstalten für Deutsche. An Tuberkulosehäusern sei ein Mangel vorhanden, ebenso wie im Reich. Dort befänden sich 7000 offene Tuberkulosekranke unter ihren Familien, da man sie wegen Überfüllung der Heilstätten nicht unterbringen könne. Für diese sollten hier Heilstätten geschaffen werden.

Die Zahl der deutschen Ärzte betrage 80, von denen jedoch eine grosse Anzahl als Amtsärzte, die die polnischen Ärzte kontrollieren müssten, fungierten. Es fehlten vor allem praktische Ärzte, auch in Krakau.

<u>Direktor Müller</u> vom Statistischen Amt berichtet, dass die vor einigen Wochen im Generalgouvernement stattgefundene Volkszählung eine ständige Wohnbevölkerung von rund 15.3/4 Millionen ergeben habe. Mit Ausnahme von 19 Gemeinden deren Erhebungsmaterial durch Banditen vernichtet worden sei, habe man das gesamte Material gesichtet. Auf Grund der Nachprüfungen könne er feststellen, dass die Zählungen im allgemeinen sehr gut durchgeführt worden seien. Das Stat. Amt gliedere zur Zeit die Gesamtzahlen bereits nach Volks-

tumsgruppen auf.

An Deutschen seien auf dem Zivilsektor 144 000 und auf dem militärischen Sektor etwas 150 000 ermittelt worden. Hier müssten noch Nachprüfungen darüber stattfinden, in wie weit die militärischen Dienststellen Truppeneinheiten gezählt hätten. Man schätze, dass sich die Zahl der Deutschen um 25 bis 30 Prozent erhöhen werde, sodass man auf eine Gesamtzahl von ungefähr 180 000 Reichs- und Volksdeutschen im Generalgouvernement komme. Das Endergebnis werde er spätestens am 1.August mitteilen können.

Hauptabteilungspräsident Dr. Senkowsky bezeichnet den Haushalt des Generalgouvernements als ausgeglichen. Zum ersten Mal sei es gelungen, den Haushalt vor Abschluß des Rechnungsjahres fertigzustellen. Die Hauptabteilung sei jetzt bereits mit den Vorbereitungen des Haushalts für das Rechnungsjahr 1942/43 so weit, dass die abschliessenden Verhandlungen schon zum grossen Teil erledigt seien, und die Fertigstellung des Haushaltes bis Ende Mai durchgeführt sein werde. Diese Tatsache werde für die gesamte Verwaltung eine wesentliche Erleichterung darstellen.

Für das Haushaltsjahr 1944 werde mit den Vorarbeiten rechtzeitig begonnen werden und er richte an alle Dienststellen die Bitte, die von der Hauptabteilung gestellten Termine einzuhalten. Die Hauptabteilung sei sich darüber klar, dass alle Verwaltungen nur unter grossen Schwierigkeiten die Haushaltsvoranschläge erstellen könnten, da Einberufungen und das Vorhandensein ungeschulter Kräfte naturnotwendig die Ursache dazu seien. Nach Überwindung der Anfangsschwierigkeiten könnte jedoch die Erstellung der Haushaltsanschläge reibungslos, wie vor einem Jahr, vor sich gehen. Wenn die Finanzverwaltung versuche Einsparungen zu machen, so wolle sie damit den Bedürfnissen des totalen Krieges Rechnung tragen und verhindern, dass Summen für Vorhaben eingesetzt würden, die man gar nicht durchführen könne. Die Erfahrungen aus dem Rechnungsjahr 1942 hätten gezeigt, dass die Verwaltungen mit den verminderten Sätzen

ausgekommen wären. Die Voranschläge würden immer zu hoch gehalten.

Dank der Tätigkeit aller sei es möglich gewesen, dem Reich im abgelaufenen Rechnungsjahr an Wehrbeiträgen und Polizeikosten den Betrag von 1 1/2 Milliarden Zloty zur Verfügung zu stellen. Diese Summe habe man aus den laufenden Einnahmen und mit Hilfe einer geringfügigen Inanspruchnahme des Anleihmarktes aufgebracht. Die Finanzverwaltung habe auch in diesem Jahr die Absicht, für Zwecke des Wehrbeitrages an den Anleihmarkt des Generalgouvernements heranzugehen, da es als notwendig anzusehen sei, dass in ähnlicher Weise wie im Reich auch hier ein Teil der Bevölkerung in Form von Anleihen zu den Kosten des Krieges beitrage.

Wenn die Finanzverwaltung trotz der ausgezeichneten Finanzlage in der letzten Zeit einige neue Steuerverordnungen vorgelegt habe und noch vorlegen werde, so handele es sich dabei darum, Einnahmemöglichkeiten auszuschöpfen, die hier genau so gegeben seien wie im Reich und die im Reich ebenfalls ausgeschöpft würden. Die Finanzverwaltung habe vor einigen Monaten 3 Entwürfe von Verordnungen vorgelegt, die im Umlaufverfahren einer ausserordentlichen Interessennahme begegnet seien. Die Stellungnahmen seien teils ablehnend und teils befürwortend gewesen. Von Seiten der Hauptabteilung habe man diese Entwürfe als Diskussionsentwürfe betrachtet und werde sie nach auf Grund der im Umlaufverfahren gegebenen Anregungen umgearbeitet nochmals vorlegen. Fertiggestellt sei in zweifacher Ausfertigung (für Deutsche und für Nichtdeutsche) der Steuersicherungsentwurf. Auch habe man sich entschlossen, die Kollektivhaftung der Nichtdeutschen für Steuerrückstände nicht einzuführen.

Die 2.Gruppe neuer Steuerplanungen beruhe auf einer mit dem Reich gleichlaufenden Gesetzgebung. Dort sei z.Zt. als geheimer Reichsentwurf des Vierjahresplans ein neuer Finanzplan vorgelegt. Im Gegensatz zum Reich werde die Finanzverwaltung des Generalgouvernements die neuen Steuern nicht in einem einzigen Entwurf zusammenfassen, sondern pla-

ne 10 Einzelmaßnahmen aus den verschiedensten Steuergebieten.

In der Monopol-Verwaltung habe der kassenmässige Abschluß eine Nettoablieferung von 900 Millionen Zloty erbracht, das seien rund 100 Millionen Zloty mehr als voranschlagsmässig erwartet. Die Lage entwickle sich weiter günstig und das sei von grosser Bedeutung für das Generalgouvernement. Die Erzeugnisse der Monopol-Verwaltung spielten bei der Ernteerfassung eine immer grössere Rolle. Für die diesjährige Ernte würden 30 Millionen Liter Wodka und 2 Milliarden Zigaretten benötigt. Bisher war es der Monopolverwaltung immer gelungen, die, von der Ernährung und Landwirtschaft angeforderten Mengen zur Verfügung zu stellen. Aber auch für die Wehrmacht im Generalgouvernement, für den Bedarf des Generalgouvernements und für die Ostfront müsse die Monopolverwaltung grosse Mengen zur Verfügung stellen. Für die Wehrmacht werde jetzt statt der „Sport"-Zigarette eine neue Marke "Weichsel" geliefert.

Auch beim Salzmonopol entwickle sich die Situation günstig. Dadurch sei es möglich, praktisch die Belieferung der ganzen Ukraine aus den Bergwerken des Generalgouvernements durchzuführen. Zu diesem Zwecke sei die Monopolverwaltung dem Salzmonopol beigetreten. Heute werde die ganze Kapazität der Salzerzeugung des Generalgouvernements ausgenützt.

Die Monopolverwaltung liefere ihre Erzeugnisse auch an verschiedene Zweige der Verwaltung. Die Rüstungsindustrie und auch die Ostbahn erhalte grosse Mengen zur Verfügung gestellt. In weitestem Umfange habe man auch einen Verteilungsapparat geschaffen, der für die nichtdeutsche Bevölkerung, die im deutschen Interesse arbeitet, Monopolerzeugnisse ausgebe; dieser Apparat bedürfe jedoch noch weiteren Ausbaues.

Die Organisation der Finanzverwaltung im Sinne der Verwaltungsvereinfachung sei weitgehend durchgeführt. Eine weitere Vereinfachung der Hauptabteilung sei infolge ihrer an sich schon einfachen Gliederung nicht mehr möglich ge-

wesen. In der Organisation der Steuerverwaltung werde nach Einführung der neuen Kreiseinteilung der schon lange in Vorbereitung befindliche Plan einer Steuerschaffung für Deutsche und eine straffere Organisation der Finanzinspekteure zur Überwachung der polnischen Steuerbehörden durchgeführt werden.

In der Zollverwaltung hätten gewisse personalle Schwierigkeiten es angezeigt erscheinen lassen, die Zahl der Hauptzollämter von 11 auf 8 zu vermindern. Durch eine Anordnung werde ab 1.Mai ein Hauptzollamt in Lublin, in Warschau und in Tschenstochau aufgehoben.

Die Zahl der nichtdeutschen Arbeitskräfte in der Monopolverwaltung betrage z.Zt. etwas über 20 000. Das Kaliwerk in Kalusch werde seinen Betrieb dieser Tage wieder aufnehmen; Das Kaliwerk in Stepnik werde Ende Mai folgen, sodass die Versorgung der Landwirtschaft mit Kalisalzen eine wesentliche Besserung erfahren könne.

Bankdirigent Dr. Paersch erklärt, dass der Dienstbetrieb der Emissionsbank durch 2 Probleme beeinflußt werde: Sicherheits- und Ernährungslage. Die Überfälle auf Kreditinstitute im Generalgouvernement hätten im Jahre 1942 in jedem Monat langsam zugenommen und dazu genötigt, die Einrichtungen zum Schutze des Kreditgewerbes mit allen Kräften zu verstärken. In erster Linie sei der Ausbau der Selbstschutzmaßnahmen in Frage gekommen, dem aber gewisse Grenzen gesetzt seien. Die Bemühungen, ergänzenden Polizeischutz zu erhalten, hätten bei allem guten Willen der beteiligten Stellen bisher nur teilweise Erfolge gezeitigt. Die Emissionsbank habe während ihrer Dienststunden noch nicht in vollem Umfang Polizeischutz; beim Kreditgewerbe sei das nur sehr bedingt durchführbar, da die nötigen Kräfte nicht zur Verfügung ständen. Man habe hier behelfsmässig einen gewissen Schutz dadurch erreicht, dass die Angestellten des Kreditgewerbes in den Streifendienst einbezogen würden. Über-fälle auf die Emissionsbank hätten noch nicht stattgefunden, jedoch sei ein solcher von einer grösseren Bande auf die Staatsdruckerei in Warschau erfolgt.

Daneben mache sich bei der Emissionsbank die unzureichende Ernährung immer stärker bemerkbar, da als Folge davon die Leistung der Gefolgschaft immer weiter absinke. Man habe sie zwar verschiedentlich in die A- oder B-Verpflegung einbezogen, doch würden doch davon nicht alle Angestellten betroffen.

Präsident Tetzner bezeichnet die Devisenlage des Generalgouvernements als ein zu keinen Besorgnissen Anlaß gebendes Problem. Der Verrechnungsverkehr mit dem Reich gehe reibungslos vonstatten. Er habe sich daher in der letzten Zeit hauptsächlich mit den Aufgaben des Aussenhandels befasst. Durch eine Verordnung sei seit 1.April sichergestellt worden, dass die bisher unkontrollierten Ausfuhren einem Genehmigungszwang unterworfen würden. Dadurch sei man in der Lage, die Ausfuhren im Sinne des großdeutschen Reiches zu lenken. Er habe sich in Krakau zum Zwecke der Förderung des Aussenhandels aus Vertretern der für die Ausfuhr maßgeblichen Dienststellen einen Beirat geschaffen. Die Situation werde aber zunehmend schwieriger, da dem Generalgouvernement vom Reich auch nicht für die wichtigsten Sachen die notwendigen Devisen zur Verfügung gestellt würden. Man weise dort darauf hin, dass sich das Generalgouvernement die nötigen Devisen aus der eigenen Ausfuhr beschaffen müsse; auf der anderen Seite bereite diese Ausfuhr grosse Schwierigkeiten, da das Reich darauf bestehe, daß vom Generalgouvernement nichts ausgeführt werde, was man im Reich benötige. Im Rahmen der bisherigen Abmachung werde alles herausgeholt, was herausgeholt werden könne.

Präsident Gerteis äussert sich über die Betriebslage der Ostbahn. Im Zeitpunkt der letzten grossen Sitzung im Dezember sei die Betriebslage bei allen Eisenbahnen des Ostens die schlechteste der letzten 3 Jahre gewesen. Die Gründe dafür seien darin gelegen, dass das Verkehrswesen an der Front in Unordnung geraten sei und die Rückwirkungen bis tief ins Reich hinein ausstrahlten. Damals hätten sich allein im Generalgouvernement 560 Züge für den Osten fest-

gefahren.

Nach der Schaffung der Voraussetzungen für eine Entlastung habe sich die Betriebslage sehr schnell gebessert und sei seit Januar ausgesprochen gut. Die Ostbahn transportiere alles, was gefahren werden könne, und könnte über das geforderte hinaus Leistungen aufbringen. Das wirke sich vor allem beim Kohlentransport aus; man sei in der Lage, über das dem Generalgouvernement zugebilligte Kontingent hinaus zu transportieren, Sämtliche Verkehrssperren habe man aufheben können.

Nicht ganz so günstig stelle sich die Lage auf dem Gebiete der Wagengestellung dar. Sie reichten für die enormen Anforderungen nicht ganz aus. Während man mit der Gestellung von offenen Wagen zufrieden sein könne, herrsche bei den gedeckten Wagen ein Manko. Jedoch könne mit Sicherheit gesagt werden, dass sich die Wagenlage bessern werde, wenn die Saat- und Speisekartoffel-Transporte vorüber seien.

Die günstige Transportlage habe die Ostbahn wieder Erwarten auch instand gesetzt, da und dort die Fernverbindungen zu vermehren, so nach Lemberg, Warschau und nach Bedarf auch nach dem Reich. Im günstigen Sinne sei die Betriebslage durch den Umstand beeinflusst worden, dass die seit 2 Jahren mit allem Nachdruck betriebenen Neubauten allmählich fertiggestellt würden. Insbesondere auf der Südstrecke und im Raum Lublin habe man grosse Bahnhofsteile und weite Strecken neuer Gleise in Betrieb nehmen können. Das Neubauprogramm für neue Strecken laufe recht befriedigend, wenn auch nicht damit gerechnet werden könne, dass das völlige Bauvolumen von 1.2 Milliarden infolge des Engpaßes Treibstoff und Eisen erfüllt werden könne. Ob die Weichselbahn fertiggestellt werden könne, stehe dahin.

Auf dem Gebiete der Verwaltungsvereinfachung habe man die Direktion Radom am 1.Januar aufgelöst, sodass heute nurmehr die 3 Direktionen in Krakau, Warschau und Lemberg arbeiteten.

Die Bilanz stehe vor dem Abschluß; die Einnahmen seien etwa 300 Millionen höher, als die im Anfang des Jahres geschätzt wurden. Die Bilanzsumme trage mit 2.5 Milliarden einen ausgeglichenen Charakter.

Zu grossen Bedenken gäbe der Grad der Unsicherheit Anlaß. Die Zahl der Sabotage-Akte habe sich in besorgniserregender Weise erhöht. Sie seien jetzt auch von üblerem Charakter, da die Banditen ganze Züge anhielten und überfielen. Sehr aufregend sei der Überfall vor 2 Tagen auf den Lubliner D-Zug gewesen, bei dem sieben Reichsdeutsche ihr Leben hätten lassen müssen und sieben weitere schwer verletzt worden seien. Auch die Transportstrassen seien sehr gefährdet.

Die Ostbahn tue, was in ihren Kräften stehe, sie habe nach und nach eine ganz ansehnliche Polizeimacht aufgebaut; sie betrage insgesamt 1700 Mann. Daneben könne man über eine gewisse Reserve, die für besondere Einsätze aus Bürobeamten zusammengestellt werde, verfügen. Weiter sei ein Werkschutz von 800 Ukrainern zur Bewachung der Baustellen aufgebaut.

Die Wehrmacht beteilige sich durch Gestellung von Wachen an Brücken und Tunnels . Auch 8 Kompagnien mit 1200 Armeniern und Georgiern habe man für den Streifendienst erhalten können. Inzwischen seien auch sechs behelfsmässige Panzerzüge eingesetzt worden, die fast alle im Raume Radom und Lublin die Überwachung der Strecken durchführten.

Im ersten Vierteljahr hätte der Bahnschutz 354 Tote und 100 Verletzte zu beklagen. Die Zahl der 3500 insgesamt zur Verfügung stehenden Kräfte reichte natürlich für die 7000 km Bahnen nicht aus, um sowohl die Diebstähle zu bekämpfen und Vorbeugungsmaßnahmen gegen Sabotagefälle zu ergreifen.

Die Gefolgschaftszahl an Reichsdeutschen betrage 7500 (dazu 875 Reichsdeutsche Bahnschutzleute), die der nichtdeutschen 150 000 und dazu 60 000 Bauarbeiter.

Präsident Lauxmann beginnt seine Ausführungen mit dem Hinweis, dass das Fernkabelnetz im Generalgouvernement noch weiter ausgebaut werde. Es diene hauptsächlich dem grossen Durchgangsverkehr, doch werde auch der Fernsprechverkehr im Generalgouvernement einen wesentlichen Nutzen davon haben. Wenn der einzelne das nicht so spüre, dann komme das davon her, dass gerade der Fernsprechverkehr in ungeahntem Ausmaß zunehme; so habe sich der Zivil-verkehr im Vergleich zum Vorjahr im Jahre 1942 verdoppelt. Zur Zeit würden neue Kabel von Lemberg nach Bukarest und von Lemberg nach der Slowakei verlegt. Weiter werde das Kabel von Krakau nach Radom verstärkt.

Die Errichtung von Postdienststellen sei im wesentlichen abgeschlossen; ihre Zahl betrage etwas über 2000. Die grossen Verteilungsstellen für die Feldpost habe man so ausgebaut, dass der Verkehr im vergangenen Winter reibungslos gelaufen sei. Zur Zeit würden monatlich 15 Millionen Einzelfeldpostsendungen verteilt.

Die Verluste und Beraubungen der Sendungen habe man etwas eindämmen können, da das Überwachungssystem wesentlich verbessert worden sei; ihre Höhe sei trotzdem noch sehr bedeutend. Auch im Reich hätten die Verluste und Beraubungen im Vergleich zum Jahre 1941 in grösserem Umfange zugenommen.

Auch der Deutschen Post Osten bereite die Entwicklung der Sicherheitslage grosse Sorgen. Die täglichen Überfälle auf Postdienststellen nähmen immer mehr zu. Im ersten Vierteljahr 1943 sei ihre Zahl grösser als im ganzen Jahr 1942. Mit diesen Überfällen wollten sich die Banditen die nötigen Geldmittel verschaffen. Auch Überfälle auf Landkraftposten müsse man verzeichnen. Die Sabotageakte bezweckten die Störung des Verkehrs auf dem Fernmeldegebiet. Die Überfälle würden immer massierter durchgeführt. In den letzten Wochen hätten die Banditen sogar die Fernkabel ausgegraben und durchschnitten. Diese Zerstörungen seien sehr empfindlich, da in einem Kabel mehr als 200 Fernleitungen zusammengefasst seien.

Die jüngsten Einziehungen hätten auch die Postverwaltung empfindlich getroffen, jedoch würde der Gesamtdienst aufrecht erhalten. Man habe sich hauptsächlich dadurch geholfen, dass man den Verwaltungsdienst abgebaut habe. Bei einem Vergleich mit dem Personalstand verschiedener Postbezirke des Reiches müsse man feststellen, dass hier im Gegensatz zum Reich die Hälfte des Verwaltungspersonals die gleiche Arbeit leiste.

Die Deutsche Post Osten beschäftige augenblicklich etwas über 4000 Deutsche, davon über 1/3 Frauen, und dazu noch etwa 26 000 Einheimische.

<u>Präsident Bauder</u> führt aus, dass sich die Bautätigkeit immer mehr auf ganz wichtige Einsatzpunkte erstrecke. Es sei gelungen, die Bauvorhaben der Ernährung und Landwirtschaft, die die Voraussetzung für die Erzeugungsschlacht bilden, durchzuführen. Das Grösste Bauvorhaben sei das der Ostbahn, die laufend bedeutende Kräfte benötige, und eine weitere Abziehung von Facharbeitern auf dem Bausektor nicht mehr möglich mache. Im Laufe des Jahres müsse man mit einer sehr starken Verlagerung der Rüstungsindustrie vom Westen des Reiches in das Gebiet des Generalgouvernements rechnen. Man wolle einen Plan aufstellen, um diese Verlagerung harmonisch und planmässig durchzuführen;ob sich das aus der Not der Zeit machen lasse, könne man noch nicht sagen, insbesondere auch, da die Anforderungen oft sehr plötzlich kämen. Die Voraussetzungen für diese Verlagerung würden hier laufend geschaffen,durch Inbetriebnahme der Baustofferzeugungswerkstätten wie Ziegeleien, Kalkwerke und Sägewerke.

Wenn die Transportlage hinsichtlich der Kohlenbeförderung weiterhin so günstig bleibe, könne man sehr grosse Forderungen des Reiches erfüllen; allerdings m-üssten dazu die nötigen Arbeitskräfte vorhanden sein. Auf diesem Gebiet sei en die Schwierigkeiten jedoch schon sehr groß und würden noch grösser werden. Man könne vom Generalgouvernement nicht verlangen, grosse Rüstungswerke aufzunehmen, und gleichzeitig Leute für den Arbeitseinsatz ins Reich abzustellen.

Für die Energie-Versorgung des Generalgouvernements sei von grosser Wichtigkeit, dass die Talsperre Roznow in diesem Jahr endgültig fertiggestellt werde und auch Przow im Rahmen des möglichen zum Abschluß gebracht werde.

Die Kommission Unruh habe erfreulicherweise dem Wohnungsbauprogramm in Krakau ihre volle Unterstützung zugesagt, das sie sich selbst überzeugt habe, dass man in Krakau ohne Fertigstellung dieses Komplexes niemand mehr aufnehmen könne.

Die Entwicklung auf dem Bausektor betrachte er durchaus optimistisch, wenn nicht weitere grössere Abzüge an Arbeitskräften vorkommen würden. Die Sicherheitslage mache sich auch auf diesem Sektor unangenehm bemerkbar. Verluste an Deutschen seien jedoch noch nicht eingetreten.

<u>Oberstarbeitsführer Hinkel</u> berichtet, dass sich der Baudienst im vorgesehenen Rahmen langsam weiter entwickelt habe. In Anbetracht der gegebenen Verhältnisse habe man jedoch den ursprünglich vorgesehenen Stand nicht erreichen können. Grund dafür seien die verminderte Abstellung an Führern und die Verhältnisse des Arbeitseinsatzes, auf Grund dessen gerade sehr viele Leute aus den dienstpflichtigen Jahrgängen anderweitig abgezogen worden seien. Man habe feststellen müssen, dass von den 60 000 Mann, die nach erfolgter Musterung des Jahrganges 1923 nach Abzug der Leute für die Rüstungsindustrie und sonstigen Kriegseinsatz für den Baudienst ausgehobenen, seit der im November erfolgten Musterung ein sehr erheblicher Teil mittlerweile verschwunden ~~sei~~ und ins Reich abgegeben worden sei.

Heute stehe man vor der Frage, wie man den endgültigen Bedarf für die im Laufe des Sommers im Generalgouvernement durchzuführenden Arbeiten sicherstellen könne. Vom Jahrgang 1923 könne man diesen Bedarf nicht decken. Bis zum Mai sollten 45 000 Mann aufgerufen werden, im Juni für Zwecke der Ostbahn weitere 10 000 und im Juli wolle man die Zahl von 60 000 erreichen. Dafür werde man in erheblichem Maße den Jahrgang 1924, soweit dessen Angehörige noch greifbar seien, heranziehen müssen. Die Zahl von 60 000 müsste unbedingt

erreicht werden, da die Anforderungen der Ostbahn sehr hoch seien.

Bei Betrachtung des gesamten Problemes des Baudienstes könne man zwei von ihm zu bewältigende Aufgaben erkennen: das eine sei die rein technische Seite des Arbeitseinsatzes, die Erziehung des polnischen und ukrainischen Menschen zu einer geordneten Arbeit; das zweite sei eine politische Aufgabe, nämlich die Überwachung der Abteilungen auf irgendwelche politische Betätigung und diesenMenschen durch die Art der Behandlung ein gewisses Zutrauen zur deutschen Führung zu geben. Seiner Meinung nachhätten sich diese beiden Punkte schon recht günstig entwickelt. Die Arbeitseinsatzleistungen stiegen und lägen zweifellos über den Leistungen, die normalerweise in der freien Wirtschaft erzielt würden. Als politische Auswirkung könne man feststellen, dass den Fremdvölkischen der Baudienst eine selbstverständliche Einrichtung geworden sei; sie fügten sich alle den Anordnungen. Im Gegensatz zum Jahre 1940 würden heute rund 90% den Gestellungsbefehlen Folge leisten, während es damals nur 10% gewesen seien. Die Erfahrung zeige, dass diese Einrichtung nicht nur unbedingt notwendig sei, um grössere Arbeitsvorhaben mit einiger Sicherheit durchzuführen, sondern bei der Mentalität der Bevölkerung in diesem Raum auch nach Kriegsende als notwendige Einrichtung zur Erledigung wichtiger Aufgaben unbedingt beibehalten werden müsse.

<u>SS-Brigadeführer Dr. Schöngarth</u> führt aus, dass wohl alle Anwesenden unter dem Eindruck der sich häufenden Mordanschläge auf Deutsche ständen. Wenn man sich nach den Gründen dieser Intensivierung der Tätigkeit der Widerstandsbewegung frage, so müsse man darin den Willen der Feindmächte feststellen, durch diese Intensivierung der Arbeit in diesem Raume zu erreichen, ohne Einsatz eigenen Blutes vielleicht eine zweite Front zu schaffen, indem man die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, die Herrschaft der Deutschen anzuerkennen und ihren Anordnungen Folge zu leisten, langsam untergraben wolle. Diese von abgesetzten Gruppen verübten

Akte sollten durch Legendenbildung langsam die deutsche Arbeit erschweren.

Die Bekämpfung der Fallschirmgruppen sei ausschliesslich Sache der Polizei; sie habe auch zum Teil Erfolge. Aus bei gefassten Fallschirmspringern vorgefundenen Befehlen wisse man, dass sich England, Amerika und Russland von diesen Aktionen ausserordentlich viel versprechen; sie seien auch über die Tätigkeit dieser Gruppen im Generalgouvernement gut unterrichtet.

Eine Verschärfung der Lage werde zwangsläufig eintreten, wenn man nicht erkenne, dass die bisherige Behandlung des polnischen Volkes in vielen Punkten falsch gewesen sei. Man müsse den Mut aufbringen, endlich den deutschen Kurs zu ändern. Dieses polnische Volk stelle für Deutschland ein nicht übersehbares Kriegspotential dar, das zur Gewinnung des Krieges voll eingesetzt werden müsse. Die deutsche Verwaltung müsse alles vermeiden, was bei den Polen einen unnötigen Druck hervorrufe, denn Druck erzeuge gewöhnlich Gegendruck. Man müsse vermeiden, Versprechungen zu machen, die man nicht halten könne. Das polnische Volk habe an sich Verständnis für den deutschen Kampf gegen den Bolschewismus, es sei antibolschewistisch eingestellt. Das erlebe man immer stärker.

Wir Deutsche müssten dem Schicksal dankbar sein, dass es uns durch die Gräber von Katyn noch einmal Gelegenheit gebe, dem polnischen Volk nicht nur propagandistisch, sondern in der Tat Zugeständnisse zu machen, ihm ein gewisses Schicksal aufzuzeigen, um es für die deutschen Zwecke zu gewinnen.

Diese Erkenntnis scheine auch im Reich endlich Platz zu greifen. Seiner Meinung nach sei es dazu höchste Zeit. Wir alle seien uns darüber klar, dass wir mit einer Weiterführung unserer bisherigen Polen-Politik einfach Schiffbruch erleiden werden. Einen solchen Druck, wie ihn das polnische Volk erleide, habe noch nie ein Volk erleiden müssen. Jede Dienststelle müsse bei allen Maßnahmen, die ergriffen werden müssten, darauf achten, ob sie unbedingt

kriegsnotwendig seien und darum durchgeführt werden müssten. Gelinge es nicht, die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, diese Terror-Gruppen zu beseitigen, zu wecken, dann sähe er kein Mittel, mit dem man die Sicherheitslage im Generalgouvernement bessern könne. Der Feind würde in diesem Raume eine grosse Nachschubbasis vernichten, und die Rückswirkungen auf die Front im Osten würden von unübersehbaren Folgen sein.

Er habe bereits in der letzten Sicherheitssitzung darauf hingewiesen, dass auch ein Attentat gegen den Herrn Generalgouverneur geplant sei. Den Plan habe man beim Chef einer Fallschirmtruppe gefunden. Dass diese Meldungen ernst zu nehmen seien, beweise das heutige Attentat auf den Staatssekretär für das Sicherheitswesen SS-Obergruppenführer Krüger. Erb bitte daher, dass jeder einzelne - zwar versteckt - Vorsichtsmaßnahmen ergreife, die ein solches Attentat unmöglich machten. Die Fallschirmspringer seien meist polnische Offiziere, die in Russland ihre Ausbildung und vor ihrer Absetzung in diesem Raum die Weisung erhalten hätten, führende Deutsche zu beseitigen.

Man habe alle polizeilichen Mittel, die es überhaupt gebe, eingesetzt, um die Lage zu meistern. Er bitte alle Herren, auf ihrem Gebiete alles zu tun, um die Bereitwilligkeit des polnischen Volkes, für die deutschen Belange zu erhalten, und die Ressonanz, die die verschiedenen Anschläge bei der polnischen Bevölkerung hervorgerufen hätten, zu beseitigen.

Generalleutnant Becker erklärt, dass die Raubüberfälle und sonstigen Übeltaten der Banditen in letzter Zeit sprunghaft in die Höhe gegangen seien und sich die Sicherheitslage ausserordnetlich verschlechtert habe. Auf der anderen Seite müsse jedoch hervorgehoben werden, dass die Erfolge der Ordnungspolizei in der Bekämpfung an gewissen Stellen sehr grosse sind. Es sei gelungen, ganz erhebliche Sektoren der Widerstandsbewegung und damit verbundenen Volksbewegung zu zerschlagen. Man habe eine Menge von Führern festnehmen können und stellenweise das gesamte Führerpersonal ~~xxxxx~~ gefasst.

Auf eine Verringerung der Bandentätigkeit könnem man in naher Zukunft nicht rechnen, im Gegenteil, man müsse darauf gefasst sein, dass die Kämpfe gegen die Banden immer schärfer und härter würden. Man werde eines Tages gezwungen sein, in das Gebiet des Generalgouvernements starke Kräfte zu legen, um dadurch einmal gründlich Ordnung zu schaffen. Wann das geschehen werde, müsse in Berlin entschieden werden.

Der stellvertretende Leiter des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der N S D A P, Pg. Adolf Stahl, gibt seiner Freude Ausdruck, dass er als Vertreter der Parteiführung einen Einblick in die Regierungsarbeit habe gewinnen können. Die Parteiarbeit habe sich im grossen und ganzen in den Rahmen der Arbeit der Regierung eingefügt, und leiste ihr tatkräftige Hilfe.

In der letzten Regierungssitzung habe er den Wunsch geäussert, dass die Zusammenarbeit der Partei mit den Regierungs- und staatlichen Stellen möglichst eng werden möge. Heute könne er melden, dass hervorragende Vertreter der Regierungsstellen sich trotz ihrer beruflichen Inanspruchnahme der Parteiarbeit ehrenamtliche zur Verfügung gestellt hätten. Die Arbeit in der Partei werde heute zu 95% ehrenamtlich geleistet; dies wolle man auch in Zukunft beibehalten.

Bei seiner kürzlichen Reise durch Galizien habe er feststellen können, dass auf dem Sektor der Kinderlandverschickung die Zusammenarbeit zwischen Partei, Staat und Wehrmacht gute Früchte getragen habe. Bis jetzt seien im Generalgouvernement bereits 3000 Jungen untergebracht worden.

Die Sicherheitslage mache sich in starkem Maße in der Parteiarbeit bemerkbar. Auf dem flachen Lande liege sie fast völlig brach, in den Städten dagegen, in denen das Deutschtum immerhin geballt wohne, zeige man durch eine besonders starke Aktivität den Fremdvölkischen, dass sich das Deutschtum noch so stark fühle, um in Aufmärschen von geschlossenen Formationen an die Öffentlichkeit zuzutreten.

Die Partei strebe immer danach, möglichst keine Doppelarbeitnzu leisten, sondern eine unterstützende Arbeit der staatlichen Dienststellen. Er erinnere nur an die Frage der Betriebsbereinigungen, an die intensive Einschaltung der Hitlerjugend in die Erziehung der volksdeutschen Jugendlichen und der Frauenschaft in die Erziehung der reichsdeutschen und volksdeutschen Frauen. Alle Hauptarbeitsgebiete hätten dazu beigetragen, dass das Deutschtum des Generalgouvernements zu einem einheitlichen leistungsfähigen Block zusammengeschlossen sei. Die Stimmung unter den Deutschen sei ausgezeichnet. Er habe am Vorabend in einer Kundgebung in Warschau gesprochen und dabei feststellen können, dass trotz der internen Schwierigkeiten eine Begeisterung geherrscht habe, wie man sie aus Kundgebungen im Reich z.Zt. der grössten Entscheidungen kenne.

Die Partei sei das Stimmungsbarometer des deutschen Volkes. Das Deutschtum habe hier auf dem Lande eine Haltung gezeigt, wie man sie nicht für möglich gehalten hätte. Er denke z.B. an eine Zuckerfabrik im Generalgouvernement, in der 1700 Polen unter 17 Deutschen hervorragendes leisteten.

Sein Wunsch sei, dass die Zusammenarbeit zwischen Partei und Staat im kommenden Jahre noch enger werde, und er bitte den Herrn Generalgouverneur, seine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit ihm noch enger zu gestalten.

Präsident Ohlenbusch führt aus, dass im Mittelpunkt der Hauptabteilung Propaganda auf dem fremdvölkischen Sektor natürlich die Massenmorde von Katyn ständen. Letzten Sonnabend sei von dort die 2.polnische Delegation zurückgekehrt, die aus Vertretern des polnischen Roten Kreuzes und einem Vertreter des Erzbischofs von Krakau zusammengesetzt gewesen sei.Die Zurückgekehrten seien sehr zurückhaltend und lehnten es ab, irgendwie in der Öffentlichkeit herausgestellt zu werden. Er selbst lehne propagandistisch eine Beeinflussung dieser Teilnehmer ab, und er sei sich mit der Hauptabteilung Innere Verwaltung darüber klar, dass man eine polnische Kommission bilden müsse, die dann sachlich diese Dinge berichten

solle.

Er vertrete den Standpunkt, dass der Massenmord von Katyn durchaus Gelegenheit biete, eine Änderung in der Polenpolitik herbeizuführen, ohne das Prestige des Grossdeutschen Reiches zu erschüttern. Bei seiner letzten Berliner Reise habe er jedoch nichts Positivesmit auf den Weg bekommen. Man denke wohl daran, dass bei den im Reich eingesetzten Polen das P verschwinden werde, jedoch habe er den Eindruck, dass es erheblicher Arbeit bedürfe, um die Berliner Stellen davon zu überzeugen, dass die bisher im Generalgouvernement einfach nicht vorhandenen politische Zielsetzung jetzt endlich gegeben werden müsse.

In der Tätigkeit der Widerstandsbewegung, soweit sie auf propagandistischem Gebiet liege, sehe er keine allzu grosse Gefährdung. Man sei in der Lage, den Massenmord von Katyn nach vielen Richtungen hin auszuwerten, und das polnische Volk damit für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Berlin plane die Genehmigung eines Volkstrauertages, die Errichtung von Mahnmalen, und den Angehörigen der verschiedenen polnischen Delegationen die Genehmigung zu erteilen, zur polnischen Bevölkerung zu sprechen. Allerdings stehe auch fest, dass sich die führenden Polen darüber klar seien, dass sie im jetzigen Augenblick mit Forderungen an die deutsche Führung herantreten könnten. Die Entwicklung der Dinge hänge davon ab, inwieweit die zuständigen Reichsstellen bereit seien, den Polen eine klare politische Zielsetzung zu geben.

<u>Gouverneur Kundt</u> nimmt zu einigen Problemen der Verwaltung Stellung. Auf dem Sektor der Wirtschaft werde das Bewirtschaftungssystem immer mehr verfeinert. Da die Belastung der unteren Verwaltungsbehörden durch die vielen Einberufungen in zunehmendem Maße grösser würden, fehlten die geschulten Kräfte, um diese komplizierten Bestimmungen durchführen zu können. In letzter Zeit nähme nun die Tendenz zu, gegen Reichsdeutsche Verfolgungen eintreten zu lassen, wenn sie sich gegen die Bewirtschaftungsbestimmungen vergangen hätten. Die Staatsanwaltschaft stehe auf dem Standpunkt, dass jeder Kreishauptmann für die Einhaltung dieser

vielen Bestimmungen verantwortlich sei. Diesem fehlten aber, wie gesagt, die nötigen Kräfte; der grosse technische Apparat sei zu schwach. Man dürfe nicht vergessen, dass ein Kreishauptmann die gesamten Aufgaben aller einzelnen Hauptabteilungen durchzuführen habe. Er müsse daher im Interesse der noch arbeitenden Beamten und Angestellten bitten, dass nur diejenigen als Gauner bezeichnet und verfolgt würden, von denen einwandfrei feststehe, dass sie ihr Amt zum Zwecke der persönlichen Bereicherung missbraucht hätten. Er habe einen konkreten Fall im Auge, in dem einer seiner besten Kreishauptleute ohne Verschulden bloßgestellt worden sei. Bei der Einführung neuer Bestimmungen solle man auch immer daran denken, dass der Personalstamm in der Distriktsebene so gering sei, dass man Feinheiten der Verwaltung nicht mehr durchführen könne. Weiter müsse man in Betracht ziehen, dass der der untersten Ebene zur Verfügung stehende Verwaltungsapparat, die Gemeindevögte und Schulzen, systematisch unter den Angriffen der organisierten Banden stünde. In seinem Distrikt gebe es keine Gemeinde mehr, die nicht ausgeraubt worden wäre. Die Schulzen und Vögte, die in jeder Hinsicht die eigentliche Spitze der Verwaltung darstellten, seien dauernd in ihrem Leben bedroht. Sie kämen zu den Kreishauptleuten und bäten um deutschen Schutz; dazu seien wir aber nicht in der Lage, und die deutsche Autorität der Verwaltung sei deswegen stark gefährdet. Bei dieser Entwicklung könne die ungestörte Hereinbringung der kommenden Ernte nicht garantiert werden; auch die nötige Erfassung der monatlichen Kontingente an Butter, Eiern usw. sei in Frage gestellt. Die Molkereien würden sowieso schon von den Banditen zertrümmert. Auch die Arbeitererfassung lasse sich nicht durchführen. Hier müsse man für die letzten Wochen einen systematischen Rückgang verzeichnen, und dieser Zustand könne ohne entsprechende Hilfe der Polizei, der jedoch wiederum die Kräfte fehlten, nicht abgeändert werden. Vom Reich müssten unbedingt genügend Sicherheitskräfte im Generalgouvernement abgestellt werden, wenn man die vom Reich verlangten hohen Forderungen an Arbeitskräften und Nahrungsmitteln erfüllen wolle.

Die Sicherheitslage beurteile er sehr ruhig und nüchtern. Im Distrikt Radom sei die Lage noch nicht so schlimm wie in Warschau; die Banditen hätten bis jetzt noch keinen deutschen Verantwortungsträger erschossen. Er habe jedoch den Eindruck, dass in seinem Distrikt ein gefährliches System Platz greife, das in Form einer organisierten Vorbereitung im der Lysa Gora seinen Anfang nehmen könne. Gefährlich könnten Angriffe aus der Lysa Gora für die dortigen grossen Rüstungsbrtriebe werden. So hätten z.B. Banditen im Verlaufe einer halber Stunde mit einer technischen Fertigkeit militärischer Art 1.Grades mitten aus einer Stadt 19 ihrer Genossen befreit, ohne dass die vorhandenen Polizeikräfte überhaupt nur zum Schuß gekommen seien. Er halte es daher für durchaus möglich, dass eine stärkere Gruppe ebensogut dortige Rüstungswerke innerhalb kurzer Zeit überfallen, und die entsprechenden Zerstörungen vollziehen und die vielen Rüstungsarbeiter in Bewegung setzen könne. Bis zum Erscheinen der nötigen deutschen Ordungskräfte könnten sie dann längst wieder verschwunden sein. Diese einzelnen Gruppen seien nicht von Flugzeugen abgesetzt worden, sondern nur die Rädelsführer. Diesen sei es bereits gelungen, grössere schlagkräftige Einheiten zu organisieren.

Die deutschen Menschen, die draussen auf dem Lande Dienst tuen würden, seien oft ohne Waffen, oder meist ohne Munition zu diesen Waffen. Die Banden hielten in den Wäldern grosse Schiessübungen ab. Sobald sie nicht mehr nur auf Raub ausgingen, sei es höchste Zeit, durch eine Konzentration an Kräften ihre Vernichtung herbeizuführen, bevor sie sich mit ihren guten Waffen in Bewegung setzten. Es sei auch zweckmässig, dass die Haltungsfrage der Deutschen von allen Seiten eine stärkere Aufpulverung erfahre, denn sie nähmen die Dinge noch nicht so ernst, wie sie in Wirklichkeit seien. Wenn sich bewaffnete Soldaten ohne weiteres entwaffnen liessen, werde auf der Gegenseite der Kampfgeist der Nation sich keiner hohen Einschätzung erfreu

en können. Jeder Deutsche, der Waffen besitze, müsse auch schiessen, wenn er angegriffen werde. Im Gegensatz zu den Reichsdeutschen, die sehr ängstlich seien, arbeiteten die volksdeutschen Bauern ruhig und rissen bei Bandenüberfällen nicht aus. Eine solche Haltung müsse Allgemeingut aller Deutschen in diesem Raume werden.

Leider lägen im Generalgouvernement fast keine Truppen, die wenigen Soldaten seien schlecht bewaffnet, die Gendarmerie-Kräfte seien viel zu gering, und besäßen keine Autos und kein Benzin. Für die Polen müssten neue politische Zielsetzungen erstellt werden, ihre Ernährung und ihr Eigentum müsste gesichert werden, und ausserdem müsse die deutsche Führung in die Lage versetzt werden, gegen die Elemente der Unordnung kämpferisch vorgehen zu können.

Gouverneur Wendler berichtet, dass die Sicherheitslage im Distrikt Krakau nur in einigen Teilen in der letzten Zeit angespannt worden sei. Die Bevölkerung draussen arbeite. Die Sicherheitsfrage müsse aber in positivem Sinne gelöst werden, da sonst die für die deutsche Verwaltung tätigen Vögte und Schulzen an unserer Macht zweifeln müssten. Jeder dieser Leute werde gewarnt, in deutschen Diensten tätig zu sein, und dadurch werde die Arbeit allmählich unmöglich. Der kommenden Ernte müsse man viel besorgter entgegensehen als im vergangenen Jahr. Der Distrikt Krakau habe voriges Jahr seine Kontingente hundertprozentig erfüllt; dieses Ergebnis lasse sich aber nur mit Hilfe der polnischen Bevölkerung erreichen. Seit einigen Wochen mache sich ein gewisser Widerstand geltend, der vor allem darauf zurückzuführen sei, dass grosse Grenzveränderungsvorschläge debattiert würden. Die Bevölkerung warte mit der Arbeit zu, wenn das Gerücht gehe, dass Kreise oder Gemeinden eine Veränderung erfahren würden.

Der Herr Generalgouverneur beendet die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Meine Herren! Wir haben alle den Eindruck, dass die heutige Sitzung, die wir aus Anlass des Geburtstages des Führers veranstaltet haben, von ausserordentlicher Bedeutung war. Sie gab uns durch die Referate der einzelnen Herren einen weitreichenden Überblick über die gegenwärtige Lage des Generalgouvernements. Ich möchte zusammenfassend sagen, dass uns das heutige Protokoll auf den wesentlichen Sektoren der Ernährung, Sicherheit, Arbeiterbeschaffung, Polenpolitik und aller anderen angeregten Problemen und Fragen noch intensiv beschäftigen wird. Ich stimme in vollem Umfange mit allen Herren überein.

Die heutige Sitzung war wiederum ein Beweis dafür, dass dieser Raum nur im einmaligen Zusammenwirken aller maßgeblichen Polizei- und Verwaltungsstellen beherrscht werden kann. Ein Ausbrechen aus dieser Gemeinschaftslinie ist völlig unmöglich und könnte nur zum Schaden der Gesamtdeutschen Politik erfolgen. Ich werde in der kommenden Zeit mit jedem mir zu Gebote stehenden Nachdruck dafür sorgen, dass diese Einheitlichkeit unter allen Umständen autark erhalten wird. Denn wir sind die Fachleute dieses Raumes, und jeder, der nicht in diesem Raum mitwirkt, mit uns aufgebaut hat, und die Probleme hat wachsen sehen, ist auf diesem Gebiet nicht Fachmann. Es ist daher, gelinde gesagt, eine der schlimmsten Formen nichtfachmännischer Behandlung dieses Raumes, wenn unter der Potenz von Reichszuständigkeiten Meinungen mit autoritärem Rang geäussert und durchgesetzt werden können; dies würde nur zum Schaden dieses Gebietes und damit indirekt zum Schaden des deutschen Reiches sich auswirken.

Eine der wesentlichsten Folgen der heutigen Sitzung - denn wir alle spüren, dass die Dinge reif geworden sind - wird die sein, dass ich mit allem Nachdruck den Erfahrungssummierungen, die wir auch heute wieder formuliert erlebt haben, beim Reich zum Durchbruch verhelfen werde. Gerade

insbesondere auf dem Gebiet der Polenpolitik ist die Feststellung interessant, wie wir uns in dieser Sitzung völlig einig sind, über die Grundsätze der Behandlung des fremdvölkischen Elements in diesem Raum, wegen deren teilweise versuchsweisen Anwendung nicht nur ich persönlich, sondern Sie fast alle, immer wieder vom Reich und den Reichszentralen den Vorwurf einstecken müssen, dass wir zu polenfreundlich wären, zu wenig bedächten, und dass nur die scharfe, harte Faust allein die richtige Methode wäre. Ich glaube, es waren 3 1/2 Jahre eines fast Märtyrerhaften Ringens um die Durchsetzung unserer Anschauung.]

Aus dem vollen Vertrauen an Sie, meine Herren, und auf Ihre bisherigen Leistungen in diesem neuen Jahr richte ich die Bitte an Sie, so wie bisher treu, aufopfernd und gewissenhaft in gemeinsamer Ausführung Ihrer Planungen und genauer Durchhaltung Ihrer Beschlüsse dazu beizutragen, dass das Generalgouvernement bleiben wird, was es bis jetzt war, einer der geschlossensten und einer der wertvollsten Erfolge des bisherigen Krieges.

Meine Herren, ich danke Ihnen!

Schluß der Sitzung
14^{30} Uhr.

43

R e g i e r u n g s s i t z u n g

am Donnerstag, dem 22.Juli 1943,
11 Uhr, im Königssaal der Burg.

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:
1. z.d.Akten d.Kanzl. des GG.eurs
2. Staatssekretär Dr. Bühler
3. Ministerialrat Dr. W e h

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung

am 22. Juli 1943 um 11 Uhr

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Dr. Boepple		
[illegible]	Präsident der Regierung	[illegible]
[illegible]		
[illegible]		
[illegible]	[illegible]	W.u.U.
[illegible]	Direktor d. Stat. [illegible]	Stat. Amt
[illegible]	Direktor der Archive des G.G.	Direktion der Archive des G.G.
Teitge	Präsident	Gesundheitswesen
[illegible]		[illegible]
[illegible]		Post
[illegible]		[illegible]
		E.u.L.

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]		[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Scholz.	Ministerialrat	Hauptabteilung Arbeit.
[illegible]		
[illegible]	Baudirektor	Hauptamt f. [illegible]
Rogge	Ministerialrat a. D.	Hauptamt H. Finanz
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Leiter des Amtes f. Beteiligungsverwaltung	
[illegible]	Leiter des Personalamts	
[illegible]	Auswärtiges Amt	
[illegible]	VO/OKW	
[illegible]	VO [illegible] Kdo.	

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]orner	Gauamtsleiter	[illegible]
[illegible]	Stellv. Leiter (Ver.)	[illegible] DAF

Beginn der Sitzung: 11 Uhr 5 Min.

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift zunächst Generalgouverneur Reichsminister Dr. Frank das Wort zu folgenden Ausführungen:

Meine Herren, ich habe das Bedürfnis gehabt, vor der Sommerpause, die doch so oder so auch trotz des Krieges einsetzen wird, nochmals mit Ihnen als den massgeblichen Männern des Nebenlandes Generalgouvernement zusammenzukommen. Ich habe den Termin benutzt, an dem Herrn Staatssekretär Stuckart vom Reichsminister des Innern in Krakau anwesend ist. Er wird uns nach Tisch einen Einblick in die schwere Verwaltungssituation des grossdeutschen Reiches geben.

Diese Situation, die wir hier in ihren Auswirkungen spüren, hängt selbstverständlich aufs engste mit der gegenwärtigen Kriegslage zusammen. Ich kann in dieser heutigen Regierungssitzung nur feststellen, dass die Kriegslage zu keinerlei weitreichendem Pessimismus Veranlassung gibt. Ich möchte im Gegenteil auf Grund meiner sehr vertrauten Kenntnis der Dinge in diesem Augenblick mitteilen, dass das Losprasseln der Offensive der Sowjetrussen im Osten von uns seit Monaten mit allen Vorbereitungen empfangen und dass es zweifellos dazu führen wird, dass die Sowjetunion im Zusammenhang mit diesem dauernden blutigen und mit Materialverlusten äusserst stark durchsetzten Anrennen eine solche Erschütterung und Erschöpfung erfahren wird, dass die Hoffnung auf den Zusammenbruch der Sowjet-Union aus innerer Not, vor allem aus Nahrungsnot heraus absolut begründet er-

scheint.

Eine irgendwie geartete Gefährdung unserer Lage im Generalgouvernement aus der Entwicklung der Ostfront scheint direkt oder indirekt völlig ausgeschlossen. Die Partisanensituation hat sich im Generalgouvernement trotz aller ihrer bedrohlichen ernsten Ansätze wesentlich gewandelt. Ich muss hier des tapferen Einsatzes unserer Polizei- und Sicherheitsorgane, aber auch der Wehrmacht gedenken, die in stolzem Zusammenwirken mit unseren Verwaltungsorganen , den Kreishäuptmännern und den Verwaltungsbehörden aller Kartegorien des Landes es doch verstanden haben, einigermassen die Sicherheit der Ernteeinbringung im grössten Teil des Generalgouvernements zu gewährleisten. Dass da und dort noch Gefahrenherde bestehen, dass der Banditismus nicht ohne weiteres ausgerottet werden kann, ist nicht ein Zeichen der Schwäche des grossdeutschen Reiches oder der Einsatzmitteln unseres Vaterlandes, er ist vielmehr ein Zeichen für den einen verzweifelten Charakter annehmenden Kampf, den die Führung der Emigranspolen und der bolschwistisch eingestellten Polen aufnimmt, um uns im letzten Augenblick abzuwürgen.

Wenn im Zusammenhang mit der Befriedungsaktion im Distrikt Lublin in grösserem Umfange wiederum Evakuierungen vorgenommen werden mussten, so möchte ich dabei doch betonen, dass alle diese Massnahmen, gemessen an dem, was nur ein einziger massierter Bombenangriff auf eine deutsche Grosstadt des Rheinlandes an Elend und Evakuierungsmassnahmen herabprasseln lässt, gar nichts bedeutet. Wenn Sie bedenken, dass wir im Reich vor dem Problem stehen, über 3 Millionen Menschen mit ihrem Hab und Gut aus den westlichen Teilen des Reiches zu evakuieren, - eine Aufgabe, die insbesondere für unsere deutsche Reichsbahn kaum lösbare Transportprobleme hervorruft, weil

der Führer wünscht, dass möglichst auch das Privateigentum und die Möbel der zu evakuierenden Personen mit fortgeschafft werden sollen, - so können Sie ermessen, dass eine Zahl von einigen 10 000 oder 20 000 oder 30 000 Polen, die wir im Generalgouvernement irgendwo aus Notgründen evakuieren, damit nicht im Vergleich stehen kann und darf.

Es ist somit sicher, dass das Generalgouvernement in seinem Bestande durch die Kriegslage und die innere Partisanenlage nicht gefährdet werden wird. Dass trotzdem äusserste Vorsicht am Platze ist, dass wir hier absolut noch nicht von einem befriedeten Gebiet sprechen können, ist evident. Aber ich habe es schon einmal zum Ausdruck gebracht; wo ist der deutsche Mensch heute in der Welt überhaupt gesichert? Nirgends! Wir sind alle im Kampf und stehen alle unter dauernder Lebensgefahr. Das gilt auch von den Deutschen des Generalgouvernements, die sich wirklich tapfer und mannhaft verhalten. Ich gedenke in diesem Augenblick auch der vielen Tausende von Beamten, die draussen völlig isoliert ihre Pflicht zu erfüllen haben. Ich muss sagen, dass diese deutschen Menschen genau so ihrer Sicherheit Opfer zu bringen haben, wie das überall in deutschen Landen zu geschehen hat.

Auch die übrige Kriegslage berechtigt zum Optimismus. Dass in Norden der kurze Angriffsversuch zurückgeschlagen wurde, erfüllt uns alle mit Genugtuung. Auch auf Sizilien geht der Angriff der Amerikaner und Engländer so zäh und unter solchen Schwierigkeiten vonstatten, dass die nunmehr im Zusammenhang mit der Zusammenkunft des Führers und des Duce vor wenigen Tagen mit Bestimmtheit zu erwartende Verstärkung des deutschen Truppenelements in Sizilien diese Abwehrfront Europas wesentlich festigen wird.

Dass es aber im übrigen Kriegsgeschehen ganz zweifellos so aussieht, dass das Deutsche Reich und Volk absolut imstande sind, den massierten Angriffen der Weltplutokraten, hinter denen doch nur der Jude steht, entgegen zu treten, ist klar.

Daher können wir auch im Generalgouvernement bei Abschluss des ersten grossen Teiles dieses entscheidungsreichen Jahres 1943 in unserer Arbeit sagen; wir haben festen weltgeschichtlichen Grund unter den Füssen. Die innere Lage des Generalgouvernements habe ich im Hinblick auf den Sicherheitskoeffizienten schon kurz gestreift. Ich möchte aber allgemein sagen, dass auch die staatliche Institution des Generalgouvernements in diesem ersten Teil des Jahres 1943 wesentliche Beruhigung und Stabilisierung erfahren hat. Sie kennen seit Jahren den von mir immer wieder mit Leidenschaft und Nachdruck vertretenen Grundsatz der Einheit der Verwaltung. Als ich diesen Grundsatz aufstellte, war es der Führer, der ihn als erster aufnahm; denn in der grundlegenden Verordnung über die Einrichtung des Generalgouvernements für die besetzten polnischen Gebiete vom 26.Oktober 1939 ist ja bekanntlich dieser Grundsatz der Einheit der Verwaltung festgelegt. Dort heisst es, dass alle Zweige der Verwaltung beim Generalgouverneur zusammengefasst werden.

Dass es geglückt ist, gerade im Zusammenhang mit meiner grundsätzlichen Aussprache mit dem Führer vom 9.Mai ds.Js., die über zweieinhalb Stunden dauerte und unter vier Augen stattfand, wiederum das vollste Einvernehmen des Führers mit meinen Anschauungen herbeizuführen, hat mir beim Führer den Ehrentitel des grossen Realpolitikers des Ostens eingetragen. Dass diese Besprechung als Ausgangspunkt dazu geführt hat, auch alle anderen noch bestehenden Organisationsprobleme zu bereinigen, haben Sie selber verspürt. Insbesondere

war meine Besprechung vom 23.Juni mit dem Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei Himmler in diesem Zusammenhang von grösster Bedeutung. Sie hat ein Problem, das uns Jahre lang beschäftigte und das sowohl für die Männer der Verwaltung wie der Sicherheit immer wieder zu Schwierigkeiten führte, nämlich das Problem des Verhältnisses der Regierung des Generalgouvernements zu den Polizei- und Exekutivorganen aller Art, in einer beide Teile völlig befriedigenden Weise restlos geklärt und ihren Niederschlag in dem Übereinkommen zwischen dem Staatssekretär der Regierung und dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, das Sie im Verordnungsblatt des Generalgouvernements vom 15.7. ~~lesen werden~~ gelesen haben, gefunden. ~~Dass~~ nach erkläre ich diese Problemposition, die uns so oft zu schaffen gemacht hat, für völlig gelöst. Es ist klar, dass die polizeiliche Exekutive auch in diesem Raum der Regierung zur Erfüllung ihrer Aufgaben völlig zur Verfügung steht und dass der Staat Generalgouvernement in der ihm zur Verfügung stehenden Polizei und den Polizeieinrichtungen den integrierenden Bestandteil seiner staatlichen Funktionen zu erblicken hat.

Die übrigen Besprechungen, die die Organisation betreffen, lagen im wesentlichen auf dem Gebiet der Ostbahn. Hier kann ich zu meiner Genugtuung feststellen, dass angesichts der verständnisvollen Angleichung der beiderseitigen Interessen die Institution der Ostbahn im Generalgouvernement restlos erhalten wird, ebenso wie die Generaldirektion der Ostbahn und die Funktionen des Präsidenten Gerteis im wesentlichen erhalten geblieben sind. Dass dabei die allgemeinen, über das Generalgouvernement hinausreichende grosse Transkontinentalen Verkehrsbedürfnisse der Deutschen Reichsbahn ihre Befriedigung gefunden haben, ist selbstverständlich. Das Generalgouvernement beansprucht ja

nichts für sich gegen das Reich, sondern es beansprucht für sich die Lebensfunktion in klarer einheitlicher Geführtheit im Dienste des Reiches.

Ein weiteres Problem der Organisation ist das <u>Bauwesen</u>. Hier ist durch den Erlass des Führers dem Reichsminister Speer eine grosse ganz Europa umfassende Funktion zugeteilt worden. Auch das Generalgouvernement ist einbezogen. Es wird sich zeigen, ob sich die zur Zeit angewendete Regelung in der Praxis bewährt. Ich glaube, dass wir in den kommenden Wochen Gelegenheit haben werden, es zu verspüren. Dann wird wohl gegen Ende dieses Jahres eine grundsätzliche Bereinigung der vielleicht noch ausstehenden Rest~~waren~~ fragen auf diesem Gebiete eintreten.

In allen übrigen Teilen waren keine Probleme vorhanden. Es ist klar, dass aus der Selbstverständlichkeit der einheitlichen Verantwortung, die ich und damit auch Sie, meine Herren, als Mitglieder meiner Regierung für diesen Raum zu tragen haben, die Notwendigkeit der <u>einheitlichen Führung</u> dieses Raumes hervorgeht. Dass in diesem Zusammenhang mein vor wenigen Tagen beim Wehrkreisbefehlshaber in Spala durchgeführter Besuch auch die Verbindung zwischen Wehrmacht und den staatlichen Instanzen des Generalgouvernements auf eine erfreuliche Entwicklungsbasis gerückt hat, diese Mitteilung Ihnen zu machen ist mir besonders angenehm.

Die <u>Strukturform des Generalgouvernements</u> hat viel Missverständnis gefunden und hat uns in den letzten 3 Jahren eine Fülle von Vorwürfen eingebracht, etwa der Gestalt, dass wir hier eine Art abgesonderten Eigenlebens gegen das Reich zu führen gedächten, so eine

Art Königreich Polen aufrichten wollten, dass wir absolut reichsfeindlich wären, dass wir hier gegen die Interessen einer einheitlichen Führung des Reiches verstossen würden usw., - dieses ganze Gezücht von Gerüchtemacherei, von elenden Verleumdungskampagnen gegen uns, gegen unser Werk und gegen die Ziele unseres Wirkens ist jämmerlich zusammengebrochen. Auf die Dauer konnte ja die Wahrheit der Leistung der Männer, die im Dienste des Führers und des Reiches hier im Generalgouvernement ein Wunder vollbracht haben, nicht unterdrückt werden. Und diese Wahrheit heisst einfach und klipp und klar, dass das Generalgouvernement an der Spitze der Leistungen der besetzten Gebiete in jedem Hinblick, relativ und teilweise sogar absolut steht. Eine Ernteablieferung von 730 000 Tonnen Getreide allein aus dem Generalgouvernement, wie sie im Jahre 1942 erfolgte, ist fürwahr eine Wundertat, die uns noch von niemandem nachgemacht wurde. Das gilt ebenso von der Möglichkeit, aus diesem Chaos und dieser Zerstörtheit eine Ordnung aufzubauen und mit wenigen Männern durchzuhalten. Auch das ist uns noch von niemandem nachgemacht worden. Wenn ich im übrigen nur eine Zahl nennen darf: ins Reich wurden aus unserem Gebiet über 1,3 Millionen Arbeiter verschickt, - ein Ergebnis, das ebenfalls einzigartig dasteht. Dass die Transport- und Finanzleistung, die Währungsleistung des Generalgouvernements, alles aus Eigenem aufgebracht, nur von uns gedeckt, eine einzig dastehende Kriegsleistung einer Hand-voll deutscher Männer darstellen, konnte schliesslich auch durch noch so boshafte, neidische, kleinliche und hasserfüllte Kritik auf die Dauer nicht unterdrückt werden. Der Führer selber hat hier eingegriffen und für das Rechte gesorgt. In seinem Namen stehe ich mit neu gestärkten Vollmachten hier in diesem Raum, seines Befehls gewärtig, in seinem Namen amtierend und für ihn und das deutsche Reich diese

schwierigen Probleme meistərnd. Wir können ohne jede Ausnahme mit Fug und Recht auf diese Leistung stolz sein. Ihnen den Dank des Führers, den er mir am 9.Mai dieses Jahres ausgesprochen hat, zu übermitteln, ist für mich in dieser Stunde eine stolze Mission.

Daß es einer Handvoll Männer - unsere Polizei hatte kaum lo ooo Mann - geglückt ist, auf dem Lande die Sicherheit solange durchzuhalten, bis durch übermächtiges Einbrechen von Partisanenbanden aus dem Osten, nicht etwa auf Grund von eigengewachsenen Zuständen des Generalgouvernements diese Sicherheit gefährdet wird, verdient einen besonderen Hinweis.

Besonders schwierig war für uns in diesem Jahre ganz allgemein auch die Umsiedlungsfrage. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilung machen, daß die Umsiedlung im allgemeinen restlos für die Dauer des Krieges eingestellt ist. Was jetzt im Distrikt Lublin und im Distrikt Galizien geschah, wird wohl im weitesten Umfange seine Aufklärung finden. Für den Distrikt Lublin ist jetzt die Polizeifrage gelöst, und es wird Ihnen amtlich mitgeteilt werden, daß SS-Gruppenführer Globocnik aus dem Distrikt Lublin abberufen ist und sein Nachfolger demnächst seinen Dienst antreten wird.

So kann ich denn vor der Sommerpause, die ja keine Arbeitspause ist, sondern für die einzelnen Herren nur ein kurzer Sonnenblick in die freie Luft sein kann, die Erklärung abgeben, daß das Generalgouvernement in sich geschlossen, stark und zukunftssicher den Aufgaben, die uns vom Reich gestellt werden, entsprechen wird.

Unter diesen Aufgaben sind vor allem wieder von besonderer Bedeutung die Sicherstellung des Reiches und die Förderung des Reichsinteresses auf zwei Gebieten, auf dem Gebiet der Ernährung und auf dem

Gebiet der Industrieverlagerung , die jetzt ein im Vordergrund stehendes Problem darstellt. Was die Ernährung angeht, so möchte ich Ihnen endgültig mitteilen, dass zum 1.September ds.Js. eine grundsätzliche Neuordnung oder überhaupt einmal eine Ordnung der Ernährungsverhältnisse der Gesamtbevölkerung des Generalgouvernements eintreten wird. Es werden dann die sogenannten Warthegausätze im wesentlichen eingeführt, modifiziert nach unserem Bedürfnis, die fast die gesamte Bevölkerung erfassen werden und die - dessen bin ich sicher - mit blitzartigem Beginn am 1.September 6 Uhr morgens zu einer gewaltigen Bereinigung dieses Gebietes führen werden. Alle Sektoren, die an diesem Lande interessiert sind, werden davon Gewinn haben, ob es sich nun um die Sicherheit, die Wirtschaft, die Rüstung oder den Transport usw handelt.

Die zweite Aufgabe, die der Ernährung gestellt ist, ist die Ablieferung an das Reich und die Wehrmacht. Hier wird nach dem Übereinkommen mit dem Reich alles, was wir nicht für die eigene Ernährung in diesem bescheidenen Rahmen aufwenden, an das Reich abgeführt oder der Wehrmacht zur Verfügung gestellt. Ich glaube, dass wir im wesentlichen, wenn auch nicht wieder auf die Hungerexportzahl von 730 000 Tonnen, so doch auf 500 000 Tonnen kommen werden, die wir dem Reich zur Verfügung zu stellen gedenken. Das ist an sich schon eine Leistung. Ich möchte auch hier meiner Meinung dahin Ausdruck geben, dass die Ernährungsführung dieses Raumes mit ihrer Leistung, vorausgesetzt, dass sie nicht durch Unruhen in manchen Teilen des Landes allzusehr im Ernteergebnis gestört wird, doch die Gewähr für die Durchhaltung dieses Ernährungsprogramms wird übernehmen können.

Was die Industrieverlagerung angeht, so befinden wir uns auf vollen Touren, die jetzt gerade angelaufen sind. Wie Sie wissen, - ich selbst lege das grösste Gewicht darauf -, haben wir für das Reich diese Not zu beseitigen, und wir übernehmen nun in den kommenden Monaten grosse, mit international bedeutsamen Namen versehene Industriekomplexe ins Generalgouvernement. Inwieweit die technischen, örtlichen, transportmässigen, arbeits-, ernährungs- und rohstoffversorgungsmässigen Probleme hiermit zusammenhängen, brauche ich in diesem Gremium nicht zu sagen, auch nicht, dass alles geschehen wird, um den Wünschen des Reichsministers Speer, der ja die Generalvollmacht des Führers hat, zu entsprechen. Dass eine loyale Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium Speer angebahnt wird, sagt mir der Besuch, den ein Vertreter des Ministeriums Speer Herr Niemayer bei uns gemacht hat, wobei er im Namen des Ministers Speer erklärte, dass auch in dieser Frage völliges Einvernehmen und dauernder Kontakt mit dem Generalgouvernement stehen wird. Beachtlich aber ist bei dieser Frage die uns dadurch aufgezwungene fast völlige Umstellung der Struktur des Generalgouvernements. Während wir bislang immer noch als ein Land figurierten, das für die Versorgung des Reiches mit Arbeitern und als Agrar-und Nahrungsland Europas in Betracht kam, werden wir binnen kurzem eines der wichtigsten Industriegebiete Europas werden. Ich erinnere an Namen wie Krupp, Heinkel, Henschel, deren Betriebe ins Generalgouvernement kommen werden. Mit den bereits vorhandenen und ausgebauten Industrien wird diese Strukturänderung des Generalgouvernements einen gewaltigen Umfang annehmen. Was mit dieser Industrieverlagerung ins Generalgouvernement noch alles an Einzelfragen zusammenhängt, das können Sie sich selber als praktische Menschen vorstellen: Eine Fabrik

die irgendwo in die Gegend von Warschau zieht, braucht Gas, Strom, Kohle, Wasser, Nahrung und Wohnung für die Arbeiter; das alles muss aufgebracht, gebaut, geschaffen werden. Es wird aber ebenso wie der Ausbau der Ostbahn doch unmittelbar der Potenz unseres Raumes in jeder Form entsprechen. Ich bin glücklich über diese Entwicklung und dankbar dafür, dass wir unserem Vaterlande, das in seinen westlichen Teilen der schwersten Prüfung unterworfen ist, diese Ausweichstellung geben können. Ich darf die Herren bitten, an diesem Problem aufs engste mitzuarbeiten.

Auf dem Gebiet der Finanzen stehen wir in einer Entwicklung, die teilweise einen leisen inflationistischen Anklang zeigt, aber noch im allgemeinen akzeptiert werden kann. Das Reich hat an mich keine Forderung von 1,3 Millionen Wehrbeitrag gestellt. Das ist genau die Summe dessen, was die Wehrmacht hier im Lande an Sold und Löhnen braucht. Wir können also sagen, dass die bei uns vorhandene Wehrmacht nicht nur nahrungsmässig, sondern auch zahlungsmässig unterhalten wird. Damit entlasten wir das Reich und übernehmen Kriegskosten im wesentlichen Umfange. Wenn nicht noch wesentliche Änderungen kommen, dann werden wir, glaube ich, der Forderung des Reiches angesichts unserer Finanzlage entsprechen können. Was das für den Reichssäckel bedeutet, mögen Sie daraus erkennen, dass wir etwa 480 000 als Militärpersonen zu bezeichnende Menschen im Generalgouvernement haben, die wir auf unsere eigene Rechnung führen und für die wir die gesamten Gehälter für die Offiziere und den Sold für die Truppe aus unseren Kassen zahlen. Ich muss das als einen ganz grossen Beitrag des Generalgouvernements zu den Kriegsbedürfnissen des Reiches bezeichnen.

Im übrigen möchte ich mir weitere Ausführungen ersparen. Die Probleme, die uns Tag um Tag auf den

Tisch hageln, die auch bei mir zusammenprasseln, liegen alle auf der gleichen Linie. Keiner von uns hat eine Stunde der Ruhe. Jeder Tag bringt neue Sorgen und Probleme. Aber das ist nicht nur bei uns so, das ist auch im Reich und in der ganzen Welt so: solange der Krieg dauert, wird es für uns keine Ruhe und keine Befriedung geben.

Umso wichtiger ist es, daß wir nunmehr im Sinne der einheitlichen Führung des Generalgouvernements in kameradschaftlicher Zusammenarbeit dem Gedanken einer restlosen gegenseitigen Hilfeleistung in jeder Form auch dienstlich entsprechen. Es ist nichts schädlicher für das Großdeutsche Reich, als das, was wir teilweise doch noch in Berlin verspüren, dieses Gegeneinanderarbeiten der Ressorts, dieses in Berlin deutlich spürbare Sichnichtausgleichen-Können. Umso grösser ist die Stellung, die wir im Generalgouvernement haben, wo wir nicht eine Pseudoregierung, sondern eine echte Regierung sind, wo wir nicht ein Pseudoland, sondern ein echtes Land haben, und wo wir alle sagen können: das ist nicht nur so eine Ehrentitulatur, Mitglied der Regierung zu sein, sondern es ist die Bezeichnung einer echten, von Verantwortung getragenen, klaren amtlichen Funktion im Dienste des Führers und des Reiches.

So wünsche ich Ihnen denn für Ihren Urlaub und für Ihre Sommererholung alles Beste. Nach den Sommerferien wollen wir uns wieder frisch an die Arbeit begeben. Die Arbeit geht hier selbstverständlich ungehindert weiter in jeder Form. Ich würde mich sehr freuen, wenn die Herren Regierungsmitglieder möglichst vollzählig an dem großen Parteitag des Kampfes teilnehmen könnten, den ich für die Tage des 13.bis 15.August ds. Jrs. in Krakau angesetzt habe. Im Rahmen dieses Parteitages wird ein großes kämpferisches und weltanschaulich hervorragendes Treffen der Deutschen des Generalgouvernements bzw. ihrer Vertreter stattfinden. Es bedarf keines Hinweises darauf, daß dieser

Parteitag gerade im jetzigen weltgeschichtlichen Zeitpunkt von größter Bedeutung ist. Ich würde daher dankbar sein, wenn Sie, zum mindesten Ihre Vertreter, möglichst vollzählig an den Veranstaltungen teilnähmen.

Nach seinen Ausführungen ruft der Herr Generalgouverneur die verschiedenen Regierungsmitglieder auf:

Direktor Dr. Müller weist darauf hin, daß das Material der jüngst stattgefundenen Bevölkerungsbestandsaufnahme aufgearbeitet ist. Gegenwärtig finde die Nachprüfung und Auswertung der Ergebnisse statt. Diese Arbeit werde zum 1. Oktober abgeschlossen sein und er hoffe, zum vierjährigen Bestehen des Generalgouvernements die Ergebnisse der Zählung in Tabellenform und das erste amtliche Gemeindeverzeichnis des Generalgouvernements überreichen zu können.

Professor Dr. Teitge erklärt, daß für die Arbeit der Hauptabteilung Gesundheitswesen einige neue Verordnungen notwendig seien; einige bereits bestehende Gesetze müßten revidiert werden. Die Entwürfe werde er demnächst zur Unterschrift vorlegen.

Einer Vereinbarung mit der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge zufolge sei der Hauptabteilung auch die Seuchen- und Tuberkulosebekämpfung übertragen worden.

Präsident Ohlenbusch berichtet über die kulturellen Aufgaben. Er hoffe, aus den zerstörten Westgebieten des Reiches einige Schauspiel- und vielleicht auch Opernensemble nach dem Generalgouvernement fest verpflichten zu können; er plane solche für Lemberg und für Radom, um von hier aus auch die beiden Distrikte in ausreichendem Maße bespielen lassen zu können. Die Verhandlungen dafür seien mit Berlin bereits aufgenommen.

Eine weitere Aufgabe sei die am nächsten Tage auf der Burg stattfindende Gründung der Kulturvereinigung des Generalgouvernements, in der alle kulturell schaffenden und interessierten Männer und Frauen zusammengefaßt würden, um auch auf diese Weise die kulturellen Möglichkeiten tief in die Städte und Dörfer des Generalgouvernements zu tragen.

Im Vordergrund stehe ferner die Förderung der Volksdeutschen und Deutschblütigen. Dichtern und Schriftstellern werde Gelegenheit gegeben, die Nöte dieser Menschen kennen zu lernen; ihre aus diesen Erlebnissen heraus geschriebenen Bücher würden dann diesem Personenkreis zur Verfügung gestellt werden.

Die fremdvölkische Propaganda sei natürlich sehr schwierig zu handhaben und die Sicherheitslage stelle die Arbeit dauernd vor neue Probleme. Er werde auf Grund einer Absprache mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD im Generalgouvernement versuchen, der illegalen Propaganda zu begegnen.

Präsident Dr. Lauxmann macht Ausführungen über die Arbeit der Deutschen Post Osten. Die Posteinrichtungen seien im letzten Vierteljahr dank der Besserung der Bahnverhältnisse in einem guten Entwicklungsgang befindlich. Eine Hauptaufgabe werde sein, den Schleichhandel auf der Post zu bekämpfen. Die Eindämmung der Schleichhandelspakete habe auf Grund verschiedener strenger Maßnahmen gute Fortschritte gemacht. Der Paketverkehr vom Land in die Städte sei um 4o, teilweise sogar um 7o % zurückgegangen. Aus Kontrollgründen habe man die kleinen Postanstalten an die Kreispostämter angeschlossen, in dehen die nötigen Kräfte zur Überprüfung der Sendungen vorhanden seien; verdächtige Pakete würden von dort der Polizei zur Untersuchung zugeleitet.

Die Überfälle auf die Postanstalten auf dem flachen Land hätten schlagartig abgenommen. Im Distrikt Lublin z.B. seien in diesem Monat nur vier Überfälle gegenüber einigen Hundert im letzten Monat vorgekommen. Die Banditen versuchten jetzt, die Bahnposten und auch Kraftposten zu überfallen und leider hätten in ganz kurzer Zeit 13 solche Überfälle stattgefunden. Er sei daher gezwungen, mehrere Beamte aus der reinen Postarbeit in den Postschutz einzugliedern, was eine Einschränkung der Postarbeit zur Folge habe.

Der Ausbau der Fernkabel gehe weiter. Die Wartezeit im Fernsprechverkehr sei durch eine Einteilung der Teilnehmer in 3 Gruppen, die intern gehandhabt werde, herabgedrückt worden. Unter die erste Gruppe fielen Dienst- und Staatsstellen, in die zweite die Deutschen und hier insbesondere wieder die deutsche Industrie und in die dritte Gruppe alle übrigen Teilnehmer. Bei einem dringenden Staatsgespräch betrage die Wartezeit jetzt höchstens eine halbe Stunde.

Er hoffe, zum Parteitag die neuen Prägemarken herauszubringen.

Präsident Gerteis bezeichnet die Betriebslage der Ostbahn als durchaus flüssig; allerdings würden von der Ostbahn nur mittlere Leistungen verlangt. Störungen kämen nur durch Sabotageakte. So seien z.B. im Lemberger Bezirk auf den wichtigsten Strekken von den Partisanen Brücken gesprengt worden. Diese könnten aber durch Umleitungen wettgemacht werden.

Entsprechend der Betriebslage sei auch seit vielen Monaten die Verkehrsbedienung einwandfrei. Die Kohle werde 100 %ig gefahren und auch für den kommenden Herbstverkehr könne er eine gute Prognose stellen. Die Verhandlungen über die Abfuhr der

Ernte kämen demnächst zum Abschluß. Offen bleibe die Frage, welcher Wehrmachtsbedarf noch eintrete, und offen die Frage, ob nicht auf dem Gebiete der Wagengestellung Schwierigkeiten entständen.

Das nichtdeutsche Personal arbeite nach wie vor einwandfrei. Besonders große Hoffnungen setze die Ostbahn auf die Besserung der Ernährungslage der Fremdvölkischen.

Die Großbauten liefen im allgemeinen planmäßig weiter; Schwierigkeiten tauchten nur insofern auf, als für den Baudienst deutsche Aufsichtskräfte fehlten und oft Baudienstlager von Banditen abgebrannt würden.

Der Jahresabschluß schließe mit 1,236 Milliarden ab; alle notwendigen Rückstellungen habe man machen können und zum erstenmal habe man auch eine Ausweichrücklage zur Überbrückung schwieriger Zeiten schaffen können. Erstmalig könne man auch im Jahre 1943 die Verkehrssteuer an das Generalgouvernement in Höhe von etwa 60 Millionen Zloty leisten. 625 Mill. Zloty der Einnahmen stammten allerdings aus dem Wehrmachtsverkehr und dem Transport von dienstlichen Baugütern.

Offen sei noch die Frage der Beteiligung der Ostbahn an den Kosten des großen Bauprogramms. Darüber sollten demnächst Verhandlungen stattfinden. Bisher sei eine Beteiligung der Ostbahn in Höhe von 25 % vorgesehen.

Die Neuorganisation der Ostbahn sei zum Abschluß gelangt, eine Abgrenzung der Zuständigkeiten sowohl der Generaldirektion als auch der Hauptabteilung und den Bezirksdirektionen sei durchgeführt. Die Generaldirektion habe alle Geschäftssachen zu bearbeiten, die aus der Regierungsinstanz und den Zentralstellen des Generalgouvernements entstehen.

62

Ferner sei sichergestellt, daß die volle finanzielle Selbständigkeit der Ostbahn als Vermögen des Generalgouvernements aufrecht erhalten bleibe. Die Generaldirektion habe auch die Verkehrslenkung im Generalgouvernement durchzuführen, die großen Planungen, (Industrieverlagerung), und alle Rechts- und Hoheitsentscheidungen im Generalgouvernement zu bearbeiten. Die nötigen Verordnungen über diese Abmachungen werde er dem Herrn Generalgouverneur vorlegen.

Präsident Naumann geht in seinen Ausführungen davon aus, daß die Arbeiten seiner Hauptabteilung von zwei großen Aufgaben beherrscht werden. Die erste sei die Erfassung und die Neuregelung der Verteilung der Ernte 1943 an die Bevölkerung des Generalgouvernements, und die zweite, darüber hinaus die Leistungen für das Reich zu erbringen.

Die Erfassung sei im großen und ganzen gut vorbereitet. Die Grundlage bilde der Erlaß über den Ernteausnahmezustand und die Durchführung der Prämienaktion in einer erstmaligen originellen Form. Der Erntestand sei so, daß die hochgesteckten Ziele - die Kontingente seien gegenüber dem vergangenen Jahr um 25 bis 28 % erhöht worden - durchaus erreicht werden könnten. Ein noch nicht übersehbarer Faktor sei, wie sich im Laufe der gesamten Erfassung bis zum 2o. September die Sicherheitslage weiterentwickele. Ihm lägen zur Zeit sehr ernste Meldungen aus dem Süden des Distrikts Lublin vor. Man könne die Folgen der dort durchgeführten Polizeiaktion und der damit in Verbindung stehenden Maßnahmen auf dem Gebiete der Ernteerfassung noch nicht übersehen. Auch das Hervorbrechen von Banden nach Galizien bedeute große Gefahren für die dortige Erfassungsaktion; denn durch solche Vorfälle

leide in den betreffenden Gebieten die staatliche Autorität in starkem Maße.

Ab 1. September werde die Abgabe neuer Rationssätze eingeführt. Er müsse hierbei ausdrücklich feststellen, daß es sich hier nicht um eine Rationssatzerhöhung, sondern lediglich um eine Neuregelung handle, die die erstmalige Erfüllung der Lebensvoraussetzungen bedeute. Zu diesem Zweck werde die gesamte verbrauchende Bevölkerung, die nicht Selbstversorger sei, in vier Gruppen geteilt:

1. Gruppe - alle nicht im deutschen Interesse arbeitenden Personen und deren Familienangehörige - erhalte Rationen auf folgender Grundlage:

   9 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 4oo gr Fleisch 3oo gr Zucker und pro Jahr 1oo kg Kartoffeln.

2. Gruppe - die Familienangehörigen der im deutschen Interesse arbeitenden Personen und der Teil, der im deutschen Interesse unmittelbar arbeitet - erhält:

   9 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 25o gr Fett, 8oo gr Fleisch, 3oo gr Zucker und pro Jahr 15o kg Kartoffeln.

3. Gruppe: aus der Menge der im deutschen Interesse unmittelbar Arbeitenden wird eine Gruppe 2 und Gruppe 1 gebildet; in erstere fallen diejenigen, die nach Warthegausätzen in die dortige Gruppe der Lang- und Nachtarbeiter fallen. Sie bekommen; zusätzlich zu den vorhin genannten Sätzen:

   2,7 kg Brot, 3oo gr Nährmittel, 35o gr Fett 4oo gr Fleisch, 1oo gr Zucker und nochmals 15o kg Kartoffeln pro Jahr

4. Gruppe: alle Inhaber der Zusatzkarten I bekommen:

15 kg Brot, 900 gr Nährmittel, 950 gr Fett, 1600 gr Fleisch, 600 gr Zucker und 600 kg Kartoffeln pro Jahr.

Nach Einführung dieser Neuregelung werde man im Generalgouvernement weitgehend die gleichen Sätze haben wie im Warthegau.

Nach ihrer Einführung sei es ein dringendes Gebot der Stunde, mit allen Schleichhandelssachen, die von vielen Betrieben aus Not gemacht würden, aufzuräumen; alle Waren, die von diesen Betrieben bisher auf diese Weise illegal weggeben worden seien, müßten dann den Bewirtschaftungsstellen zugeführt werden, damit wiederum für die Ernteerfassung im nächsten Jahr Prämienwaren zur Verfügung stünden.

Neben dieser großen Aufgabe sei die Hauptabteilung vor allem auch damit beschäftigt, die Vorbereitungen für die Erstellung der Ernte 1944 zu treffen. Hier sei die erste Arbeit, der Landwirtschaft eine gewisse Menge Betriebsmittel zur Verfügung zu stellen, denn ohne diese könnten von den Bauern keine großen Leistungen erwartet werden.

Trotz der Neuregelung der Rationssätze im Generalgouvernement würden auch entscheidende Beiträge zur Ernährungssicherung des Reiches zur Verfügung stehen. So werde z.B. jede Tonne Getreide, die im Generalgouvernement über 1 Million Tonnen hinaus erfaßt werde, an das Reich abgeliefert. Wenn man die umgelegten 1,6 Mill. to restlos erfassen könne, könne man die Forderungen des Reiches in Höhe von 550 000 to ganz erfüllen. Auch auf anderen Gebieten könne das Generalgouvernement große Leistungen für die Ernährung der Wehrmacht und des Reiches trotz dieser Neuregelung gestellen.

Wenn in großem Umfange Industriebetriebe des Reiches ins Generalgouvernement verlagert würden, dann müsse vom Generalgouvernement selbstverständlich darauf bestanden werden, daß die neuen dadurch entstehenden zusätzlichen Leistungen als echte Reichsleistungen des Generalgouvernements vom Reich anerkannt würden.

In den letzten Monaten habe die Befriedigung der volksdeutschen Siedler mit Produktionsmitteln aller Art im Vordergrund gestanden. Trotzdem die Hauptabteilung vorher zu diesen Umsiedlungen im einzelnen nicht gehört worden sei, habe sie im Kreise Zamosc wesentlich dazu beigetragen, den Siedlern die Einrichtung ihrer Wirtschaften zu ermöglichen. Sie habe unter Opferung anderer wichtigster Aufgaben dort überall eingegriffen und im grossen Umfange Saatgut, Produktionsmittel und lebendes Inventar zur Verfügung gestellt. Dieselbe Arbeit leiste sie zur Zeit bei der Ansiedlung von 1 4oo volksdeutschen Familien in Galizien.

Präsident Dr. Eißfeldt berichtet, daß der im vom Herrn Generalgouverneur verkündeten Holzbeschaffungsplan 1943 vorgesehene Einschlag zu 91 % erfüllt sei; dieses Ergebnis müsse als recht günstig angesehen werden, da ja der Einschlag von der Holzabfuhr abhänge. Diese sie bis zum Mai ds. Jrs. besser gewesen als im Vorjahr, habe aber seitdem in erster Linie auf Grund der schlechten Sicherheitslage, ernste Rückschläge erfahren. Im Augenblick seien erst 62 % der im Holzbeschaffungsplan vorgesehenen Menge abgefahren. Man hoffe nun, nach der Ernte diese 38 % in beschleunigtem Tempo abzufahren; das hänge aber von der jeweiligen Sicherheitslage in starkem Maße ab. Die Banditen und Partisanen

hielten sich naturgemäß meist in den Wäldern auf und es sei sehr schwierig, die fremdvölkischen Beamten und Arbeiter in die Wälder zur Arbeit zu bringen. Die Hauptaufgabe der wenigen Deutschen bestehe im Augenblick darin, dauernd im Lande herumzureisen und den polnischen und ukrainischen Forstbeamten und Arbeitern den Rücken zu stärken. Die Zahl der Überfälle mit etwa 450 sei im letzten Monat nicht zurückgegangen, aber auch nicht größer geworden. Die Zahl der abgebrannten Sägewerke betrage in den letzten beiden Monaten 26 Betriebe.

Für einen Holzbeschaffungsplan 1944 seien die Vorbereitungen im Gange und er werde den entsprechenden Erlaß dem Herrn Generalgouverneur demnächst vorlegen.

Auf dem Gebiete der Gesetzgebung beabsichtige er im Einvernehmen mit dem Amt für Gesetzgebung eine wesentliche Vereinfachung dadurch herbeizuführen, daß er die vielen einzelnen Verordnungen meist kriegswirtschaftlicher Natur der letzten vier Jahre in ein einziges Rahmengesetz mit vier Durchführungsbestimmungen verarbeiten lassen wolle.

Bankdirigent Paersch bezeichnet im Hinblick darauf, daß die Emissionsbank vorzugsweise nur mit Geld zu tun habe, die Ernährungsfrage als im Vordergrund des Interesses stehend. Er sei sehr dankbar dafür, daß ab 1.September die Möglichkeit bestehe, die Ernährung der Belegschaft einigermaßen sicherzustellen.

Daneben sei die Sicherheit ein vordringliches Problem. Die Emissionsbank habe die Selbstschutzmaßnahmen soweit als möglich ausgebaut. Irgendwelche Steigerungsmöglichkeiten auf diesem Gebiet bestünden nicht mehr. Auf der anderen Seite reichten sie aber zum Schutz nicht aus, weil die Banden

67

in größerer Stärke aufträten, schwer bewaffnet seien undhaußerdem die Belegschaft der Emissionsbank nur aus Einheimischen bestehe.

Die Polizei habe alles getan, um nach ihren Kräften Polizeischutz zu stellen. Trotzdem müsse er pflichtgemäß erklären, daß er den gegenwärtigen Polizeischutz der Emissionsanstalten nicht für ausreichend erachte. Bisher sei bei der Emissionsbank zwar erst ein Überfall zu verzeichnen, aber immer wieder machten sich Anzeichen bemerkbar, diesem weitere folgen zu lassen. Das Interesse der Banden richte sich darauf, in den Besitz von Geld zu kommen, das sich außerhalb der Emissionsbank befinde; dadurch gerieten die Geldtransporte in große Gefahr. Diese Gefahr nehme zu, weil auf den Strecken die Sicherheit etwas zurückgehe und die Transporte zu den kleineren Anstalten auf den Bahnhöfen häufig umgeladen werden müßten. Er müsse daher den Befehlshaber der Sicherheitspolizei gerade auf den Polizeischutz für Geldtransporte besonders hinweisen.

Eine weitere Gefahr im Geldverkehr bestehe bei der Bewegung von in der Emissionsbank abzuholenden Geldsummen zu den betreffenden Geschäftsräumen. Hier werde z.B. in Warschau planmäßig versucht, auf diesem Wege Beraubungen durchzuführen. Dienstlich werde dem dadurch entgegengewirkt, daß die Abhebung in den Räumen der Emissionsbank unsichtbar gestaltet werde. Leider lasse sich aber das Stoffliche des Geldtransportes und damit Umfang und Gewicht nicht aus der Welt schaffen, so daß eine intensive Beobachtung der Eingänge der Emissionsbankanstalten den Banditen Schlüsse ziehen lasse. Die Beraubungen gingen äußerst schnell vonstatten. Bisher sei es noch gelungen, auch diese Überfälle zu beschränken, da sich die zuständigen

Polizeistellen bereit erklärt hätten, die Eingänge besonders während der Geschäftsstunden sowie auch die nähere Umgebung der Bankanstalten in den Patrouillendienst aufzunehmen.

Beim allgemeinen Kreditgewerbe draußen seien die Überfälle und Beraubungen nicht zurückgegangen. Bemerkenswert sei hier die Tatsache, daß sich diese Überfälle jetzt auch in dem bisher davon verschont gebliebenen Distrikt Galizien ereigneten. Die Versicherungsgesellschaften, die bisher - wenn auch widerwillig, den Ersatzansprüchen des Kreditgewerbes im Entschädigungswege nachgekommen seien, würden sich neuerdings weigern; vielleicht werde dieses Risiko von der Regierung übernommen werden müssen.

Präsident Bauder beginnt mit dem Hinweis, daß man den Straßenbau im bisherigen Umfange werde aufrecht erhalten können. Er hoffe auch, den Ausbau der Durchgangsstraßen in Galizien noch fertigstellen zu können, trotzdem ein großer Teil der Geräte zerstört und Brücken gesprengt seien.

Auf dem Gebiete des Hochbaues müsse nach Lage der Dinge die Aufgabe der Bauverwaltung sich auf die Erhaltung des Bestehenden und die Fertigstellung der begonnenen Maßnahmen beschränken. Eine Ausnahme bildeten die Wiederherstellung abgebrannter Ortschaften und die Schaffung von Lagern und Produktionsmöglichkeiten der Landwirtschaft. Gerade letzteres sei wichtig und er hoffe, der Landwirtschaft die notwendigen Lagermöglichkeiten zu schaffen. Einen großen Engpaß bilde die Eisenbeschaffung. Vielleicht bestehe die Möglichkeit, im Zusammenhang mit der Industrieverlagerung vom Reich ein größeres Kontingent zu erhalten.

Auf dem Gebiete des Wasserbaues stünden die Meliorationen im Vordergrund. Er wolle hier eindeutig feststellen, daß das Meliorationsprogramm in diesem Jahre in demselben Umfange durchgeführt werde wie im letzten Jahr; es liege aber in der Natur der Sache, daß in den verschiedenen Distrikten die Arbeiten verschieden umfangreich seien.

Bei einer Rundreise in Galizien habe er feststellen müssen, daß dort noch sehr viel aufzubauen sei und er habe alles, was an Material, Menschen und finanziellen Mitteln hätte freigemacht werden können, nach Galizien verlagert. Leider seien dort in den letzten Wochen größere Störungen der Arbeiten vorgekommen.

In der Energiewirtschaft hoffe man in diesem Jahr noch viele Arbeiten fertigstellen zu können. Im Laufe des Herbstes könne die Überlandleitung nach Warschau in Betrieb genommen werden, ebenso auch die Erdgasleitung von Galizien in das Industriedreieck. Alle Materialien dazu seien vorhanden.

Die größte Aufgabe seit den letzten Wochen erwachse mit der geplanten Industrieverlagerung. ~~Alle~~ Auf diesem Gebiete werde es notwendig sein, daß man ohne Rücksicht auf Zuständigkeiten alles tue und er werde 100 %ig mitziehen. Hier müsse man in größter Einmütigkeit zusammenstehen. Die Erfahrung habe gezeigt, daß man im Westen zerstörte Gebiete dort nicht wieder aufbauen könne, da sie immer wieder zerstört würden. Als sicherster Ort für den Aufbau von Betrieben müsse das Dreieck Prag-Lemberg-Warschau bezeichnet werden.

Man sei sich aber darüber klar, daß die Kapazität des Generalgouvernements Beschränkungen unterworfen sei und arbeite auf diesem Gebiet auch nicht planlos, erkläre einfach, alles komme ins Generalgouvernement. Unmöglich sei auch, nach hier neue Industrien zu verlagern und gleichzeitig Arbeitskräfte aus diesem Raum in das Reich zu schicken. Es sei viel zweckmäßiger, die Arbeiter an Ort und Stelle zu belassen, wo man

nicht für Unterbringungsmöglichkeiten sorgen müsse. Diesen Gesichtspunkt habe er Reichsminister Speer vorgetragen und dieser werde mit Gauleiter Sauckel eine Vereinbarung treffen müssen.

Die Baukapazität des Generalgouvernements werde für die Pläne der Industrieverlagerung vollauf eingespannt werden müssen, denn die Meinung, daß im Generalgouvernement noch eine große Anzahl von Räumen zur Verfügung stünde, treffe nicht zu. Man müsse also neue Räume erstellen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, daß er wegen der Arbeiterfrage zwei Schreiben an Reichsminister Speer und Gauleiter Sauckel richten werde.

Ministerialrat Rhetz weist darauf hin, daß die Hauptabteilung Arbeit deswegen im engsten Kontakt mit Präsident Bauder stehe. Den Bedarf des Generalgouvernements an Arbeitskräften habe man einigermaßen decken können.

Auf dem Gebiete der Personenschadenbetreuung werde die Zuständigkeit zur Regelung dieser Personenschäden für alle im Generalgouvernement zu Schaden kommenden Reichsdeutschen auf das Generalgouvernement übertragen. Die Militärversorgungsämter seien ermächtigt worden, in allen Personenschadensfällen sofort helfend einzugreifen. In letzter Zeit spiele auch die Versorgung der Hinterbliebenen der Opfer von Katyn eine Rolle, da die meisten der Angehörigen im Generalgouvernement wohnten.

Ministerialrat Wille spricht sich ebenfalls wie Prof. Teitge für eine gewisse Milderung der Strafdrohungen im Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten aus. - Die Bewaffnung des deutschen Personals in den abgelegenen Strafanstalten mit schweren Waffen macht infolge der tatkräftigen Unterstützung durch Oberst Fischer gute Fortschritte. Man hofft,

daß diese abgelegenen Strafanstalten mit Maschinengewehren, Pistolen und Handgranaten ausgerüstet werden können.

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei und des SD Bierkamp äußert sich über die Sicherheitslage folgendermaßen:

Jemehr der Krieg der Entscheidung zudränge, desto mehr werde auch der Feind versuchen, durch Partisanen unsere Versorgung und Verkehrswege zu stören; darunter leide man auch im Generalgouvernement. Seiner Meinung nach werde die Verschärfung dieses Kampfes in der nächsten Zeit immer mehr zu Tage traten. Diese Entwicklung gehe aber nicht im Generalgouvernement allein vor sich, sondern im ganzen Osten und überall in den besetzten Gebieten.

Diese Partisanen würden wie im Lemberger Bezirk auch aus dem Osten ins Generalgouvernement hereinbrechen. Sie seien mit Kanonen, Flakgeschützen, Maschinengewehren usw. ausgerüstet und würden durch die Luft ständig neuen Nachschub erhalten. Die Polizei und die Wehrmacht im Generalgouvernement sei nicht so stark, daß, sobald eine bewaffnete Bande hereinkomme, diese sofort überwältigt werden könnte.

Die Aufgabe der Sicherheitspolizei sei darin zu sehen, in erster Linie einmal die vom Feinde aufgestellten Organisationen zu erfassen und ~~ihre~~ Vertrauensmänner in diese Organisationen hineinzuschicken, damit man stets über ihre Planungen im Bild sei. Vor allem müsse ein eventuell geplanter direkter Aufstandsversuch rechtzeitig erkannt werden. Bisher sei dies stets gelungen. Als größter Schlag in der letzten Zeit sei die Verhaftung des Generals Kowecki, eines Mitglieds der polnischen Emigrantenregierung und Führers der Widerstandsbewegung zu werten. Damit sei einer der wichtigsten Einbrüche in die Widerstandsbewegung erfolgt. Des weiteren sei die Sicherheitspolizei stets im Bilde über alle Planungen, die der Feind

hier im Lande mache. Diese gingen dahin, je weiter die Engländer und Amerikaner mit ihren Invasionsplänen vorwärts schritten, desto mehr Aufstände hier zu versuchen. Im Augenblick bestehe dazu noch keine Gefahr, jedoch müsse die weitere Entwicklung ständig sorgfältig im Auge behalten werden.

Es komme daher darauf an, daß jeder einzelne Betrieb im Lande sich überlege, wie er sich sichern könne; denn eine Sicherung allein durch die Polizei sei unmöglich, sie habe nicht die Männer dafür. Jeder deutsche Mann, der hier im Lande sich befinde, müsse sich darüber klar sein, daß er nicht in der Heimat lebe, sondern ein Soldat an der großen Front sei. Die meisten Dienststellen dächten nicht an die eigene Sicherung, er habe das selber festgestellt. Er sei in Zivilkleidung mit etwas keckem Auftreten in jede Dienststelle ohne Ausweis gelangt. Hierin liege eine große Gefahr, da der Gegner überall Zutritt erhalten könne, wenn er es nur einigermaßen forsch anstelle. Die Gebäude der Dienststellen müßten durch Wachen aus dem eigenen Personal gesichert werden.

Der weitere Kampf der Sicherheitspolizei gelte der Erforschung der Banden, die die militärische Organisation der Widerstandsbewegung darstellten. Ihre Zahl sei noch sehr klein, es lägen ~~verhältnismäßig~~ Meldungen darüber vor, daß die Banden über ein paar Hundert Mann verfügen. Sie setzten sich zusammen aus Dorfbewohnern, die am Tage arbeiteten und nachts Überfälle verübten, und die nun einen politischen Anstrich bekommen hätten, und aus wirklichen politischen Banden, die in die Wälder gegangen seien. Es gelinge immer wieder, diese Banden aufzuspüren und zu liquidieren. Gefahr würde nur dann bestehen, wenn alle diese Banden gemeinsam zu einem Aufstand antreten würden und

die Unterstützung vieler anderer Polen erhielten. Vorbereitungen dazu würden getroffen; nach vorliegenden Meldungen würden insbesondere in den deutschen Vierteln der Städte Waffenlager angelegt, mit dem Ziel, den Deutschen in den Rücken zu fallen. Er bitte daher in Überlegungen darüber einzutreten, ob man in den Städten nicht geschlossene deutsche Siedlungen anlegen könne, da damit der Schutz wesentlich besser gewährleistet sei. Sollte eines Tages einmal tatsächlich ein Aufstandsversuch unternommen werden, dann sehe er für viele Deutsche schwarz. Denn die Deutschen wohnten in den Städten derart zerstreut, daß er sich zutraue, mit einer kleinen Schar, die meisten der Deutschen hier umzulegen. Vom Standpunkt der Sicherheitspolizei müsse er daher die Forderung stellen, die Deutschen möglichst auf geschlossenen Siedlungsflächen unterzubringen. Damit würden auch die täglichen Verlustmeldungen geringer werden.

Der Herr Generalgouverneur weist hier auf die großen Schwierigkeiten hin, die der Verwirklichung einer solchen Forderung im Wege stünden. Er ersucht SS-Oberführer Bierkamp, die Angelegenheit mit Gouverneur Dr. Losacker zu besprechen und ihm einen diesbezüglichen Erlaß vorzubereiten.

Generalleutnant Becker sieht sich außerstande, einen sorgfältig durchgearbeiten Bericht zu geben, da er seit 6 Wochen bei der eingesetzten Truppe geweilt habe und eben erst zurückgekehrt sei. Er macht einige Ausführungen über praktische Erfahrungen:

In den Monaten März, April und Mai ds.Jrs. habe sich die Bandentätigkeit derart gesteigert, daß ein Vorgehen mit verstärkten Kräften als notwendig erschienen sei. Reichsführer SS Himmler habe es fertiggebracht, eine ganze Reihe von Regimentern schlagartig

ins Generalgouvernement zu verlegen; ebenso habe er auch der Wehrkreisbefehlshaber mehrere Regimenter zur Verfügung gestellt. Das Hauptzentrum der Banden im Distrikt Lublin sei der Bilgorajer Wald gewesen. Das Vorgehen von Regimentern, die nur teilweise motorisiert sind, habe sich sehr schwierig gestaltet. Durch die Notwendigkeit, beim Aufmarsch der Truppenteile die nichtmotorisierten Regimenter ziemlich nahe an den Distrikt heranzuschieben, sei die Aufmerksamkeit des Feindes erregt worden. Deswegen habe man befürchten müssen, daß sich der Gegner zum Widerstand nicht stellen werde. Diese Befürchtung habe sich auch bewahrheitet. Durch seinen großen Überwachungsapparat habe er von der geplanten Aktion Wind bekommen, die Banden hätten sich mehr oder weniger ihrer Waffen entledigt, ihre Uniformen ausgezogen und wären als ehrsame Bürger und Bauern aufgetreten. Es sei daher nichts anderes übrig geblieben, als Evakuierungen vorzunehmen. Und gerade diese wollte man im jetzigen Augenblick wegen der bevorstehenden Ernte und der mit einer solchen Aktion verbundenen weitgehenden Unruhe vermeiden.

In den Gebieten, die man als Heimat der Banden erkannt habe, also im Bilgorajer Wald, hart nördlich und südlich davon, hätten Evakuierungen stattfinden müssen. Damit sei seiner Ansicht nach der Boden für einen vollen Erfolg geschaffen worden.

In diesem Zusammenhang stellt der Herr Generalgouverneur fest, daß die Evakuierungsmaßnahmen im vollen Einvernehmen zwischen Reichsführer SS Himmler und ihm erfolgt seien.

75

Generalleutnant Becker fährt fort, daß man nur durch die absolute Freimachung des Bilgorajer Waldes hätte Ruhe bringen können, da damit die Versorgung der Banden unmöglich geworden sei. Das sei im vollen Umfang geglückt, wenn auch nochmals nachgestoßen und das eine oder andere Dorf überholt werden müsse. Der Bilgorajer Wald sei seiner Gefährlichkeit entkleidet worden. Die eingesetzten Truppen hätten ungeheure Strapazen aushalten müssen.

Auf dem Gebiete der Zusammenarbeit mit den Verwaltungsdienststellen habe der Staatssekretär für das Sicherheitswesen ausdrücklich angeordnet, daß mit diesen Stellen aufs engste zusammengearbeitet werden müsse. Es sei aber schwer, ein Unternehmen in großem Rahmen durchzuführen und die Geheimhaltung soweit wie möglich zu sichern, wenn man vorher verwaltungsmäßig die Benachrichtigung durchführe. Man habe daher bei aller enger Zusammenarbeit vor allem mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft und der Vorbereitung aller der Stäbe, die hätten zusammengestellt werden müssen, versucht, die Benachrichtigung der Verwaltungsdienststellen so spät erfolgen zu lassen, daß nicht das ganze Unternehmen in Gefahr gebracht worden sei. Trotzdem habe die Polizei erlebt, daß sie bei der Aktion in leere Dörfer gestoßen sei.

Im allgemeinen könne er sagen, daß die Durchführung dieses großen Unternehmens eigentlich das einzige große beabsichtigte Unternehmen gewesen sei. Man wollte später die gesamten Kräfte auf diese Gebiete verteilen und durch verstärkten Polizeischutz die absolute Sicherheit wieder herstellen und damit dafür sorgen, daß ein anständiger Erfassungsboden für die Ernte möglich sei. Leider sei man durch den Bandenüberfall im Lemberger Bezirk durch Abziehung von Kräften nach dort in der Arbeit gestört worden. Die dortigen Banden hoffe man noch vor Erreichung der ungarischen Grenze zu fassen und zu vernichten. Nach

Durchführung dieser Aktion würden die Kräfte auf das Land verteilt und man hoffe, daß damit die Sicherheit der Ernteeinbringung gewährleistet sei.

Die Überfälle auf der Eisenbahn hätten sich seiner Ansicht nach vermindert. Auf Grund einer Vereinbarung mit der Wehrmacht würden in den Zügen zum Zwecke der Zugsicherung aus den in ihnen reisenden Polizei- und Wehrmachtsangehörigen Sicherungskommandos gebildet. Vor allem sei dafür gesorgt, daß die Männer ihre Gewehre nicht in die Gepäcknetze legten und daß eine dauernde Wache im Zuge auf Posten stehe.

Bezüglich der von Präsident Naumann angeführten Schwierigkeiten bei der Einbringung der Ernte im Distrikt Lublin hoffe er, daß diese beseitigt würden, vor allem, wenn es gelinge, weitere Einbrüche aus dem Osten zu verhindern.

Daß bei der Emissionsbank und ihren Geldtransporten größere Überfälle nicht stattgefunden haben, sei als ein großer Erfolg zu werten. Die Polizei könne eben nicht alles sichern, sondern müsse absolute Schwerpunkttaktik treiben.

Auf dem Gebiete der Industrieverlagerung werde es nötig sein, daß dabei auch die Luftschutzdienststellen gehört würden, damit bei Errichtung von Betrieben auch die nötigen Luftschutzmaßnahmen getroffen würden.

Der Herr Generalgouverneur beauftragt Präsident Bauder, zum 7. August eine Besprechung über die Industrieverlagerung vorzubereiten und dazu alle interessierten Dienststellen einzuladen.

Hauptabschnittsleiter Stahl bezeichnet die Partei und ihre Arbeit als ein Hilfsmittel in der Durchsetzung des Führerauftrages an den Herrn Generalgouverneur in diesem Raum. Infolgedessen müsse die hiesige Parteiarbeit von der Parteiarbeit im Reich abweichen.

Die Partei habe sich im letzten Jahr die Ausrichtung der Betriebs- und Wirtschaftsführer und der Obmänner angelegen sein lassen. Im engsten Zusammenarbeiten mit der Regierung habe man hier sehr gute Erfolge erzielt. Im Vordergrund habe auch der neue Gedanke der gebietlichen Aufteilung gestanden, der infolge der Massierung der Deutschen in den einzelnen Städten notwendig geworden sei.

Den Abschluß der Jahresarbeit bilde der Tag der NSDAP im Generalgouvernement, der unter dem Motto des Kampfes stehe. Zur Teilnahme würden alle Mitglieder der Regierung persönlich eingeladen werden.

Zur Bewaffnung der Parteifunktionäre habe die Parteikanzlei tausend Gewehre und Maschinenpistolen zur Verfügung gestellt.

Staatssekretär Dr. Boepple stellt das gute Voranschreiten der Arbeit in allen Ressorts fest. Die Hauptfunktion des Chefs der Regierung, die ja immer auf den Ausgleich der einzelnen Ressorts ausgerichtet sein müsse, würde nicht zu sehr in Anspruch genommen. In steigendem Maße finde ein Zusammenarbeiten der einzelnen Hauptabteilungen statt; nur wenige Reibungsflächen seien vorhanden. Diese Konsolidierung im Generalgouvernement mache sich nach außen bemerkbar, vor allem dem Reich gegenüber. Dort sehe man ein, wie hier im Generalgouvernement gearbeitet werde. Besuche aus dem Reich sagten uns, wie seit einem Jahr das Generalgouvernement anders eingeschätzt werde.

Er könne im Namen der Regierung feststellen, daß das Verhältnis der Reichsstellen zum Generalgouvernement besser geworden sei. Alle Regierungsmitglieder seien sich darüber klar, daß sie diese Entwicklung dem unentwegten Beharren des Herrn Generalgouverneurs auf einer klaren Linie zu verdanken hätten. Für sie sei eine starke Führung die Grundvoraussetzung einer gedeihlichen Arbeit. Die Regierung habe allen Grund,

dem Herrn Generalgouverneur für seine klare Haltung dankbar zu sein, und sie verspreche unbedingte Gefolgschaftstreue im Dienste des Generalgouverneurs und damit im Dienste des Führers und des Reiches.

Hierauf schließt der Herr Generalgouverneur die Regierungssitzung.

Schluß der Sitzung 13 Uhr.

79

R e g i e r u n g s s i t z u n g

im neuen Regierungssaal der Burg
am 26. Oktober 1 9 4 3

--

Beginn der Sitzung: 10.30

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Regierungssitzung aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements mit folgenden Begrüssungsworten:

Meine Herren! Heute vor 4 Jahren trat die Verordnung des Führers über die Errichtung eines Amtes "Der Generalgouverneur für die besetzten polnischen Gebiete" in Kraft. Für mich ist es ein stolzer Augenblick, da ich Sie, meine Herren Vertreter der Wehrmacht und der Partei, meine Herren Mitglieder der Regierung des Generalgouvernements, die Herren der Presse und die übrigen Anwesenden willkommen heissen kann.

Dieses Willkommenheissen spreche ich aus in einem Saal, der künftig Regierungssaal des Generalgouvernements sein wird und heute eingeweiht wird. Dieser Saal ist ein Symbol unserer Arbeit. Tief unter ihm befinden sich jene Burgfundamente, die vor vielen Hunderten von Jahren durch deutsche Meister in die Erde eingelassen worden sind. Das später auf diesen Fundamenten errichtete, mittlerweile völlig verwahrloste Bauwerk wurde abgetragen, und unmittelbar auf diesem urdeutschen Fundament errichtete die Verwaltung des Generalgouvernements diesen neuen Zweckbau. Dieser Saal ist also ein Symbol: auf den alten Fundamenten dieses Raumes, die deutsch sind, errichten wir nun wiederum eine neue deutsche Ordnung.

Ich freue mich ganz besonders, dass Sie, meine Herren Vertreter der Wehrmacht, in unserer Mitte weilen; denn wir, die Männer der Führung und Verwaltung des Generalgouvernements denken in diesem Augenblick daran, dass wir nicht an diesem Platze ständen und uns zu dieser Feierstunde auf der alten stolzen Burg zu Krakau nicht versammeln könnten, wenn nicht zur Erkämpfung dieses Raumes bestes deutsches Solda-

81

tenblut geopfert worden wäre. Auf den Opfern des kurzen aber unvergänglich ruhmreichen Krieges gegen Polen baut sich unser Werk auf. Vor diesen Opfern nicht erröten zu brauchen, vor dem Opfer dieser Soldaten bestehen zu können, muss ständig unsere Leitlinie sein.

Sie, Herr Staatssekretär, haben uns zur Entgegennahme einer Erklärung der Regierung des Generalgouvernements eingeladen. Ich bitte Sie, diese Erklärung abzugeben.

(Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr. Bühler verliest dann einen großen Rechenschaftsbericht über die Arbeit und die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste des Krieges und des Reiches.)

(Siehe Anlage)

Nach dem Regierungsbericht des Chefs der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretärs Dr. Bühler hält der Herr Generalgouverneur folgende Schlussansprache:

Dem Stil des Krieges und der Ostarbeit entsprechend vollzieht sich heute diese Feierstunde. Nicht um mit rhetorischem Pathos grosse Überschau über die Programmatik dieser Zeit zu halten und ihre Probleme darzulegen, haben wir uns hier zusammengefunden, sondern um uns als sachlich arbeitende deutsche Männer der Führung der Verwaltung des Generalgouvernements vor uns selbst einmal klar zu werden, was wir - ausgedrückt in nüchternen Zahlen und in gedanklichen Gewichten - geleistet haben.

Ich kann Ihnen, Herr Staatssekretär Dr. Bühler, als dem Chef der Regierung, mit Ihnen dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen, allen anderen führenden Dienststellen des Generalgouvernements, ihren Chefs und allen Mitarbeitern nur wiederum meinen Dank zum Ausdruck bringen. Für mich bedeutet es die schönste Ehre meines Lebens, dass ich im Krieg an die Spitze dieses Korps von Ehrenmännern gestellt bin.

Das Generalgouvernement hat sich sowohl als Begriff als auch als Wirklichkeit durchgesetzt. Wenn man die ganze unzweifelbare Sprache der Tatsachen ermisst, kann man behaupten, dass im Gesamtrahmen des Möglichen in diesem Raum beinahe das Unmögliche geleistet worden ist. Ich möchte hier ganz besonders auch aller der Stellen gedenken, die uns diese Arbeit ermöglicht haben, vor allem der Wehrmacht im Lande, die uns mit weit über das eng Militärische hinausgehender politischer Einsicht wirklich einzigartig geholfen hat. Ich brauche nicht zu erwähnen, wie wichtig für den Staat die Arbeit der Partei im Lande ist, und wie wichtig es ist, dass wir die Deutschen im Generalgouvernement in einheitlicher Führung ausgerichtet wissen, dass sie - auch wenn sie keinen staatlichen, militärischen oder parteiamtlichen Rang besitzen -

als brave gewerbliche Wirtschaftsleute, als Werkmeister oder als Betriebführer dem Deutschen Reich jederzeit helfen.

Mich selbst verbindet in diesem Augenblick eine ganz besondere und persönliche Beziehung mit meinem Führer. Er hat mir damals in einer schicksalhaft unvergessenen Stunde - es war am 15.September 1939 in seinem Sonderzug - den Auftrag gegeben, hier etwas aufzubauen. Ich möchte auch mit aller Klarheit und Wahrheit betonen, dass das Entscheidende an diesem Aufbauwerk die stets förderliche und unvergleichlich verständnisvolle Art war, mit der der Führer mein Wirken in diesem Raum während der vergangenen Jahre aufgenommen hat.

Es wirkt, gemessen an dem schönen und unwiderleglichen Leistungsbericht, den soeben der Chef der Regierung erstattet hat, geradezu lächerlich, wenn man sich all der negativen Argumente erinnert, die man da und dort nicht müde war, gegen das Generalgouvernement in persönlicher und sachlicher Beziehung auszudrücken. Es ist selbstverständlich, dass ein völlig neuartiges Gebilde wie das Generalgouvernement nicht von vorneherein auf volles Verständnis stösst und dass sich in die Beurteilung solch eines einzigartigen Phänomens auch manchmal unsachliche Gesichtspunkte einzumengen vermögen. Das hängt vielleicht mit den Nervenerschöpfungstendenzen der jetzigen Zeit zusammen. Feststeht aber, dass, wie der Führer selber um keinen Preis der Welt von seiner klaren Linie abbringbar ist, auch sein Vertreter in diesem Raum die gleichen Kräfte aufzuwenden hat, um jedem Negativen gegenüber den Sonnenglanz der positiven Leistung dieses Raumes aufleuchten zu lassen.

(Die Politik, die ich in diesem Raum von Anfang an durchzuhalten entschlossen war, wird vom Führer gedeckt; nur ihm sind wir verantwortlich. Nie-

mand anderer ist berechtigt, uns im geringsten Vorschriften zu machen. Nur unter dieser Bedingung allein ist es auch möglich, die Verantwortung zu tragen. Was im Rahmen der unmittelbar historischen Bedingtheit der mir gegebenen Vollmachten und des auf Grund dieser Vollmachten Geschehenen wirklich verantwortet wird, das wird auch vom Generalgouverneur und seiner Regierung verantwortlich gezeichnet; was ansonsten in diesem Raum allenfalls geschehen sein mag, muss irgendwann einmal im einzelnen auf die Verantwortungszone untersucht werden. Ich glaube, dass wir in das fünfte Jahr des Bestehens des Generalgouvernements mit dem Vollgefühl der restlosen Durchsetzung jener politischen Führungsmethode und jener verwaltungsrechlichen Grundsätze eintreten können, die mir der Führer für diese Arbeit mit auf den Weg gegeben hat.

Vier Jahre sind eine kläglich kurze Zeit im Jahrtausendablauf der Weltgeschichte und trotzdem haben diese 4 Jahre die Weltgeschichte gemacht. Niemand wird den Führer und sein Reich von diesem grossen Planen jemals wieder abbringen. Ich hatte in diesen Tagen schon wiederholt Gelegenheit - und ich erlaubte mir, auch Ihre Geduld für Ausführungen in anderem Zusammenhang und aus anderem Anlass in Anspruch zu nehmen - auf meine Überzeugung hinzuweisen, dass wir uns, gerade weil diese unmittelbare und durch nichts unterbrochene Beziehung zwischen dem Führer und dem Generalgouverneur besteht, als führernächstes Gebiet besonders verantwortlich zu fühlen haben. Ob dabei im einzelnen nun alles immer restlos richtig war, was wir da und dort geplant oder durchgeführt haben, schieben wir noch nicht einmal auf den so allgemeinen und gern von den Philosophen behandelten missgeschicklichen Zustand unserer menschlichen geistigen Armut zurück. Wir sagen sehr einfach: da uns nie-

85

mand das Generalgouvernement vorgelebt oder vorgemacht hat, waren wir auf unsere eigene arme gedankliche und energetische Originalität angewiesen. Freilich, das Generalgouvernement hat uns auch keiner mehr nachgemacht. Wie man in der Geschichte nur zu warten braucht, bis sich die Wahrheit der Dinge durch den Dunst der Meinungen endlich Bahn gebrochen hat, so wird es auch nicht zu verhindern sein, dass die Wirklichkeit der Leistung der deutschen Männer und Frauen in diesem Raum allüberall auch einer Kritik Bahn zu brechen vermag.

Wir sind ein führerverbundenes Spezialgebiet und tragen das Kennzeichen der Kombinatorik von Reich und Osten in uns. Mit Recht hat der Chef der Regierung darauf hingewiesen, dass alle unsere Kraft vom Reich kommt. Wir sind des Reiches, - des Reiches, das nun wieder den grossen Zug nach dem Osten aufgenommen hat. Wir wissen, dass die Fahnen, die von unserer siegreichen Wehrmacht auf dieser Burg zum ersten Mal im September 1939 in den Ostwind gehisst wurden, niemals mehr heruntergeholt werden, und dass wir die erste Form dessen sind, was einmal in die Geschichte als Grossdeutsches Reich oder als Weltreich eingehen wird, dass wir zum ersten Mal jene so schwierige Erziehung an uns und teilweise auch an anderen vorzunehmen hatten; ein Weltreich ist anders zu führen und zu verwalten als ein national geschlossener Heimat- oder Einheitsstaat.

Zwei Dinge gehören dazu: Elastizität im Verhalten gegen das fremde Volkstum und Geduld, damit man nichts zu überstürzen trachtet, was langer Reife bedarf. Diese Elastizität und diese Geduld sind justament die grössten Eigenschaften und daher auch die seltensten, die es im allgemeinen öffentlichen Bereich gibt. Meine Aufgabe, die verschiedenen Meinungsströme, die

um die Methode der Behandlung über uns immer wieder hinwegbrausten, in ein klares Bett zu bringen, ist geglückt. Ich habe das Vertrauen, dass wir über diese Meinungs- und Auffassungsdivergenzen hinaus sind und dass es von dieser Linie von Elastizität und Geduld in der Verwirklichung der diesem Raum, dieser Zeit und diesem Wirken eingegebenen Notwendigkeiten schon vor allem im Hinblick auf die Gesamtsituation des Reiches, des Krieges und unseres Ostens keinerlei Abirrungen mehr geben wird.

In dem Bewusstsein, dass der Führer mit uns ist und dass der Führer unsere Arbeit deckt, gehen wir weiter an diese Arbeit. Doppelkurse gibt es nicht; hier gibt es nur den einen Kurs, den ich im Namen des Führers bestimme. Die Regierung des Generalgouvernements hat selbstverständlich in den kommenden Jahren weiterhin alles zu unternehmen, um die Leistungskraft dieses Raumes so intensiv wie nur möglich in den Dienst von Führer und Reich und kämpfender Wehrmacht zu stellen. Deutschland muss leben! Deutschland wird uns alle überleben! Deutschland ist der grosse Glaube und der Inhalt unseres Wirkens.

Wenn man in die Geschichte zurückschauend etwa an diese Burg denkt und sich dabei vorstellt, wer in diesen weiten Hallen schon alles gegen Deutschland gewirkt hat, dann kann man wiederum nur die Grösse Adolf Hitlers bewundern, dass er uns in diesen Raum hereingebracht hat. Wie gross ist unser Leben geworden, da er uns diese Aufgabe gab! Es ist selbstverständlich, dass wir die Ruhe zu behalten haben, wenn da und dort Schwierigkeiten kommen.

Meine Herren, die kommenden Monate werden sehr schwer für Sie. Probleme werden über uns hinweghageln, mit deren Existenz wir nicht mehr gerechnet haben.

Es werden unzählige Fragen kommen, die alle Kräfte von Wehrmacht und Zivil in Anspruch nehmen werden. Ernährungs-, Unterbringungs- und Transportfragen vor allem werden uns in den nächsten Monaten unendliche Brände auf die Nägel bringen. Ich weiss jedoch, dass wir auch das bewältigen werden aus der Klarheit heraus, dass es hier einen festgefügten, eindeutig geführten und klar regierten Staat einerseits und vertrauenvollste Zusammenarbeit mit den hier eingesetzten Repräsentanten der Wehrmacht andererseits gibt.

Diese Arbeit wird dann auch den Polen wieder die Ruhe bringen. (Irgendwie eine Wiederaufrichtung des polnischen Staates auch nur in Erwägung zu ziehen, ist für die Polen Wahnsinn. Von dieser historischen Stätte aus möchte ich erklären, dass für den Führer und das deutsche Volk sämtliche historischen Probleme, die mit dem Polentum zusammenhängen, gelöst sind, und dass es uns gar nicht interessiert, wenn irgendwo in der weiten Welt über vergangene Dinge phantasievoll debattiert wird.) Die Polen haben nur die eine Chance, ihre Kraft unter deutscher Führung zu ihrem eigenen Wohl und ihrer wohlbehüteten Lebens- und Kulturart in den Dienst Europas zu stellen. Einen anderen Weg gibt es für sie nicht. Wenn trotzdem wahnsinnige Narren glauben, in diesem Lande anonym durch Terrorakte gegen Deutsche wüten zu können, dann sollen sie von dieser Stelle aus zur Kenntnis nehmen, dass ich entschlossen bin - und mit mir alle deutschen Führer dieses Raumes -, alles einzusetzen, um das deutsche Leben in diesem Raum so sicher wie nur möglich zu gestalten, und dass ich entschlossen bin, den Sicherheitsorganen jede Vollmacht zu geben, die geeignet ist, diese Sicherheit zu gewährleisten. Das deutsche Leben ist uns anvertraut und

88

wir haben daher die höchste Pflicht darin zu sehen, dieses Leben zu schützen. Es liegt bei den Polen selbst, solche anonyme und gemeine Mörder, die das vergebliche Beginnen, ihre Untaten möglichst umdeuten zu lassen, bald einsehen werden, nicht in Schutz zu nehmen. Ich verlange von der sogenannten polnischen Intelligenz, dass sie mithilft, diesen Terrorwahnsinn auf ein Minimum zum Verglimmen zu bringen. Sonst besteht die Gefahr, dass das polnische Leben in diesem Raum sich eher reduziert als das deutsche.

Die Geschichte Polens ist jetzt ein Bestandteil der Geschichte Grossdeutschlands geworden. Damit kehrt der Bogen zurück, der einmal im 9., 10., und 11. Jahrhundert damit begann, dass der polnische Staat, die Weichsel und Oberschlesien unter deutscher Oberhoheit waren. So ist es recht, so ist es vernünftig und so ist es auch klar. Das deutsche Schwert hat diesen Raum erkämpft, die deutsche Führung wird diesen Raum für Deutschland sicherstellen.

Meine Herren! Ich danke für die heutige Sitzung und ich freue mich der Eindrücke, die mir die Regierung übermittelt hat. Ich bin in voller kameradschaftlicher Verbundenheit mit Ihnen und ich weiss mich mit Ihnen eins in unseren Aufgabenstellungen. Ich schaue auch von hier in das weite Land und weiss, dass allüberall, wo deutsche Männer und Frauen wirken, die gleiche stolze, hehre und hohe Gesinnung herrscht. Der Glaube allein ist stark; der Glaube, den wir hier haben, ist umso stärker, weil er im neuen Raum wirkt. Er wird immer noch stärker, je mehr wir uns der Grösse dieses Raumes bewusst werden.

Meine Herren! Ich schliesse die Feierstunde und bitte Sie mit mir einzustimmen in den Ruf: Unser Führer, der oberste Gestalter des deutschen Schicksals: Sieg Heil!

Schluss der Sitzung : 13[40]

4 Jahre Generalgouvernement

Einleitung: Historischer Rückblick.

I. Aufbau der deutschen Verwaltung

1. Grundlagen
2. Personeller und territorialer Aufbau
3. Besonderheiten der Generalgouvernements-Verwaltung
   a) Gesetzgebungsverfahren
   b) Einheit der Verwaltung
   c) Gestaltung der Rechtspflege.

II. Leistungen der deutschen Verwaltung im Interesse des Reiches

1. Stärkung des Deutschtums in diesem Raume
   a) Stützung des Deutschtums (Erfassung der Volksdeutschen, Deutsche Jugend)
   b) Deutsches Schulwesen
   c) Deutsches Kulturleben
   d) Fürsorge
   e) Steuervergünstigungen
2. Gerechte Herrschaft über die einheimische Bevölkerung
   a) Keine Assimilierungspolitik
   b) Heranziehung der Nichtdeutschen in der Verwaltung
   c) Wahrung der überkommenen Eigenart auf kulturellem Gebiet
   d) Gesundheitliche Betreuung
   e) Soziale Betreuung
   f) Fürsorge
3. Konkrete Leistungen für das Reich
   a) Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft
   b) Leistungen der Forst- und Holzwirtschaft
   c) Leistungen der Rüstungsindustrie
   d) Arbeitergestellung
   e) Baudiensteinsatz

f)

95

f) Verkehrsleistungen
g) Feldpost
h) Leistungen der Monopole
i) Truppenbetreuung
k) Kinderlandverschickung.

III. **Die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren**

1. Ernährungs- und Landwirtschaft
2. Forst- und Holzwirtschaft; Jagd
3. Gewerbliche Wirtschaft
   a) Bergbau
   b) Industrie
   c) Handwerk
   d) Handel
   e) Treuhandverwaltung
   f) Kammern für die Gesamtwirtschaft
4. Arbeitseinsatz
5. Verkehr
   a) Ostbahn
   b) Deutsche Post Osten
   c) Straßenverkehr
   d) Hauptabteilung Verkehr
6. Technische Verwaltung
   a) Straßenbau
   b) Wasserbau
   c) Energiewirtschaft
7. Kreditwesen

IV. **Die Finanzlage des Generalgouvernements,** ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Entwicklung

1. Die Entwicklung der Einnahmen
2. Die Haushaltsführung
3. Die Arbeit der einzelnen Zweige der Finanzverwaltung

V. **Die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen**

Schluß: Dank an alle Beteiligten, insbesondere an den Herrn Generalgouverneur.

4 Jahre Generalgouvernement

Einleitung: Historischer Rückblick.

Das Generalgouvernement blickt am heutigen Tage auf sein 4-jähriges Bestehen zurück. Am 26. Oktober 1939 trat der Erlaß des Führers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12. Oktober 1939 in Kraft, dem das Generalgouvernement sein Entstehen verdankt. Als an den Herrn Generalgouverneur damals der Auftrag des Führers erging, die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete der ehemaligen polnischen Republik in die Verwaltung des Reiches zuübernehmen, da stand von vornherein eines fest:

Es galt, den von der deutschen Wehrmacht in der bewunderswerten militärischen Leistung des Feldzugs der 18 Tage unter schweren Blutopfern eroberten Raum in Besitz zu nehmen, ihn von den Kriegsschäden zu heilen und baldmöglichst einer Neuordnung zuzuführen, deren Früchte dem Reiche zugute kommen konnten.

Das Erbe, das hier angetreten ward, war schwer genug. Die polnische Republik, eine künstliche Schöpfung des Versailler Diktats, hatte es nicht verstanden, die Kräfte des Landes sinnvoll zu entfalten. Der jähe Zusammenbruch von 1939, der der Herausforderung der deutschen Waffen folgte, hinterließ ein völlig desorganisiertes Staatswesen. Der Weg von diesem Chaos zu dem heutigen Entwicklungsstand ist ein Weg angestrengtester Arbeit, opfermutigen Einsatzes und unbeirrbaren Glaubens.

Herr Generalgouverneur ! Sie haben mir den Auftrag erteilt, in einem Regierungsbericht Rechenschaft über die Leistung der deutschen Verwaltung in den nunmehr verstrichenen 4 Jahren zu geben. Das Material, das mir zu diesem Zweck von den Leitern der Hauptabteilungen und Ämter der Regierung des Generalgouvernements sowie von den Gouverneuren der Distrikte zur Verfügung gestellt worden ist, ist so umfassend und so reichhaltig,

daß

daß es für immer zu einem der schönsten Dokumente der Verwaltungsgeschichte dieses Raumes gehören wird. Es ist mir nicht möglich, es auch nur annähernd vollständig hier zur Darstellung zu bringen. Ich konnte es nur in großen Zügen auswerten und muß mich darauf beschränken, die wichtigsten Daten und Zahlen herauszugreifen.

Ich gedenke meinen Bericht in der Weise zu erstatten, daß ich zunächst in einem allgemeinen Teil den Aufbau der deutschen Verwaltung behandeln werde.

Anschließend werde ich einen Überblick über die Leistungen geben, die die deutsche Verwaltung im Interesse des Reiches erbracht hat;
ich will sodann die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren aufzeigen,
weiter die Finanzlage des Generalgouvernements darstellen und
abschließend noch über die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen sprechen.

I. Aufbau der deutschen Verwaltung.

Der polnische Staat war, wie bereits erwähnt, Ende September 1939 wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Das Personal war grösstenteils geflüchtet, das Material der Behörden war in Eile und Hast in den weiteren Osten verbracht worden, in Gebiete, die bald darauf sowjetischer Herrschaft anheimfielen; die psychologischen Beziehungen zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk waren durch die polnischen Greuel an den Volksdeutschen derart belastet worden, daß, selbst wenn der polnische Staatsapparat intakt in unsere Hände gekommen wäre, nicht daran gedacht werden konnte, den Polen eine autonome Stellung oder auch nur führende Positionen in einem eigenen Staatswesen zu überlassen.

Die erste Aufgabe, vor die sich der Herr Generalgouverneur bei Antritt seines Amtes gestellt sah, war daher die, eine deutsche Verwaltung aufzubauen.

1.

1. Die Grundlagen für diesen Verwaltungsaufbau liegen in dem Führererlaß vom 12. Oktober 1939 beschlossen. Er bestimmt zunächst die "Übernahme der Verwaltung durch das Deutsche Reich" (§ 4). Eine eigene Verwaltungshoheit des besetzten Gebietes ist damit verneint. Alle Verwaltungstätigkeit, die in diesem Raume ausgeübt wird, - Verwaltungstätigkeit dabei im dem weitesten Sinne jeglicher Betätigung staatlichen Führungswillens verstanden, Gesetzgebung und Rechtspflege also eingeschlossen - kann sich nur vom Deutschen Reiche und seiner Hoheitsgewalt herleiten. Als Repräsentant dieser Reichshoheit ist der Generalgouverneur eingesetzt (§ 1); er untersteht dem Führer unmittelbar (§ 3 Abs. 1) und vereinigt alle Verwaltungszweige in seiner Person (§ 3 Abs. 2). Über das am 26. Oktober 1939 in diesem Raume vorgefundene Recht ist bestimmt, daß es in Kraft bleibt, soweit es nicht der Übernahme der Verwaltung durch das Deutsche Reich widerspricht (§4). Zur Schaffung neuen Rechts ist der Generalgouverneur mit selbständiger Verordnungsgewalt ausgestattet (§ 5 Abs. 1). Die Kosten der Verwaltung schließlich fallen dem Generalgouvernement zur Last (§ 7 Abs. 1).

Dieses staatsrechtliche Grundgerüst ist in den vergangenen 4 Jahren mit Leben erfüllt worden. In fortschreitender Entfaltung der Intensität deutschen Wirkens in diesem Raume hat auch das Generalgouvernement selbst sich innerlich gewandelt.

Wie es staatsrechtlich über das Zwischenstadium des besetzten Gebietes schließlich zu einem eigenartigen Gebilde fortgeschritten ist, das als "Nebenland des Reiches" wohl am treffendsten charakterisiert wird, so ist es auch politisch nicht in seiner Anfangsfunktion, den am weitesten nach Osten vorgeschobenen Bestandteil des Großdeutschen Machtbereichs darzustellen, verharrt. Im Verlauf der dem 22. Juni 1941 folgenden Ereignisse ist es zu der wichtigen Brücke zwischen dem Großdeutschen Reich und dem weiten russischen

schen Raume geworden. Diese Wandlungen haben auch die Verwaltungsführung vor immer neue Aufgaben gestellt. Es genügt, daran zu erinnern, welche gewaltigen Leistungen dem Generalgouvernement als dem Aufmarsch- und Durchgangsland im Entscheidungskampf gegen den Bolschewismus erwachsen sind. Daß es in der Lage war, diesen Anforderungen bereits nach 1 1/2-jährigem Bestehen gerecht zu werden, beweist, daß der Verwaltungsaufbau damals schon seine Bewährungsprobe bestanden hat. Und wenn sich heute die deutsche Front im Osten neuerdings den Grenzen des Generalgouvernements nähert, so hat das Generalgouvernement wieder wie vor 2 Jahren beim Aufmarsch der deutschen Truppen gegen den Osten, das unüberwindbare östlichste Ordnungsgebilde des Reiches zu sein.

2. Personeller und territorialer Aufbau.

a) Die deutsche Verwaltung kam mit einem solch geringen Aufgebot an Kräften in dieses Land, daß von vornherein nur mit völlig neuen Methoden an die Bewältigung des Führerauftrages herangegangen werden konnte. Es mußte gelingen, die wenigen deutschen Führungskräfte so einzusetzen, daß sie am richtigen Platz ihre Fähigkeiten voll entfalten konnten. Die wenigen Deutschen durften sich nicht in Zuständigkeits- und Ressortstreitigkeiten hemmen und zersplittern, sie durften nicht in kleinen und engen Anschauungen gebunden sein und durften sich nicht scheuen, große Verantwortung zu übernehmen. Sie mußten im Stande sein, der Bevölkerung dieses Raumes durch Charakterfestigkeit und Tüchtigkeit so zu imponieren, daß diese den deutschen Führungsanspruch als selbstverständlich empfand.

Nach dem Stande vom 1. September 1943 wurde die Gesamtverwaltung des Generalgouvernements von nur 22 740 männlichen und 7 184 weiblichen Kräften versehen. Von dieser Gesamtzahl entfallen allein 15 880 Männer und 2 880 Frauen auf die beiden großen Betriebsverwaltungen Eisenbahn und Post.

Nur 2/5 dieser Kräfte stehen im Beamtenverhältnis, 11 785 Männer und 377 Frauen. 9 865 männliche und 375 weibliche Beamte gehören allein den Betriebsverwaltungen Eisenbahn und Post an.

In enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP sowie den Dienststellen des Höheren SS- und Polizeiführers war daher auf gewissenhafte Auslese charakterlich gefestigter und fachlich qualifizierter Kräfte Bedacht zu nehmen. Für laufende Schulung und Ausbildung der im öffentlichen Dienst Tätigen sorgt die im Januar 1942 durch den Herrn Generalgouverneur errichtete Verwaltungs-Akademie des Generalgouvernements sowie das Hauptreferat Schulung und Ausbildung in der Regierung.

Das Rückgrat der personellen Verwaltung dieses Raumes ist der Beamtenstellenplan für das Generalgouvernement zu bilden bestimmt, der im Rechnungsjahr 1942 nach eingehenden Verhandlungen mit den zuständigen obersten Reichsbehörden in Kraft gesetzt werden konnte. Dieser Beamtenstellenplan sieht, wenn ich die Verwaltungszweige der Eisenbahn, der Post und der Technischen Verwaltung ausser Betracht lasse, 3 902 Beamtenplanstellen vor, von denen 1 285 auf Planstellen für Beamte des Höheren Dienstes, 1 894 auf Planstellen für Beamte des gehobenen Dienstes, 1 512 auf Planstellen für Beamte des mittleren Dienstes und 212 auf Planstellen des einfachen Dienstes entfallen. Bis zum 30. September 1943 sind 730 Beamte in die Verwaltung des Generalgouvernements endgültig übernommen worden; 455 dieser Beamten konnten im Zusammenhang mit der Übernahme befördert werden.

Die im Angestelltenverhältnis beschäftigten Verwaltungskräfte sind durch die Einführung der zusätzlichen Alters- und Hinterbliebenenversorgung für die Gefolgschaftsmitglieder der Verwaltung und der Betriebe des Generalgouvernements durch Erlaß vom 25. Juli 1943 den im Deutschen Reich bei öffentlichen Verwaltungen

und

und Betrieben beschäftigten Gefolgschaftsmitgliedern gleichgestellt worden. Das Generalgouvernement hat allein einen Betrag von 20 Millionen Zloty aufgewendet, um diesePflichtversicherung rückwirkend vom Tage des Dienstantritts der Gefolgschaftsmitglieder an beginnen zu lassen.

Maßnahmen der sozialen Betreuung sollten die Lebensführung aller im öffentlichen Dienst Beschäftigten erleichtern und deutschen Grundsätzen entsprechend gestalten. Was beispielsweise für die Gefolgschaftsmitglieder der Regierung das Amt für Betriebsverwaltung durch Hilfeleistung bei der Einrichtung von Privatwohnungen, durch die Schaffung von Wohnheimen, durch Verpflegungseinrichtungen nach Art des Staatskasinos, durch die Inbetriebnahme von Schneider- und Schusterwerkstätten, das Personalamt durch die Einrichtung einer Zivilintendantur möglich machte, ist in ähnlicher Weise auch in den übrigen Dienststellen der öffentlichen Verwaltung in Angriff genommen oder verwirklicht worden.

Für die Beamten und Angestellten des öffentlichen Dienstes waren diese Bemühungen um Verbesserung der äusseren Lebensbedingungen stets neuer Ansporn für immer bessere Leistungen. Sie haben sich vorbildlich bewährt und von wenigen Ausnahmen abgesehen den großen in sie gesetzten Erwartungen entsprochen.

Erst vor wenigen Tagen konnten im Namen des Führers

35 Kriegsverdienstkreuze I. Klasse
800 Kriegsverdienstkreuze II. Klasse
200 Kriegsverdienstmedaillen und
25 Kriegsverdienstkreuze II. Klasse mit Schwertern

an Angehörige der Verwaltung des Generalgouvernements verliehen werden, eine sinnfällige Anerkennung der hier erbrachten Leistungen !

b). Dem geringen personellen Bestand der deutschen Verwaltung mußte der territoriale Aufbau der Verwaltung angepaßt

angepaßt werden. Die hierzu bereits in der Ersten Aufbauverordnung vom 26. Oktober 1939 getroffene Regelung der Distrikts- und Kreiseinteilung hat sich bis auf den heutigen Tag in ihren Grundzügen bewährt. In dem am 1. August 1941 angegliederten Distrikt Galizien konnte allerdings die bis dahin übliche Durchschnittsgröße der Kreise nicht beibehalten werden. Die dortige Verwaltung ist ausgesprochen großräumig gestaltet; die Kreishauptmannschaften haben durchschnittlich eine Ausdehnung von 4 000 bis 5 000 qkm und zählen 400 000 bis 500 000 Einwohner. Hand in Hand mit der Schaffung solch großer Kreisgebiete mußte allerdings ein Ausbau der Einrichtung der Landkommissariate gehen. In der Vorläufigen Dienstordnung für die Landkommissare kommt diese Steigerung des Aufgabenbereichs der Landkommissare zum Ausdruck. Sie wird durch die Forderung, daß der Landkommissar "Auge und Ohr sowie verlängerter Arm des Kreishauptmanns" sein soll, deutlich gekennzeichnet. Der Landkommissar ist dort der regionale Vertreter des Kreishauptmanns, ausgestattet mit allen für die Erfüllung seiner Aufgabe erforderlichen Vollmachten. Männer aus den verschiedensten Berufs- und Lebensschichten haben sich auf diesen Posten bestens bewährt.

Besonders anschaulich wird die territoriale Gliederung des Generalgouvernements im Lichte des von dem Statistischen Amt in der Regierung des Generalgouvernements bearbeiteten " Amtlichen Gemeindeverzeichnisses des Generalgouvernements" erscheinen, das in den Erstlingsstücken bereits fertig gedruckt vorliegt. Dieses Gemeindeverzeichnis weist in einer Zusammenfassung zunächst Flächen, Einwohner und Bevölkerungsdichte der Kreis (Stadt) hauptmannschaften, Distrikte und des Generalgouvernements nach und bringt dann in einem systematischen Teil innerhalb der Distrikte und Kreise, alphabetisch geordnet, die Gemeinden und die zu ihnen gehörenden Dörfer mit den Einwohnerzahlen und schließlich ein alphabetisches Gesamtverzeichnis mit der Verweisung auf den systematischen Teil.

Für

Für die territoriale Aufgliederung des Staatsaufbaues bezüglich sämtlicher Verwaltungssparten hat das Hauptamt für Raumordnung wertvolle Planungsgrundlagen geliefert.

3. Elemente der Staatsführung.

Der Bericht über den Aufbau der deutschen Verwaltung bedarf noch der Ergänzung durch ein kurzes Eingehen auf die Kriterien einiger besonderer Zweige der Staatstätigkeit, die den Willen des Herrn Generalgouverneurs erkennen lassen, sich an der technischen Vervollkommnung der staatlichen Arbeit und an der Sicherstellung ihrer größtmöglichen Aus- und Tiefenwirkung schöpferisch zu beteiligen. Ich denke dabei an die Ausgestaltung der Gesetzgebung, an die Verwirklichung des Grundsatzes der Einheit der Verwaltung sowie an die Prinzipien der Gestaltung der Rechtspflege im Generalgouvernement.

a) Gesetzgebung.

Die Gesetzgebungshoheit im Generalgouvernement ist auf den Ermächtigungen aufgebaut, die § 5 Abs. 1 des Führererlasses vom 12. Oktober 1939 erteilt. Von diesen Ermächtigungen hat im wesentlichen nur der Herr Generalgouverneur Gebrauch gemacht. Was im Verordnungsblatt für das Generalgouvernement an Verordnungen und sonstigen Vorschriften niedergelegt ist - die Zahl reicht an das zweite Tausend heran - ist nahezu ausschließlich als das Verordnungswerk des Generalgouverneurs anzusprechen.
Dieses Verordnungswerk sachlich zu behandeln, verbietet die knappe zur Verfügung stehende Zeit. Ich muß mich darauf beschränken, einiges zur formellen Seite der Rechtsetzung zu sagen.

Der Herr Generalgouverneur hat auf die Rechtsetzung von Anfang an sein besonderes Augenmerk gerichtet

richtet und am 1. Januar 1940 ein eigenes Amt in der Regierung, das "Amt für Gesetzgebung", errichtet. Dieses Amt hat darüber gewacht, daß der Rechtsetzung das nötige Verantwortungsgefühl und die gebührende Sorgfalt zugewendet wird. Ein klar geregeltes Gesetzgebungsverfahren bietet Gewähr dahin, daß keine Verordnung, keine Durchführungsvorschrift und keine Anordnung ergeht, ohne daß sie nach der sachlichen und formellen Seite hin gründlich geprüft worden wäre. Alle beteiligten Ressorts erhalten Gelegenheit, zu den Entwürfen Stellung zu nehmen, sowie Änderungs- oder Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Erst nach gründlicher Erörterung des Für und Wider kommen die Vorlagen zur Vollziehung. Daß nur kriegswichtige Vorlagen behandelt wurden, hat der Erlaß des Generalgouverneurs über Einschränkungen im Gesetzgebungsverfahren sichergestellt.

Das Amt für Gesetzgebung hat die einheitliche inhaltliche Ausrichtung und die einheitliche formelle Gestaltung aller Vorlagen gewährleistet, es hat auf übersichtlichen Aufbau der Vorschriften, auf gleichbleibende und klare Begriffe und vor allem auch auf eine würdige und gute sprachliche Fassung hingewirkt. Es hat die Übertragung des für die Auslegung maßgebenden deutschen Gesetzeswortlautes in die polnische und ukrainische Sprache und schließlich die Drucklegung und Auslieferung des Verordnungsblattes für das Generalgouvernement besorgt.

Was in oberster Instanz bei dem Zustandekommen von Verordnungen beachtet wird, ist entsprechend von den Gouverneuren der Distrikte oder von den Kreis- und Stadthauptleuten zu berücksichtigen, wenn sie kraft besonderer Ermächtigung des Generalgouverneurs Recht setzen. Ihre Anordnungen durchlaufen das Amt für Gesetzgebung, das den Einklang von Ermächtigung und Anordnungsinhalt überprüft. Erst auf Grund des Druck-

freigabevermerkes des Amtes für Gesetzgebung kann die Veröffentlichung im Amtlichen Anzeiger für das Generalgouvernement stattfinden. In dieser Weise ist auch die Rechtsetzung der nachgeordneten Stellen in den großen Rahmen des Gesamtverordnungswerkes eingefügt worden.

b) Verwaltung.

Die Verwaltung im Generalgouvernement - Verwaltung hier in einem engeren Sinne verstanden - ist durch den Grundsatz der Einheit der Verwaltung gekennzeichnet. Dieser Grundsatz, der in der Verordnung des Generalgouverneurs über die Einheit der Verwaltung vom 1.Dezember 1940 seinen Ausdruck gefunden hat, will die geschlossene Zusammenarbeit aller Verwaltungsorgane unter der einheitlichen Führung des Generalgouverneurs gewährleisten. Jeder Mitarbeiter, sei er nun in der Regierung, in der Distriktbehörde oder in einer Kreis- und Stadthauptmannschaft, soll in jeder Lage und bei jeder Maßnahme nicht so sehr auf das Teilinteresse und den Teilgesichtspunkt, den er aus Gründen der Arbeitsteilung gerade zu vertreten hat, sehen, sondern immer das Interesse des Ganzen vor Augen haben. Die Sachwalter aller fachlichen Teilgebiete müssen sich innerhalb der Regierung, innerhalb der Distriktsbehörden sowie innerhalb der Kreis- und Stadthauptmannschaften untereinander ständig so ergänzen, daß sie aus Kenntnis aller Zusammenhänge schon von sich aus immer zu dem richtigen Gesamtergebnis bei der Bearbeitung ihrer Teilgebiete kommen können. Dies führend zu vermitteln und wo nötig durch Entscheidungen sicherzustellen, ist tägliche Aufgabe des Regierungschefs für die Gesamtverwaltung, des Gouverneurs des Distrikts und seines Amtschefs für Distriktsverwaltung und des Kreis- und Stadthauptmannes für die Kreis- und Stadthauptmannschaft. Das damit geschaffene Verwaltungssystem, das keineswegs mit Eintönigkeit des Verwaltungs-

schaffens

schaffens verwechselt werden darf, verwirklicht das Führungsprinzip nationalsozialistischer Prägung in bester Form und schafft klare eindeutige Verantwortlichkeit in dem dreistufigen deutschen Behördenaufbau. Die hieraus sich ergebende einheitliche und straffe Befehlsgewalt, die jedem Verwaltungszweig zugute kommt, hat es ermöglicht, die vielen und schwierigen Aufgaben, die bald in diesem, bald in jedem Bereich entstanden - ich erinnere nur an Aufgaben wie die Ernteerfassung oder die Arbeitergestellung - rasch und erfolgreich zu erfüllen.

c) Die Rechtspflege im Generalgouvernement ist durch Aufteilung der Rechtspflegetätigkeit auf eine deutsche und eine nichtdeutsche Gerichtsbarkeit gekennzeichnet. Der Deutsche, sei er Reichsdeutscher oder deutscher Volkszugehöriger, soll nur von einem deutschen Richter Recht nehmen. Dieser Gedanke ließ aber den schon vor Schaffung des Generalgouvernements unter der Wehrmachtsverwaltung begonnenen Wiederaufbau der nichtdeutschen Gerichtsbarkeit unberührt. Von Anfang an war es das Bestreben der Justizverwaltung, einerseits die Gerichtsbarkeit für die deutsche Bevölkerung im Generalgouvernement nach den altbewährten Grundsätzen des deutschen Rechtslebens aufzubauen, andererseits aber zur größtmöglichen Entlastung der deutschen Gerichtsbarkeit eine fremdvölkische Rechtsfindung stattfinden zu lassen, wobei der deutschen Justiz lediglich die Rolle eines Aufsichts- und Kontrollorgans zukommt. Die Verordnungen über die Sondergerichte, über die deutsche Gerichtsbarkeit, über die polnische Gerichtsbarkeit und über die nichtdeutsche Gerichtsbarkeit im Distrikt Galizien bilden noch heute die Grundlage der Rechtspflege im Generalgouvernement. Lediglich kriegsbedingte Schwierigkeiten auf dem Gebiete der Personalwirtschaft brachten gewisse Vereinfachungsmaßnahmen in Gestalt der Verordnung zur Vereinfachung

einfachung der Strafgerichtsbarkeit im Generalgouvernement vom 24. Oktober 1942 und der erst kürzlich erlassenen Verordnung zur kriegsmäßigen Vereinfachung der Rechtspflege im Generalgouvernement vom 5. Juli 1943 mit sich.

Im Bereich der deutschen Strafgerichtsbarkeit stehen die Sondergerichte im Vordergrund. Ihnen obliegt die Aburteilung der schweren Kriminalität sowohl bei Deutschen wie bei Nichtdeutschen, während die Aburteilung der sonstigen Straftaten bei Deutschen und bei Angehörigen der mit dem Reich verbündeten oder befreundeten Staaten zur Aufgabe der Deutschen Gerichte gehört. Um sicherzustellen, daß die zur deutschen Gerichtsbarkeit gehörenden Strafsachen ihr auch zugeführt werden, ist bestimmt, daß ein nichtdeutsches Gericht in Strafsachen nur entscheiden kann, wenn die Sache von der deutschen Staatsanwaltschaft an die nichtdeutsche Behörde abgegeben worden ist. Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung, daß alle Strafsachen gegen Reichs- oder Volksdeutsche sowie gegen Deutschstämmige in der deutschen Gerichtsbarkeit behandelt werden. Ihr verbleiben aber auch die Strafsachen gegen Nichtdeutsche, die sich ihrer Natur nach, insbesondere wegen der Art und Schwere der Verfehlung zur Aburteilung in der nichtdeutschen Gerichtsbarkeit nicht eignen. Die anderen Strafsachen werden an die nichtdeutschen Behörden abgegeben.

Im Strafbefehlsverfahren ist im Generalgouvernement im Interesse der kriegsbedingten Kräfteersparnis das Experiment gewagt worden, den Strafbefehl nicht mehr vom Richter, sondern vom Leiter der deutschen Staatsanwaltschaft ausgehen zu lassen. Dieses Experiment hat sich nach den bisherigen Beobachtungen als durchaus gelungen erwiesen. Gegen den Strafbefehl kann Einspruch erhoben werden, über den das Gericht entscheidet.

Die

Die deutschen Strafgerichte wenden außer dem deutschen Verfahrensrecht auch das deutsche Strafrecht an und sind dann in die Lage versetzt, sich weitgehend der deutschen Kriegsgesetze zu bedienen und durch ihre Anwendung den polnischen Wegelagerern und Gewaltverbrechern entgegenzutreten. Durch nachdrückliche Bestrafung der Verstöße gegen die Bewirtschaftungsvorschriften, insbesondere des Schleichhandels und der Schwarzschlachtungen, hat die Strafrechtspflege an der Sicherung der Ernährung mitgewirkt. Gegen Diebstahl von Transporten der Ostbahn und der Deutschen Post Osten, namentlich gegen Feldpostmarder, sind die Sondergerichte mit rücksichtsloser Schärfe eingeschritten.

Die bürgerliche Rechtspflege war von dem Bestreben beherrscht, auf allen Zweigen dieses Gebietes die Betreuung der deutschen Staatsangehörigen, der deutschen Volkszugehörigen und - soweit es sich um Personen- und Familienrechtsfragen handelt - auch der Deutschstämmigen durch deutsche Rechtswahrer zu sichern. Die bürgerliche Rechtspflege ist beherrscht von dem Grundsatz, daß eine bürgerliche Rechtssache schon dann in die deutsche Gerichtsbarkeit gehört, wenn auch nur ein an dem Verfahren Beteiligter Deutscher ist. In Zweifelsfällen entscheiden darüber die deutschen Gerichte in einer für die nichtdeutschen Gerichte bindenden Weise.

Aus der Tätigkeit der Justizverwaltung sei schließlich noch ein Sondersachgebiet hervorgehoben: die Behandlung feindlichen Vermögens. Ziel der Feindvermögensgesetzgebung ist, das im Generalgouvernement befindliche Vermögen der feindlichen Staaten, ihrer Staatsangehörigen und der ihrer Gewalt unterworfenen Personen zu erfassen, es sicherzustellen und zu erhalten, um es der deutschen Wirtschaft zu bewahren. Daß das rechtliche Schicksal des Feindvermögens mög-

lichst

lichst wenig geändert werden soll, entspricht der Rücksichtnahme auf die künftige Friedensregelung. Die Erfassung und Verwaltung des feindlichen Vermögens obliegt dem Kommissar für die Behandlung feindlichen Vermögens im Generalgouvernement.

---

4. Ich komme nunmehr zum Zweiten Teile meines Berichts, in dem ich die Leistungen der Verwaltung des Generalgouvernements für das Reich und im Interesse des Reiches behandeln werde.

II. 1. Stärkung des Deutschtums.

a) Die schönste und dankbarste Zielsetzung der deutschen Führung im Raum des Generalgouvernements war von Anfang die Stärkung des Deutschtums dieses Raumes. Hier marschiert die Regierung des Generalgouvernements im Gleichschritt mit dem Arbeitsbereich Generalgouvernement der NSDAP und dem Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums. Alle Menschen des Generalgouvernements, die sich nach Abstammung, Haltung und Bekenntnis als Deutsche erwiesen haben, ihre Zahl beträgt etwa 100 000, sind mit der Kennkarte für deutsche Volkszugehörige versehen worden. Nunmehr werden sie, nach nochmaliger Überprüfung, im Namen und im Auftrag des Reiches von der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingebürgert. Sie alle sollen zurückgeführt werden in die große deutsche Blutsgemeinschaft, in die ewigen Offenbarungen germanischer Kultur.

Naturgemäß mußte diese Deutschtumsarbeit einsetzen bei der Jugend dieses Raumes. Zur Förderung der

der deutschen Jugend durch körperliche Ertüchtigung, durch gesundheitliche, kulturelle, soziale und berufliche Betreuung, sowie durch Schaffung von Heimen ist das Amt für Jugend im Staatssekretariat der Regierung gebildet worden. Bereits im Rechnungsjahr 1942/43 wurden für die Förderung der deutschen Jugend über 3 Mill. Zloty ausgegeben. Im Rechnungsjahr 1943/44 sind allein für die Einrichtung von Unterkünften für Jugenddienstpflichtige 4,4 Mill. Zloty und für die Einrichtung von überbetrieblichen Jugendwohnheimen 4,75 Mill. vorgesehen. Die Jugendschutzverordnung vom 13. August 1943 gibt der berufstätigen deutschen Jugend des Generalgouvernements denselben Rechtschutz wie ihn die Jugendlichen im Reich besitzen. Aus den HJ-Ausbildungslagern haben sich eine große Anzahl von Angehörigen der Hitlerjugend freiwillig zum Wehrdienst gemeldet.

Einen wesentlichen Beitrag zur Festigung des Deutschtums im Generalgouvernement stellt die Verschickung volksdeutscher Kinder aus dem Generalgouvernement ins Reich dar, die in engster Zusammenarbeit von der Hitlerjugend und dem Amt für Jugend in der Regierung des Generalgouvernements durchgeführt wird. Die Verschickung volksdeutscher Kinder ins Reich, und zwar der 8. Volksschulklasse, war in den Verschickungsperioden 1942/43 volkspolitisch und erzieherisch für die verschickten Jugendlichen ein großer Erfolg. 1942 wurden rund 1 800 Kinder, 1943 wurden 425 Kinder aus dem Generalgouvernement ins Reich verschickt. Wenn die für die Verschickung 1943/44 vorgesehenen Reichsgaue die volksdeutschen Jungen und Mädel, die sich bereits im Auffanglager in Krakau befanden, nicht aufnehmen konnten, so lag dies an den Terrorangriffen, denen das Reichsgebiet selbst ausgesetzt war.

b) Auf dem Gebiete des Schulwesens wurde das Ziel, die deutschen Kinder dieses Raumes in nationalsozialisti-

schen

106

schem Geiste zu erziehen, im Gebrauch der deutschen Muttersprache zu schulen und mit den für das Leben grundlegenden Kenntnissen und Fertigkeiten auszustatten, mit großem Nachdruck verfolgt.

Trotz der großen kriegsbedingten Schwierigkeiten bestehen heute bereits 322 deutsche Volksschulen. 21 947 deutsche Schüler werden dort von 745 deutschen Lehrkräften unterrichtet. Durch die Errichtung deutscher Schülerheime wurden die deutschen Kinder dieses Raumes nicht nur der Gefahr einer neuerlichen Polonisierung entrissen, sondern auch mit deutscher Lebensart vertraut gemacht.

Zur Beseitigung des großen Lehrermangels wurden Schulhelferlehrgänge und 2 Lehrerbildungsanstalten eingerichtet. Im Sinne der Anordnung des Führers über die Einführung der Hauptschule wurde auch im Generalgouvernement mit dem Aufbau dieser Schulform begonnen, soweit es die Verhältnisse gestatteten. Derzeit sind 4 Hauptschulen mit 10 Klassen und 380 Schülern vorhanden.

Hand in Hand mit dem Ausbau des deutschen Volksschulwesens ging der Ausbau des deutschen höheren Schulwesens vor sich. So konnten bisher 10 höhere Schulen entwickelt werden, von denen bereits 6 Vollanstalten sind. Mit jeder höheren Schule erhält ein Ort Wirkungskräfte der Deutschtumsarbeit, die im volks- und kulturpolitischen Aufbau wichtig sind und der Hitlerjugend entsprechenden Nachwuchs geben.

Neben der allgemeinen Ausbildung des deutschen Nachwuchses ist auch für eine zweckmäßige und gediegene berufliche Ausbildung durch zahlreiche neugegründete berufsbildende Schulen gesorgt. Berufsschulen, Handwerkerschulen, Handelsschulen, aber auch Haushaltungsschulen, Kinderpflegerinnenschulen usw. sind als willkommener Ausgleich bei dem Mangel gediegener Ausbildungsmöglichkeiten bei deutschen Meistern oder in deutschen Betrieben allgemein begrüßt worden. Auch dem Ausbau eines deutschen landwirtschaftlichen Schul-

wesens

wesens wurde die entsprechende Aufmerksamkeit gewidmet. Landwirtschaftliche Fachschulen bestehen in den Distrikten Radom und Lublin.

Darüber hinaus ist aber alles getan worden, auch den erwachsenen deutschen Menschen dieses Raumes in die große deutsche Kulturgemeinschaft hineinzuführen.

Allgemeiner Grundsatz der deutschen Kulturarbeit ist die Repräsentation der deutschen Kulturhöhe gegenüber dem Fremdvolk, wobei die Aufklärungsarbeit immer wieder herausstellen kann, daß die Kulturgrundlage des Generalgouvernements seit dem Mittelalter so deutsch ist wie die großen Bauten, die es zu seinen schönsten geschichtlichen Zeugnissen zählt.

Erst vor einigen Wochen ist die Kulturvereinigung des Generalgouvernements e.V., Krakau, gegründet worden, die das deutsche Kulturschaffen in diesem Raume besonders zu aktivieren verspricht.

Was allein das Staatstheater des Generalgouvernements an deutscher Kulturarbeit geleistet hat, kann gar nicht hoch genug bewertet werden. Dazu kommt die Pflege deutscher Musik, der sich besonders die Philharmonie des Generalgouvernements mit größtem Erfolg gewidmet hat.

Der Förderung deutscher Kunst und Wissenschaft wurde größte Beachtung geschenkt, was durch die Errichtung der Kopernikus- und Veit Stoß-Preise durch den Herrn Generalgouverneur erhellt. Im Übrigen hat sich die wissenschaftliche Forschung als kriegswichtige Forschung bewährt. Auch das durch den Herrn Generalgouverneur am 20. April 1940 gegründete Institut für Deutsche Ostarbeit ist durch die Angliederung einer chemischen, physikalischen, berg- und hüttenkundlichen Abteilung in den Dienst der Kriegsaufgaben gestellt worden.

Die deutsche Archivverwaltung hat im Interesse der wissenschaftlichen Forschung den Akten- und Urkundenschatz, der sich in den zahlreichen Archiven des Staates, der Städte, der großen Adelsfamilien, der Domkapitel usw.

usw. befand, neu geordnet und der Benutzung übergeben. Wertvolle private Sammlungen, wie das berühmte Zentralarchiv des Fürsten Radziwill, die Archive der Familien Potocki, Zamoyski u.a. hat sie sichergestellt und der Verwaltung des Generalgouvernements, des Reiches und der Reichskommissariate Ostland und Ukraine zur Benutzung im deutschen Interesse übergeben.

Die deutsche Presse des Generalgouvernements hat im Verein mit zahlreichen reichsdeutschen Pressevertretern in reichem Maße dazu beigetragen, Verständnis zu wecken für die kulturellen Notwendigkeiten, die sich aus der Verpflichtung ergeben, ein uraltes deutsches Erbe, dessen Wurzeln fest in der Vergangenheit des Weichselraumes verankert sind, zu neuem blühenden Leben zu erwecken.

Die deutsche Presse des Generalgouvernements, repräsentiert durch die weit über die Grenzen unserer fünf Distrikte hinaus geschätzte und gern gelesene "Krakauer Zeitung", hat über den Kreis der aktuellen Aufgaben der Tagespresse hinaus entscheidend dazu beigetragen, die Arbeit der Regierung ebenso zu stützen, wie das Bewußtsein eines ständigen innigen Verbundenseins mit der deutschen Volksgemeinschaft auch bei den weit verstreut und einsam lebenden Deutschen im Generalgouvernement nicht abreißen zu lassen. Im Reiche selbst hat die deutsche Presse unzählige Herzen aufgeschlossen für das weite wartende Land im Osten. In wirksamer Ergänzung dieser Arbeit konnten zahlreiche Pressevertreter aus dem Reich als unvoreingenommene und objektive Zeugen des Aufbauwerkes den Gauen des Reiches ein klares, sachliches Bild von jenen Fundamenten vermitteln, die heute im Generalgouvernement gelegt werden.

d) Neben die Pflege des Geistes des deutschen Menschen trat die leibliche Fürsorge.

In der

In der Sozialversicherung werden die Reichsdeutschen nach Heimatrecht, die Volksdeutschen in ähnlich bevorzugter Weise betreut. Sie erhalten höhere Barleistungen, gehören der für das Generalgouvernement errichteten Deutschen Krankenkasse an und werden bei der Einweisung in Heilstätten bevorzugt.

Kriegs- und Volkstumsschäden werden entsprechend den im Reich geltenden Vorschriften ersetzt.

Weitere fürsorgerische Maßnahmen für Deutsche, insbesondere für Volksdeutsche, wurden in Zusammenarbeit mit der NSDAP von der Hauptabteilung Innere Verwaltung eingeleitet und ständig ausgebaut. Im vergangenen Jahre konnten die Unterstützungssätze wesentlich erhöht werden.

) Besonderes Augenmerk wurde der steuerlichen Behandlung der Deutschen im Generalgouvernement zugewandt. Deutschen Unternehmern wurden für eine Reihe von Jahren eine weitgehende Bewertungsfreiheit für Anlagegüter und die Bildung von steuerfreien Aufbaurücklagen für bestellte, aber noch nicht gelieferte Anlagegüter zugestanden.

Die Einführung der Kinderbeihilfen und Haushaltszuschüße bezweckt eine wirtschaftliche Stärkung, insbesondere der kinderreichen Volksdeutschen. Allein im Distrikt Radom, dem auf dem Gebiete der Volkstumspolitik ganz besondere Aufgaben gestellt sind, da er zahlenmäßig das stärkste bodenständige Deutschtum aufweist, werden an Kinderbeihilfen und Haushaltszuschüssen für volksdeutsche Familien monatlich 267 000 Zloty ausbezahlt.

Von weittragender Bedeutung ist die Reform der Einkommen- und Lohnsteuer für Deutsche durch die Einkommensteuer-Verordnung vom 29. Juni 1943. Sie berücksichtigt in ihrem Tarif weitgehend die Grundsätze deutscher Bevölkerungs- und Sozialpolitik und wird darüber

hinaus

hinaus den besonders schwierigen Verhältnissen des Osteinsatzes gerecht. Sie wird zu einer wesentlichen wirtschaftlichen Stärkung des Deutschtums im Generalgouvernement beitragen.

Durch die Einrichtung von besonderen Steuerämtern oder Steuerstellen für Deutsche ist die Steuerverwaltung dem Ziel, deutsche Steuerpflichtige nur von deutschen Beamten oder Angestellten steuerlich betreuen zu lassen, erheblich näher gekommen.

II. 2. Gerechte Herrschaft über die einheimische Bevölkerung.

a) Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement hat sich, so sehr sie die Verwurzelung deutscher Elemente in ihrem Raum gefördert hat, doch in keinem Augenblick zu einer kurzsichtigen Politik des Hasses und der Ausrottung der fremden Bevölkerung hinreißen lassen. Hierzu konnte weder das Ziel, ein geeinigtes Europa durch die Ausschaltung der plutokratisch,-jüdischen-bolschewistischen Weltmächte zu erkämpfen eine Veranlassung geben, noch auch die Erwartungen, die von den deutschen Verwaltungsstellen an eine loyala und freiwillige Mitarbeit der fremden Bevölkerung (für eine erzwungene Arbeit fehlt bisher eine ausreichende Exekutive) geknüpft wurden. Was allein zur Beseitigung der Schäden des bolschewistischen Regimes, das der Distrikt Galizien über sich hatte ergehen lassen müssen, geschehen ist, läßt die Einstellung der deutschen Verwaltung hinreichend erkennen. Durch die Reprivatisierungsverordnungen wird systematisch Schritt für Schritt das Unrecht wieder gutgemacht, das in jener Schreckenszeit über die Bevölkerung hereingebrochen war.
So hat heute der Herr Generalgouverneur als dritte Reprivatisierungsverordnung die Verordnung über die Wiederherstellung des während der Sowjetherrschaft in Galizien entzogenen Privateigentums an Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken vollzogen.

Sicherlich

Sicherlich waren oft auch harte Maßnahmen nötig. Die waren aber kriegsbedingter Natur. Umsomehr war die deutsche Verwaltung darauf bedacht, brutale Willkürakte zu vermeiden. Die Herrschaft über die einheimische Bevölkerung war streng, aber gerecht. Ausschlaggebend war stets die Erwägung, ob eine bestimmte Maßnahme dem Großdeutschen Reich nützt oder schadet. Diese Richtschnur hat auch schwierige Entscheidungen weitgehend erleichtert. Im Gegensatz zu der Assimilierungspolitik der Regierung der ehemaligen polnischen Republik werden heute im Generalgouvernement auch keine Versuche unternommen, den hier lebenden Volksgruppen ein ihnen fremdes Volkstum aufzudrängen. Es wird im Gegenteil eine klare Scheidung der einzelnen Volksgruppen voneinander vorgenommen, so daß sich jeder zu dem Volkstum bekennen kann, dem er durch die Bande des Blutes verbunden ist.

b) Darüber hinaus findet eine weitgehende Heranziehung der nichtdeutschen Bevölkerung zur Mitarbeit an der Verwaltung, namentlich in den unteren Behörden statt. Herausgehobene Posten bekleiden Nichtdeutsche in den Stellen der Dorfschulzen, der Vögte, der Bürgermeister sowie in verschiedenen technischen Berufen, wie Ärzte, Tierärzte, Agronomen usw. 7200 nichtdeutsche Bedienstete sind insgesamt in der Steuerverwaltung tätig. Die Deutsche Post Osten beschäftigt 26 000 nichtdeutsche Kräfte, im Bereich der technischen Verwaltung werden 6 440, von der Ostbahn schließlich über 145 330 Nichtdeutsche beschäftigt, die die ihnen übertragenen Pflichten loyal und zufriedenstellend erfüllen.

In diesem Zusammenhang interessirt auch die schon erwähnte nichtdeutsche Gerichtsbarkeit, die dem Grundsatz Rechnung trägt, an der Rechtsfindung für die einheimische Bevölkerung dieses Raumes weitgehend Richter ihres Volkstums zu beteiligen.

c)

112

c) Auch auf kulturellem Gebiet wird die überkommene Eigenart der Völker dieses Raumes gepflegt.

Um nur einige Beispiele herauszugreifen:

Eine von der Hauptabteilung Propaganda geförderte polnische Wanderbühne trug mit größtem Erfolg - die zählte weit über 100 000 Besucher - das Fleckfieberproblem an die polnische Bevölkerung heran. Dieser Erfolg ermutigte zur Inangriffnahme von distriktseigenen f-remdvölkischen Wanderbühnen, die künftig innerhalb der einzelnen Distrikte des Generalgouvernements für die Polen und Ukrainer tätig sein sollen.

Bis 1943 wurde für 438 polnische Bücher und Kalender mit einer Auflage von 4,8 Millionen sowie für 338 ukrainische Bücher aller Art mit einer Auflagenhöhe von 2,5 Millionen die Genehmigung erteilt.

Die fremdsprachige Presse des Generalgouvernements ließ weite Kreise des einheimischen Volkstums an dem Tagesgeschehen teilnehmen. Dies konnte freilich nur in einem Sinne verwirklicht werden, der unseren eigenen politischen Zielsetzungen und Wünschen entspricht. Daß die fremdsprachige Presse dem Wirkungsbereich der Gerüchte der Feindpropaganda zu entziehen war, soweit dies unter Berücksichtigung der allgemeinen politischen Lage überhaupt menschenmöglich ist, versteht sich von selbst. Die in stiller und selbstloser Tätigkeit von Deutschen gelenkten fremdsprachigen Zeitungen des Generalgouvernements haben dabei keine Möglichkeit versäumt, unter der einheimischen Bevölkerung des Generalgouvernements das Vertrauen zur der deutschen Führung und zu den von ihr für nötig befundenen Maßnahmen und Anordnungen zu werben. Nur so kann die einheimische Bevölkerung dieses Raumes Verständnis für die allgemeineuropäische Solidarität der Arbeit und die Notwendigkeit der Abwehr aller zerstörenden negativen Einflüße europafeindlicher politischer Systeme gewinnen.

Im

Im nichtdeutschen Schulwesen wurde vor allem der Volksschule als der elementaren Vorstufe des Berufsschulwesens alle Beachtung geschenkt. In kürzester Zeit sind für 1,5 Mill. polnischer Kinder rund 9 000 polnische Volksschulen aufnahmefähig hergerichtet und rund 23 000 polnische Lehrer eingesetzt worden. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten sind diese Schulen nicht nur äußerlich erhalten geblieben, sondern aus kriegsbedingten Anfängen heraus weiter entwickelt worden, so daß sie heute den natürlichen Bildungsaufgaben einer polnischen Volksschule voll und ganz entsprechend. Die polnische Volksschule wird, wie es ihrer Umgebung entspricht, als Bauernschule oder als Schule der Großstadt den in ihr Erzogenen ein ausreichendes elementares Wissen und praktisches Können mitgeben.

Das ukrainische Volksschulwesen, von dem bei der Gründung des Generalgouvernements nur schwache Spuren zu erkennen waren, ist der Stärke des ukrainischen Bevölkerungsanteiles entsprechend neu aufgebaut worden. Zur Zeit gibt es für rund 600 000 ukrainische Volksschüler 4 500 Volksschulen, in denen mehr als 1 000 Lehrkräfte in ihrer Muttersprache unterrichten.

Eine besondere Bedeutung kommt dem nichtdeutschen berufsbildenden Schulwesen zu, soweit es der Charakter dieser Schulen erlaubt, sind sie in die kriegs- und lebensnotwendige Produktion einbezogen worden, ebenso wie das landwirtschaftliche Schulwesen, das einen besonderen Ausbau erfahren hat. Fast in jedem Kreis besteht eine niedere Landwirtschaftsschule für Jungen, viele Kreise besitzen auch eine solche für Mädchen.

Praktischen und von der Notwendigkeit des Krieges diktierten Erwägungen entsprang auch der Versuch, höherwertige Fachkurse zur Ausbildung eines nichtdeutschen Nachwuchses einzurichten. So wurden medizinische, naturwissenschaftliche, tierärztliche, forstliche, landwirtschaftliche und technische Fachkurse geschaffen.

Eine

Eine stattliche Anzahl von Ärzten, Tierärzten, landwirtschaftlichen Betriebsführern usw. konnte bereits von der Verwaltung des Generalgouvernements nutzbringend eingesetzt werden.

d) Hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung der einheimischen Bevölkerung steht die Seuchenbekämpfung an erster Stelle. Zur Fleckfieberbekämpfung sind seit dem Beginn der deutschen Verwaltung weit über 100 Seuchenkrankenhäuser neu errichtet worden. Zahlreiche feste Entlausungsanstalten wurden neu erbaut, über tausend transportable Entwesungskammern wurden zusätzlich aus dem Altreich in das Generalgouvernement eingeführt. So stehen z.B. im Distrikt Warschau gegenwärtig 254 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 27 800 Personen zu Verfügung. Vor der Errichtung des Generalgouvernements waren lediglich 15 Anstalten mit einer Tageskapazität von 1 790 Personen vorhanden. In allen Kreise sind Entwesungstrupps an der Arbeit, die verlausten Personen, Wohnungen, Einrichtungsgegenstände, Kleider, Wäsche usw. zu entwesen und die notwendigen Desinfektionen bei Infektionskrankheiten vorzunehmen. Die Fleckfieberimpfstoffproduktion wird laufend gesteigert. Neuerdings wird Fleckfieberimpfstoff außer in dem Warschauer staatlichen Institut auch in dem Fleckfieberinstitut der Behringwerke in Lemberg, das im Monat Dezember 1942 durch den Herrn Generalgouverneur eröffnet wurde, in großem Ausmaß hergestellt. Durch diese planmäßige Bekämpfung des Fleckfiebers ist es geglückt, diese gefährlichste Seuche niederzuhalten. Während 1942 noch ca. 90 000 Einwohner an Fleckfieber erkrankten, waren es in den ersten 34 Wochen des Jahres 1943 nur noch 21 000.

Eine kaum weniger gefährliche Seuche, die imGeneralgouvernement ebenfalls im Verhältnis zum Reich sehr verbreitet ist, ist der Bauchtyphus. Durch Verordnung des Herrn Generalgouverneurs ist die zwangsweise Schutzimpfung

impfung aller Bewohner des Generalgouvernements eingeführt worden. Die Erfahrungen des Heeres im Weltkrieg lassen mit größter Sicherheit erwarten, daß durch diese allgemeine Impfung der Typhus weitgehend eingedämmt wird.

Zu den gefährlichen Seuchen ist weiterhin die stark verbreitete ägyptische Augenkrankheit, das Trachom, zu nennen. Schwere Fälle von Trachom-Erkrankungen werden in besonderen Trachomkrankenhäusern auf Staatskosten behandelt und geheilt. Auch diese Seuche wird in absehbarer Zeit endgültig beseitigt sein.

Wegen der teilweise unmöglichen hygienischen Zustände im Generalgouvernement mußte es sich die Hauptabteilung Gesundheitswesen angelegen sein lassen, an allen Orten ein gutes, hygienisch einwandfreies Trinkwasser zu schaffen. Die hierzu notwendigen Arbeiten werden in dem Institut für Orts- und Siedlungshygiene geleistet.

Die Arbeit der deutschen Verwaltung auf dem Gebiete des Krankenhauswesens wird am besten durch folgende zahlenmäßige Gegenüberstellung der in den Jahren 1940, 1942 und 1943 im Generalgouvernement vorhandenen Krankenhäuser beleuchtet. Es waren im Generalgouvernement vorhanden:

1940 ohne Galizien	128	Krankenhäuser	mit	17.000 Betten
1942 " "	156	"	"	24.537 Betten

durch die Eingliederung Galiziens kamen
92 Krankenhäuser mit 10 700 Betten hinzu.

1943 bestehen insgesamt
276 Krankenhäuser mit rd. 40 000 Betten für Nichtdeutsche und
4 Krankenhäuser mit 1 000 Betten für Deutsche.

e)

e) Die besondere Aufmerksamkeit der deutschen Verwaltung galt dem Nichtdeutschen, der als Angestellter oder Arbeiter im deutschen Interesse arbeitet. Den Arbeitsfrieden stellt das Arbeitsrecht des Generalgouvernements unter Ablösung von den vorgefundenen individualistischen Grundlagen her. Die über 100 inzwischen ergangenen Tariferordnungen bilden ein in sich geschlossenes tragfähiges Arbeitsrecht. Mit diesem Tarifwerk sind zum ersten Mal im Weichselraum einheitliche aufeinander abgestimmte Arbeitsbedingungen geschaffen worden. Die tariflichen Bestimmungen sind so gestaltet, daß die Beschäftigten in der Lage sind, durch vermehrte Leistung den Lohn mit Hilfe von Akkorden und Prämien auf eine den Lebenshaltungskosten gerecht werdende Höhe zu bringen.

Ein besonderer Vertrauensbeweis der deutschen Führung ist die von der Ostbahn herausgebrachte Dienstordnung für die planmäßigen Eisenbahner der Ostbahn. Das Dienstverhältnis der planmäßigen Eisenbahner, für die auf wichtigem Posten eingesetzten Bediensteten vorgesehen, stellt in vielerlei Hinsicht eine Wiederherstellung des Dienstverhältnisses der etatsmäßigen Bediensteten der ehemaligen polnischen Staatsbahnen dar und soll nach und nach in ein beamtenmäßiges Verhältnis ausgebaut werden. Bereits jetzt sind wichtige Vorteile damit verbunden: Kündigungsschutz, feste monatliche Gehaltszahlung im voraus, Weiterzahlung des Gehaltes bei Krankheit, erhöhter Urlaub, Sicherung von Versorgungsbezügen bei Zuruhesetzung. Bisher sind etwa 8 000 Ernennungen ausgesprochen worden.

Den Opfern der Arbeit hilft die polnische Sozialversicherung. Sie wurde in allen Zweigen der Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Angestelltenversicherung fortgeführt. Durch Barzuwendungen und einen neu organisierten ärztlichen Dienst mit nahezu 2 000 Ärzten hat die Sozialversicherung weiter Kreise der polnischen

Bevölkerung

117

Bevölkerung vor bitterer Not bewahrt. Besondere Fürsorge aus den Mitteln der Sozialversicherung erhalten die Familienangehörigen der im Reich tätigen Arbeiter sowie die Arbeiter selbst, wenn sie infolge Krankheit oder Unfall ins Generalgouvernement zurückkehren.

Neben der Sozialversicherung, die die Opfer der Arbeit betreut, ist eine umfangreiche Militärversorgung zur Betreuung der Opfer des Krieges aufgebaut worden. Mit einem Jahresaufwand von über 70 Mill. Zloty werden über 70 000 nichtdeutsche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene versorgt.

f) Die Behörden des Generalgouvernements, insbesondere die Personalverwaltungen der Regierung, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten haben alle Anstrengungen gemacht, um den nichtdeutschen Dienstangehörigen ihren und ihrer Familienmitglieder Unterhalt zu ermöglichen, zumal die Gehälter sich aus kriegsbedingten Gründen auf einer an sich niedrigen Höhe halten müssen. Durch Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Konsumverein, wie z.B. im Distrikt Warschau, Schaffung einer regelmäßigen Mittagsverpflegung in fast allen Dienststellen, wurden die Lebensbedingungen der nichtdeutschen Dienstangehörigen entscheidend verbessert.

g) Nach mühevoller Aufbauarbeit im landwirtschaftlichen Bereich ist es der deutschen Verwaltung neuerdings gelungen, die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung so zu gestalten, daß der arbeitende Fremdvölkische nicht mehr genötigt ist, in zeitraubenden Bemühungen seine und seiner Familie Versorgung auf dem freien Markt zu befriedigen. Es wird aber auch weiterhin das Bemühen der Regierung sein, den fremden Arbeiter durch geregelte Zuteilung seiner Versorgungsgüter und sonstige Einrichtungen zu befähigen, seine Arbeitskraft voll und ungeschmälert dem deutschen Aufbauwerk zur Verfügung zu stellen. Sind diese äußeren

Voraussetzungen geschaffen, so wird es umso leichter sein, denjenigen auszumerzen, der seine Arbeitskraft böswillig nicht zur Verfügung stellt oder gar gegen die deutschen Interessen sich betätigt.

Nach 4 Jahren Verwaltung des Generalgouvernements besteht jedenfalls durchaus Veranlassung, den nichtdeutschen Dienstangehörigen dieser Verwaltung Anerkennung für ihre Dienste auszusprechen.

II. 3. Die konkreten Leistungen des Generalgouvernements für das Reich.

Was das Generalgouvernement an konkreten Leistungen für das Reich, vor allem für die Wehrmacht des Reiches, erbracht hat, ist gewaltig und konnte unter den Voraussetzungen, die hier vorgefunden wurden, nicht im entferntesten erwartet werden.

a) An der Spitze stehen hier die Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Während noch im Jahre 1939/40 das Reich dem Generalgouvernement für die Versorgung insbesondere der Großstadt Warschau leihweise 130 000 t Getreide zur Verfügung stellen mußte, wurden bereits im Jahre
1940/41 an das Reich geliefert:

	121 000 t	Kartoffeln
	4 500 t	Zucker
	7 510 t	Vieh
und	800 t	Fette.

1941/42 wurden an das Reich geliefert:

	53 000 t	Getreide
	134 000 t	Kartoffeln
	4 465 t	Zucker
	21 498 t	Vieh
und	900 t	Fette.

1942/43

118

Voraussetzungen geschaffen, so wird es umso leichter sein, denjenigen auszumerzen, der seine Arbeitskraft böswillig nicht zur Verfügung stellt oder gar gegen die deutschen Interessen sich betätigt.

Nach 4 Jahren Verwaltung des Generalgouvernements besteht jedenfalls durchaus Veranlassung, den nichtdeutschen Dienstangehörigen dieser Verwaltung Anerkennung für ihre Dienste auszusprechen.

II. 3. Die konkreten Leistungen des Generalgouvernements für das Reich.

Was das Generalgouvernement an konkreten Leistungen für das Reich, vor allem für die Wehrmacht des Reiches, erbracht hat, ist gewaltig und konnte unter den Voraussetzungen, die hier vorgefunden wurden, nicht im entferntesten erwartet werden.

a) An der Spitze stehen hier die Leistungen der Ernährungs- und Landwirtschaft. Während noch im Jahre 1939/40 das Reich dem Generalgouvernement für die Versorgung insbesondere der Großstadt Warschau leihweise 130 000 t Getreide zur Verfügung stellen mußte, wurden bereits im Jahre
1940/41 an das Reich geliefert:

	121 000 t	Kartoffeln
	4 500 t	Zucker
	7 510 t	Vieh
und	800 t	Fette.

1941/42 wurden an das Reich geliefert:

	53 000 t	Getreide
	134 000 t	Kartoffeln
	4 465 t	Zucker
	21 498 t	Vieh
und	900 t	Fette.

1942/43

1942/43 sind die entsprechenden Zahlen:

	630 000	t Getreide
	520 000	t Kartoffeln
	28 666	t Zucker
	55 000	t Vieh
und	7 500	t Fette.

Für 1943/44 sind folgende Reichslieferungen geplant:

	450 000	t Getreide
	525 000	t Kartoffeln
	20 000	t Zucker
	40 000	t Vieh
und	7 700	t Fette.

Was namentlich diese letzteren Zahlen im Hinblick darauf, daß das Generalgouvernement nun selbst eine allgemeine Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung durchführen muß, beinhalten, läßt sich gar nicht hoch genug veranschlagen.

b) Die Forst- und Holzwirtschaft hat in den vergangenen 4 Jahren für die Ausfuhr nach dem Reich, für die Bauprogramme der Ostbahn, für das oberschlesische Grubenrevier sowie für die Versorgung der kämpfenden Truppen rund 25 v.H. des Nutzholzaufkommens, nämlich 4,6 Millionen Festmeter, aufgebracht.

c) Daneben hat sich das Generalgouvernement nach Kräften in den Dienst der Kriegsrüstung des Reiches gestellt. Wenn auch aus erklärlichen Rücksichten hierzu kein umfassendes Zahlenmaterial gegeben werden soll, so zeigt doch allein das Beispiel des Distrikts Warschau, welche Anstrengungen auf diesem Gebiet des Ausbaues der Kriegsproduktion gemacht worden sind:

Es gab in Distrikt Warschau Mitte 1943 bereits 31 große W-Betriebe und weitere 43 vom Rüstungskommando beaufsichtigte Betriebe. Die Belegschaft der Rüstungsfabriken ist von 1 600 Mann 1939 auf 65 000 Mann 1943 gestiegen. Der Auftragsbestand, der Ende 1939 nur 19,8 Millionen Zloty betrug, machte Mitte 1943 bereits 480 Millionen Zloty aus.

d)

d) Trotz dieses ständig wachsenden eigenen Wirtschaftsvolumens hat das Generalgouvernement noch gewaltige Mengen von Arbeitskräften in das Reich abgestellt.
Im Jahre 1939 wurden 40 000,
im Jahre 1940 302 000,
im Jahre 1942 399 000 Arbeitskräfte
nach Deutschland abgegeben. Insgesamt wurden vom September 1939 bis Ende August 1943 1 124 000 Arbeitskräfte nach dem Reich vermittelt. Das sind Zahlen, die für sich sprechen !

e) In diesem Zusammenhang muß auch der Arbeit gedacht werden, die von dem unter der Leitung deutsche Arbeitsdienstführer stehenden Baudienst durchgeführt wurde. Der Ausbau des Ostbahnnetzes als Haupttransport- und Nachschubstrecke der Wehrmacht sowie der Ausbau der Nachschubstraßen stand neben unmittelbarem Wehrmachtseinsatz und dem Einsatz in der Rüstungsindustrie. Die auf den Baustellen gezeigten Leistungen haben sich ständig gesteigert und übertreffen heute in vielen Fällen die Arbeitsleistungen in der freien Wirtschaft.

Versuchsweise im Jahre 1940 im Distrikt Krakau mit 5 000 Mann begonnen, steigerte sich der Einsatz des Baudienstes durch Einbeziehung weiterer Distrikte bis zu einer Gesamteinsatzstärke von 50 000 Mann im Jahre 1943. Insgesamt wurden bisher 19 Mill. Tagewerke abgeleistet.

f) Im Generalgouvernement, dem Durchgangsgebiet zur größten Front aller Zeiten, mußte das Verkehrs- und Nachschubwesen tadellos funktionieren. Die Ostbahn hat die ihr damit gestellte Aufgabe gelöst. Einige Zahlen mögen das Ausmaß der Warenaustausch- und Nachschubbewegungen verdeutlichen:

Im deutsch-sowjetischen Warenaustausch von 1939 bis 1941 wurden insgesamt befördert:

aus

aus der UdSSR. 637 Züge mit Getreide,
679 Züge mit Öl,
1 051 Züge mit sonstigen Gütern;

nach der UdSSR. 3 058 Züge mit Kohle,
70 Züge mit sonstigen Gütern.

Anschließend an den Polenfeldzug liefen die Heimkehrer- und Umsiedlertransporte, die bei ihrem großen Umfang und im strengen Winter größte Anforderungen an das Betriebspersonal stellten.
Es wurden umgesiedelt
im Jahre 1939
Wolhynien- und Galiziendeutsche:
124 000 Personen mit 24 000 Pferden und 13 000 Wagen,
Polen und Juden:
90 000 Personen;
im Jahre 1940 insgesamt:
268 900 Personen (Nordbuchenländer, Volksdeutsche aus dem Gebiet San-Weichsel, Polen und Juden).
Das Jahr 1942 brachte die Rekordzahl im Sonderverkehr mit insgesamt 1 641 Sonderzügen mit 2 460 000 russischen und polnischen Arbeitern.

g) Neben dem eigentlichen Nachschub wird auch noch die gesamte Feldpost für den mittleren und südlichen Frontabschnitt durch das Generalgouvernement geschleust und alle von der Front zurückkommende Post in den Großbriefverteilstellen Krakau und Warschau auf die einzelnen Postorte in Deutschland umgearbeitet. Auf dem Fernmeldegebiet liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Deutsche Post Osten hat ihre Aufgabe, Nachrichtenbrücke zwischen Ostfront und Heimat zu sein, getreu erfüllt und ihren Anteil zu dem stolzen Beitrag des Generalgouvernements, die Voraussetzungen für eine siegreiche Beendigung des Krieges mitzuschaffen, geleistet.

h)

k

h) Ich komme zu den gewaltigen Lieferungen der Generaldirektion der Monopole an die Wehrmacht. Es gingen an die Front

jährlich rund 3,6 Milliarden Zigaretten der besten Preisklassen mit einem Wert von jährlich rund 400 Millionen Zloty,

außerdem

jährlich über 700 Mill. Konsumzigaretten im Werte von rund 22 Mill. Zloty hauptsächlich an die im Reich befindlichen Kriegsgefangenen.

Dazu kamen

monatlich 400 000 Liter Trinkbranntwein.

i) Neben dieser materiellen Versorgung der kämpfenden Front ist die Truppenbetreuung stets besonders gepflegt worden.

Das Generalgouvernement kann von sich behaupten, die ersten Truppenbetreuungsmaßnahmen in diesem Kriege durchgeführt zu haben. Die Einrichtung von Schallplatten- und Radioübertragungsanlagen in Truppenunterkünften und Lazaretten, die Betreuung der Einheiten mit Film, Theater, und Musik, die Errichtung zahlreicher Büchereien verdienen besondere Hervorhebung. Seit dem Beginn des Ostfeldzuges hat die Truppenbetreuung größten Umfang angenommen.

k) In ganz besonderem Maße nahm sich das Generalgouvernement der deutschen Jugend im Reich, insbesondere der Jugend in den vom feindlichen Bombenterror schwer heimgesuchten Gebieten an, indem es in seinen herrlichsten und gesündesten Gegenden, wie der Tatra, den Beskiden und den Karpaten, Kinderlandverschickungslager schuf. Eingerichtet im Dezember 1942, übernahm die Kinderlandverschickung im Generalgouvernement schon im Januar 1943 den ersten Transport aus dem Reich. Seither wurden bis zum 1. Oktober dieses Jahres in 14 Transporten über 6 000 Kinder in 12 Standorten mit jeweils mehreren Lagern aufgenommen; 1 800 Kinder wurden bereits wieder zurückgeleitet.

Für

Für die gesundheitliche Betreuung der Kinder wird zum Teil durch eigene Ärztinnen in 2 Hilfskrankenhäusern, 3 Kranken- und 3 Isolierstationen sowie in 4 Genesungslagern mit insgesamt 395 Betten gesorgt. Die Errichtung weiterer Standorte ist geplant. In Ausführung befindet sich bereits eine im Kurbad Rabka angelegte Kinderstadt zur Unterbringung von 5 000 weiteren reichsdeutschen Kindern.

Ich darf nun zu dem Dritten Teil meines Berichts über - gehen und

III. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren

behandeln.

1. Ernährung und Landwirtschaft

Eine Rückschau auf die vierjährige Aufbauarbeit auf dem Gebiete der Ernährungs- und Landwirtschaft zeigt ein in jeder Beziehung erfreuliches Bild. Mit Hilfe einer straffen Führungsorganisation und einer vielgestaltigen neuen Agrarrechtsordnung mit mancherlei originellen Rechtsschöpfung ist hier eine Aufbauarbeit geleistet worden, wie sie kaum für einen anderen Zeitabschnitt der Geschichte dieses Raumes nachweisbar sein wird.

Es ist bekannt, daß sich das Generalgouvernement größtenteils aus solchen Gebieten des ehemaligen polnischen Staates zusammensetzt, die landwirtschaftlich minderwertig und Zuschußgebiete waren. In diese Gebiete waren zur Zeit des Bestehens des polnischen Staates jeweils rund 3/4 Millionen t Getreide als Zuschuß hereingeschleust worden, weil die Eigenerzeugung zur vollen Versorgung der großen Verbrauchszentren

Warschau

Warschau, Lemberg, Krakau nicht ausreichte. Dieser katastrophale Zustand der polnischen Landwirtschaft war nur zum kleinen Teil durch unmittelbare Auswirkungen des Krieges verursacht. Entscheidend war vielmehr die völlig verfehlte Agrarpolitik der polnischen Staatsführung gewesen, die die beabsichtigte wirtschaftliche und militärische Aufrüstung auf Kosten der Landwirtschaft durchführen zu können glaubte und sie durch die Bindung an die Weltmarktpreise dem internationalen Börsenspiel auslieferte. Die durch den Zusammenbruch der Preise bedingte gänzliche Unrentabilität zwang die Landwirtschaft zu extensiver Bodennutzung und zum Leben von der Substanz. Verfallene Wirtschaftsgebäude, hungerndes Vieh, veraltete und ungepflegte Geräte und Maschinen und schlecht bestellte Felder waren das äußere Bild dieser Politik.

Die Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements standen daher im Herbst ve 1939 vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Die Jahreszeit forderte die sofortige Inangriffnahme der Herbstbestellung und der sonstigen Vorarbeiten für die nächste Ernte. Im wesentlichen auf sich selbst angewiesen, gingen diese Männer an den Aufbau, und im Herbst 1939 wie im Frühjahr 1940 gelang es fast ausnahmslos, den Boden zu bestellen.

Die harten Winter von 1940/41 und 1941/42 überstand das Generalgouvernement dank planmäßiger Arbeit ohne schwere Ausfälle, obwohl dem durch die Russenherrschaft devastierten Distrikt Galizien weitgehende Hilfe durch Abgaben von Menschen und Betriebsmitteln aller Art geleistet werden mußte.

Für das Wirtschaftsjahr 1942/43 konnte erstmalig eine Erzeugungsschlacht proklamiert werden, die - unter den Schutz einer besonderen Verordnung des Herrn Generalgouverneurs gestellt - die Landwirtschaft als den grundlegenden und entscheidenden Wirtschaftszweig dieses Raumes in Erscheinung treten ließ.

Eine

125

Eine Übersicht über die wichtigsten Erfassungszahlen seit dem Jahre 1939 macht dies deutlich. Während noch 1939 - wie bereits erwähnt - das Reich 130 000 t Getreide leihweise dem Generalgouvernement überlassen mußte, um die Versorgung während des Winters 1939/40 sicherzustellen, wurden

1940/41 bereits

454 914	t	Getreide
552 117	t	Kartoffeln
43 325	t	Vieh
8 573	t	Fette

erfaßt.

1941/42 konnten diese Zahlen gesteigert werden auf

700 840	t	Getreide
785 506	t	Kartoffeln
70 003	t	Vieh
16 875	t	Fette.

1942/43 wurden erfaßt:

1 230 385	t	Getreide
1 590 000	t	Kartoffeln
110 000	t	Vieh
20 868	t	Fette.

Aus der Ernte 1943/44 werden erwartet:

1 600 000	t	Getreide
2 150 000	t	Kartoffeln
109 000	t	Vieh
31 400	t	Fette.

An diesen außerordentlichen Erfolgen haben auch die fremdvölkischen Helfer der deutschen Führung, insbesondere die Agronomen beachtlichen Anteil, den wir gerne anerkennen.

Gerade die breite Masse der Bauern, bis hinunter zum Klein- und Kleinstbetrieb, ist den Weisungen der deutschen landwirtschaftlichen Führung im allgemeinen willig gefolgt. Dabei hat sich die Einrichtung sog. Beispielswirtschaften, von denen allein der Distrikt

Lublin

Lublin 3432 bisher geschaffen hat, besonders erfolgreich ausgewirkt. Der Bauer dieses Raumes fühlt offenbar, daß erstmalig in seiner wechselvollen harten Geschichte eine Regierung sich seiner annimmt, sich um sein Schicksal kümmert, ihm beratend und helfend zur Seite steht, wie er durch bessere Arbeit und durch bessere Leistung zu besseren Lebensbedingungen kommen könne.

2. Forst- und Holzwirtschaft; Jagd

Auf dem Gebiete der Forst- und Holzwirtschaft wurden ähnlich ungünstige Verhältnisse vorgefunden wie im Bereich der Ernährungs- und Landwirtschaft.

a) Die anhaltend schlechte Finanzlage des Staates in Verbindung mit jüdischer Wirtschafts- und Ausbeutungspolitik, ferner eine unzulängliche Gesetzgebung und Forstverwaltung haben immer neue Waldflächen der Rodung ausgeliefert. In den zwei Jahrzehnten des Bestandes des polnischen Staates wurden etwa 1 Million ha Waldfläche geschlagen und an ihre Stelle traten ertragsarme Bodenflächen und Ödländereien mit den bekannten Folgen von Verkarstung und Überschwemmungen. Die gesamte Waldfläche des Generalgouvernementsbeträgt heute noch rund 3 Millionen ha, so daß von der Gesamtfläche des Generalgouvernements mit über 14 Millionen ha auf den Waldanteil noch nicht 20 v.H. treffen. In den 4 verflossenen Jahren ergab die Holznutzung einen Gesamtbetrag von rund 18 Millionen Festmeter Nutzholz und rund 7 Millionen Festmeter Brennholz, zusammen also rund 26 Millionen Festmeter Nutzholz.

Dieser Holzeinschlag entsprichteiner Kahlfläche von rund 87.000 ha. Demgemäß mußte alle Aufmerksamkeit einer sachgemäßen Aufforstung zugewandt werden. In den letzten 4 Jahren wurden nahezu eine halbe Milliarde Forstpflanzen verschiedenster Holzarten ausgesetzt.

Der Stand der gegenwärtig in der Forstwirtschaft Beschäftigten beläuft sich auf rund 130 000 Peronen.

Das

127

Das Waldbahnnetz wurde mit 130 km neuer Strecken nicht unerheblich ausgebaut.

Den forstlichen Nebennutzungen wurde große Sorgfalt zugewendet. Hier handelt es sich vor allem um die Gewinnung von Rohharz und die Erzeugung von Kolophonium, Terpentin und Holzkohle; die Stockholzdestillation liefert in zunehmendem Maße Terpentinöl, Teer und Teeröl. Eine spürbare Entlastung der Ernährungswirtschaft brachte die Steigerung der Waldbeeren- und Pilzernte, die im Jahre 1942 beinahe das Vierfache gegenüber derjenigen im Jahre 1941 betrug. Besondere Wichtigkeit kommt der Torferzeugung zu; die Torfausbeute konnte von 100 000 Tonnen im Jahre 1941 auf 300 000 Tonnen im Jahre 1942 erhöht werden; im Jahre 1943 war bereits am 1. August ein Stand von 300 000 Tonnen erreicht.

b) Auf dem Gebiete der Holzwirtschaft wurden durch die Ausmerzung jüdischen Einflusses, die Verlagerung der Produktion auf zuverlässige deutsche Einsatzfirmen und durch zahlreiche Betriebsverbesserungen wesentliche Fortschritte erzielt. Die Stillegung von nahezu 500 unrentablen oder nicht kriegswichtigen Betrieben steigerte die Leistungskapazität der noch arbeitenden Werke erheblich.

Mit der Verknappung des flüssigen Treibstoffes erwuchs der Holzwirtschaft eine neue Aufgabe durch die Errichtung von Holztankstellen zur Versorgung von rund 2 000 auf Holzgas umgebauten zivilen Motorfahrzeugen mit Tankholz.

c) Auf dem Gebiete des Jagdwesens wurde infolge der Kriegswirren und des strengen Winters 1939/40 im Distrikt Galizien infolge der Russenherrschaft ein stark dezimierter Wildbestand vorgefunden. Aber die gleich in Angriff genommene Festlegung des Jagdrechts im Verein mit der Schaffung einer deutschen Jagdverwaltung hat diese Entwicklung aufgehalten und den Wiederaufbau eines neuen Wildbestandes ermöglicht.

Das

Das Generalgouvernement ist z.Zt. in 1 400 Jagdbezirke eingeteilt, deren jeder einem deutschen Jäger übertragen ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd ist nicht zu unterschätzen; so wurden z.B. allein im Jagdjahr 1942 rund 330 000 kg Wildbret abgeliefert und dem Pelzmarkt z.B. 2 500 Fuchsbälge zugeführt. Die Erfassung der anfallenden Wilddecken und Edelpelze macht wachsende Fortschritte; so sind im laufenden Jagdjahr bereits 1 500 Rehdecken in den Handel gekommen.

In diesem Zusammenhang sei auch des Einsatzes des Forstschutzkorps gedacht, dem die Sicherung der forstlichen Dienststellen und holzwirtschaftlichen Betriebe sowie die Bekämpfung des Forst- und Jagdfrevels obliegt. Das Forstschutzkorps widmet sich auch der fachlichen Schulung nichtdeutscher Forstbeamten und Waldarbeiter; bisher haben 37 000 Personen ihre arbeitstechnische Ausbildung durch das Forstschutzkorps erhalten. Bei Ausübung ihres schweren Dienstes sind bisher 18 Forstschützen gefallen oder verstorben.

. Gewerbliche Wirtschaft.

Die Aufstiegsgrundlagen der gewerblichen Wirtschaft waren in diesem Raume besonders ungünstig, da die polnischen Wirtschaftsformen und Wirtschaftsmittel, verglichen mit den Verhältnissen im Reich, ausserordentlich rückständig waren.

a) So galt es z.B. im Bergbau, zunächst die technischen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung der Grubenförderung zu schaffen. Dies ist in verhältnismäßig kurzer Zeit in einer Weise gelungen, daß der Bergbau des Generalgouvernements trotz seines verhältnismäßig bescheidenen Gesamtvolumens als ein gewichtiger Faktor bei der allgemeinen Kriegsproduktion mitspricht.

Das Amt für Bodenforschung hat sich um die Erforschung und Erschließung der Bodenschätze sowie um die

geologische

geologische Landesaufnahme in besonderer Weise verdient gemacht.

b) Die Industrie stand seit Kriegsbeginn, vor allem aber seit Ende 1942 unter dem Zeichen verschärfter Anspannung. Die Rüstungswirtschaft wurde laufend erweitert, die Reichsaufträge stiegen, die Industrieverlagerung begann sich auszuwirken.

Der Mangel an Arbeitskräften, Rohstoffen und Maschinen machte eine durchgreifende Durchkämmung sämtlicher gewerblicher Betriebe erforderlich. Allein im Distrikt Radom hat die Betriebsbereinigung die vor dem Kriege bestehenden 1 500 Industriebetriebe mit rund 40 000 Beschäftigten auf rund 500 brauchbare und entsprechend verbesserte Betriebe reduziert, denen nunmehr 50 000 Arbeiter zugewiesen werden konnten. Diese Bereinigungsmaßnahmen gilt es auch bei den verbleibenden Betrieben fortzusetzen, da Produktionsprogramm und Herstellungswege vielfach unzweckmäßig ausgebildet sind. Durch Schulungskurse, durch Einführung eines einheitlichen neuzeitlichen Rechnungswesens sowie durch Einführung von Reichsnormen wird soweit als möglich eine Angleichung an die industriellen Verhältnisse im Reich erstrebt.

Neben dieser Aufbauarbeit nimmt die laufende Überwachung der Produktion einen wichtigen Platz ein; hierzu rechnet z.B. die Ausstattung der Arbeiterschaft mit allem Lebensnotwendigen, die Versorgung der Betriebe mit Roh- und Brennstoffen, die Sicherung der erforderlichen Arbeitskräfte und die Sicherung eines reibungslosen Absatzes.

c) Auch im Bereich des Handwerks sah sich die deutsche Wirtschaftsverwaltung vor neue Aufgaben gestellt. Die handwerkliche Struktur im Generalgouvernement ist eine völlig andere als im Reich. Das Kleingewerbe konzentriert sich in den Städten und erfüllte dort Aufgaben,

die

die in Deutschland zum Teil längst an die Industrie übergegangen sind. Hier galt es, zur Einsparung von Arbeitskraft und Material durchgreifend zu konzentrieren. Demzufolge wurde eine Organisation geschaffen, die durch Bildung von Produktionsringen das Handwerk in die Lage setzt, Großaufträge, die von einzelnen Handwerkern nicht übernommen werden können, auszuführen.

Die Förderung des Handwerkernachwuchses durch Abkürzung der Ausbildungszeit unter Mitarbeit der Innungen, durch Umschulungskurse und Handwerkerschulen ist durch die deutsche Verwaltung stark vorwärtsgetrieben worden.

d) Auf dem Gebiet des Handels fehlte es früher an einem leistungsfähigen und vertrauenswürdigen Großverteilerapparat. Unter Heranziehung deutscher Überseefirmen wurden für je eine oder zwei Kreishauptmannschaften Kreisgroßhandlungen eingerichtet, die sich nicht nur bei der normalen Verteilung, sondern auch in Sonderfällen, wie der Prämienwarenverteilung im Rahmen der Ernteerfassungsaktion, gut bewährt haben. Der Typus des polnischen Einzelhandelsgeschäftes war der Einmann- und Einraum-Betrieb, in dem es alles zu kaufen gab, dessen Umsatz jedoch nach deutschen Begriffen seinem Inhaber keine Existenzgrundlage bot. Im Verfolg der allgemeinen Entjudung der Wirtschaft wurde ein großer Teil dieser Geschäfte stillgelegt . Darüber hinaus wurde aber wird versucht, durch ein systematisches Bereinigungsverfahren den Einzelhandel in gesunde und fortschrittliche Bahnen zu lenken. Die Betriebsbereinigungsaktion außerhalb der Großstädte ist nunmehr im wesentlichen abgeschlossen.

e) Einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Ankurbelung der Wirtschaft leisteten die unter Treuhandverwaltung stehenden Betriebe. Aus diesen ca. 3 000 Betrieben konnten der Kriegsproduktion in beträchtlichem Umfang

Umfang Betriebseinrichtungen und Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden. Bei der Verwertung treuhänderisch verwalteter Unternehmen wurde eine größere Zahl in die Hand von Kriegsteilnehmern übergeführt; ferner wurde durch Bereitstellung solcher Unternehmen die Seßhaftmachung von Umsiedlern gefördert. Die unter Treuhandverwaltung stehende Erdölproduktion hat ihre Leistungen den kriegswirtschaftlichen Erfordernissen des Reiches angepaßt. Die Grundstücksverwaltung innerhalb der Treuhandverwaltung, umfaßt heute rund 110 000 Grundstücke mit einem Jahresmietsoll von 200 Millionen Zloty.

f) Als glückliche Ergänzung der staatlichen Wirtschaftsführung hat sich die Bildung von Kammern für die Gesamtwirtschaft im Generalgouvernement erwiesen, die der Herr Generalgouverneur durch Verordnung vom 3. März 1941 zur Neuordnung und Zusammenfassung der Selbstverwaltung im Bereichs der Gewerblichen Wirtschaft, der Ernährungs- und Landwirtschaft, der Forst- und Holzwirtschaft und der Arbeit verfügt hat. Unter Leitung des Regierungskommissars der Zentralkammer, dem die Regierungskommissare der Distriktskammern zur Seite stehen, hat sich diese Organisation bestens entwickelt und bereits wichtige Funktionen im Rahmen der Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements übernommen.

3. Arbeitseinsatz

Ein bestimmender Faktor der totalen Kriegsführung ist die Ordnung des Arbeitseinsatzes. Gerade in diesem Bereich zeigt sich die deutsche Aufbauleistung besonders eindrucksvoll. Während noch im September 1939 erste Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit war, konnte zu Beginn des Jahres 1940 mit der Großerfassung der arbeitslosen oder unterbeschäftigten Bevölkerung zunächst im Rahmen der Landarbeiteraktion für das Reich begonnen werden. Daneben aber galt es, den ständig wachsenden Vorhaben innerhalb des Generalgouvernements, zunächst der Holzindustrie, Erdölindustrie und des Verkehrswesens, ausreichende

chende

chende Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. Der beginnende Abwehrkampf gegen den Bolschewismus brachte den Arbeitsämtern erneute Kräfteanforderungen seitens der Wehrmachtdienststellen und insbesondere seitens der Ostbahn. Die sich anbahnende Auftrags- und Rüstungsverlagerung in das Generalgouvernement ließ vor allem den Bedarf an Metall- und Baufachkräften anschwellen. Durch Umschulung und systematische Betriebsauskämmung konnte der Bedarf, wenn auch nicht in völlig ausreichendem Maße, gedeckt werden. Die Bedeutung des Arbeitseinsatzes innerhalb des Generalgouvernements wird durch die Tatsache veranschaulicht, daß 1942 annähernd 1 Million Stellenvermittlungen von den Arbeitsämtern bearbeitet wurden. Die nächsten Aufgabe der Arbeitseinsatzverwaltung wird eine noch rationellere Bewirtschaftung der vorhandenen Arbeitskräfte sein, um weitere Kraftreserven, insbesondere Facharbeitskräfte, für das Reich und das Generalgouvernement freizustellen.

5. Verkehr

Eine besonders eindrucksvolle Darstellung des wirtschaftlichen Aufstieges im Generalgouvernement geben die Leistungen der großen Verkehrsträger.

a) Die Ostbahn betreibt und verwaltet zur Zeit rund 2 000 km zweigleisige, 4 500 km eingleisige und über 600 km Schmalspurbahnen. Die am Ende des Polenfeldzuges vorgefundenen Gleis- und Bahnhofsanlagen entsprachen in ihrem Umfang und Zustand den neuen Anforderungen in keiner Weise. Die durch den Feldzug hervorgerufenen Zerstörungen waren bis Ende 1939 durch behelfsmäßige Instandsetzungen im wesentlichen beseitigt. Bis zum Ende des Jahres 1940 konnten sodann sämtliche Strecken auf allen Gleisen wieder befahren werden. Die Zuspitzung der Lage gegenüber der Sowjetunion zwang im Herbst 1940 zu einem weiteren Ausbau des bisher nur auf wirtschaftliche Bedürfnisse eingerichteten Streckennetzes. Es

183

ist besonders bemerkenswert, daß dieses umfangreiche Bauprogramm in dem strengen Winter 1940/41 durchgeführt werden konnte. Bis Ende 1942 waren auch sämtliche Strecken in Galizien, die durch die Sowjets sowie durch zwei Hochwasserkatastrophen im August 1941 gründlich zerstört waren, wieder befahrbar. Nachdem das Generalgouvernement zur Brücke zwischen dem Reich und den neugewonnen Ostgebieten geworden war, galt es, das Netz der Ostbahn auf eine noch gewaltigere Leistungssteigerung auszubauen. 14 Millionen cbm Erdmassen wurden bisher bewegt, 900 km Gleise gelegt, 440 neue Brücken und Brückenverstärkungen mit 18 500 m Länge ausgeführt.

Im öffentlichen Güterverkehr wurden

1940 15,3 Millionen Tonnen,
1942 18,2 Millionen Tonnen

verfrachtet; im Personenverkehr wurden

1940 47,8 Millionen,
1942 127,5 Millionen

Reisende befördert. - Hier sei auch der zur Sicherung des Eisenbahngutes der Bahnanlagen und des Nachschubs dienenden Bahnschutzpolizei gedacht, die seit Bestehen der Ostbahn im unaufhörlichen Kampf mit Eisenbahnräubern und Bandengruppen steht und bisher einen Verlust von 30 Gefallenen und 41 Verwundeten zu beklagen hat.

b) Für die Deutsche Post Osten lagen die Verhältnisse 1939 ähnlich wie für die Ostbahn. Obgleich nach Beendigung der Kampfhandlungen das frühere polnische Nachrichtenwesen völlig desorganisiert darniederlag, ist es gelungen, im Laufe der vergangenen 4 Jahre die vergleichbaren Leistungen der ehemaligen polnischen Postverwaltung bei weitem zu übertreffen. So ist z.B. von 1940 bis 1942 der Briefverkehr von rund 360 Millionen auf rund 480 Millionen, der Paketverkehr von 3,10 Millionen auf ca. 5,30 Millionen und der Geldverkehr im Postscheckdienst von rund 3,5 Milliarden Zloty auf etwa 13,5 Milliarden gestiegen. Das Fernleitungsnetz hat

sich

sich von rund 95 000 km vor dem Kriege bis Ende Dezember 1942 auf etwa 350 000 km erweitert. Zur polnischen Zeit wurden in einem Jahr 6,3 Millionen Ferngespräche, im Jahre 1942 etwa 13 Millionen Ferngespräche vermittelt. Die Zahl der Telegramme hat sich von über einer Million vor dem Kriege auf über 4 Millionen im Jahre 1942 erhöht. -

Sowohl durch ihre Gebührenpolitik als auch durch ihre Bemühungen um die Verbesserung der organisatorischen und technischen Verhältnisse hat die Deutsche Post Osten bewiesen, daß für sie nicht der wirtschaftliche Erfolg, sondern die Schaffung eines leistungsfähigen Nachrichtenwesens im Dienst-e der Wehrmacht, der Verwaltung und der Bevölkerung im Vordergrund steht.

c) Auch der Strassenverkehr wurde in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt. Der ohnehin nur unzulängliche, durch Verschleppung nach dem weiteren Osten noch mehr verringerte Kraftfahrzeugbestand aus der Zeit vor dem Polenfeldzug wurde erfaßt, nach übergeordneten staatlichen Gesichtspunkten eingesetzt und durch Einfuhr aus dem Reich vermehrt. Unter Ausnutzung des Wald-, Torf- und Erdgasvorkommens wurde die Umstellung der Fahrzeuge auf Ausweichkraftstoffe durchgeführt; größere Verkehrsträger wie die Strassenverkehrs G.m.b.H. und die Karpathen-Transport A.G. wurden geschaffen. Trotz der Laderaumknappheit konnten auch in Zeiten größter Verkehrsbeanspruchungen die Transportbedürfnisse befriedigt werden. In neueingerichteten Fahrschulen wird für den Fahrernachwuchs, besonders auch für die Ausbildung von Fahrern auf Generatorfahrzeugen gesorgt. Da der im Generalgouvernement erworbene Führerschein auch im Reich gilt, bedeutet die Pflege des Fahrernachwuchses gleichzeitig einen Beitrag zum Arbeitseinsatz des Reiches.

d) Um das ganze Verkehrssystem des Generalgouvernements auf Schiene, Wasser und Straße zu einem schlagkräftigen Instrument des Kriegseinsatzes umzugestalten, plant der Herr Generalgouverneur bereits in den nächsten Wochen die Errichtung einer Hauptabteilung Verkehr anstelle der bisherigen Hauptabteilung Eisenbahnen. Diese unter der Führung des bisherigen Hauptabteilungspräsidenten Eisenbahnen stehende neue Hauptabteilung wird nach übergeordneten Gesichtspunkten und unter Ausschaltung jeglicher Überschneidungen und Reibungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern in rationeller Weise Eisenbahn, Binnenschifffahrt und Kraftwagen zum Einsatz bringen.

. Technische Verwaltung.

Das Generalgouvernement ist dank seiner geographischen Lage die Brücke zwischen dem mitteleurop-äischen Produktions- und Verkehrszentrum und den Rohstoffgebieten des Ostens und erhält damit verkehrspolitisch eine Aufgabe von besonderer Bedeutung.

a) Dieser Orientierung entsprach das Straßenverkehrsnetz des früheren polnischen Staates in keiner Weise. Vielmehr ist seinerzeit alles geschehen, um Polen durch eine einseitige Verkehrsausrichtung auf Warschau und die Ostsee von Deutschland und Russland abzuschliessen. Im Oktober 1939 übernahm die Straßenbauverwaltung nach Festlegung eines den neuen Bedürfnissen angepaßten Straßennetz rund 3 800 km Generalgouvernementsstraßen, 3 700 km Distriktsstraßen und 6 900 km Kreisstraßen. In Durchführung des neuen Straßenbauprogrammes wurden zunächst die west-östlichen Straßenzügen mit neuzeitlichen Straßendecken versehen und verbreitert, sowie entsprechende Brücken hergestellt. Diese Aufgabe war im August 1940 gelöst. Daneben entstanden eine Anzahl von Tal- und Flußübergängen, darunter 4 große Weichselbrücken.

Im Juli 1940 wurde als weiteres Straßenbauprogramm,

das

das sogenannte "Otto-Programm", in Angriff genommen, das zunächst den Ausbau von rund 990 km Straßen und später von weiteren rund 800 km vorsah. Mit der Eingliederung Galiziens fielen der Straßenbauverwaltung neue große Aufgaben zu. Besonders vordringlich war die Wiederherstellung aller Flußübergänge vom Alt-Generalgouvernement nach Galizien. Außerdem wurden im Herbst 1941 die Ausbauarbeiten an der Durchgangsstraße Lemberg-Tarnopol bis zur Grenze des Generalgouvernements, sowie eine Durchgangsstraße Lemberg-Brody in Richtung Kiew begonnen und z.T. schon vollendet. Neben diesen übergeordneten Bauvorhaben wurden noch eine erhebliche Anzahl kleinerer Ausbaumaßnahmen durchgeführt.

b) Auch auf dem Gebiet des Wasserbaues waren vordringliche Aufgaben zu lösen und zwar

1. die Herstellung eines für das gesamte Wachstum geeigneten Grundwasserstandes,
2. die Ausgestaltung der Weichsel und ihrer Nebenflüße als Schifffahrtswege,
3. die Ausnutzung der Wasserkräfte des Weichselgebietes zur Steigerung der Energieerzeugung.

Es wurden rund 240 000 ha entwässert, 5 600 ha drainiert, 9 200 ha umgebrochen, 220 km Deiche wurden neu geschüttet, 1 100 km Flußläufe reguliert und profilmäßig ausgebaut, 3 600 km Gräben neu geschaffen.

Nach der Räumung der Flußläufe von Brückentrümmern u.ä. wurden unverzüglich die Vorarbeiten für den Weichselausbau und die geplante Schifffahrtsverbindung nach Oberschlesien aufgenommen. Daneben wurden die vorhandenen Werften soweit instand gesetzt, daß die durch den Krieg schwer mitgenommene Weichselflotte wieder hergerichtet und neuer Schifferaum gebaut werden konnte.

c) Von größter Wichtigkeit ist die Energieversorgung des Landes und der in das Generalgouvernement verlagerten Rüstungsbetriebe des Reiches. Hierbei galt es

insbe-

137

insbesondere wegen des Fehlens genügender Steinkohlenvorkommen, ausreichender moderner Wärmekraftwerke und wegen des in den Anfängen stehengebliebenen Ausbaues der Wasserkräfte besondere Schwierigkeiten zu überwinden.

Die Arbeiten an der 1939 zu 50% fertiggestellten Talsperre Roznow wurden unter deutscher Leitung so gefördert, daß im September 1941 der Stausee gefüllt und daß im Dezember 1941 bereits der erste Strom abgegeben werden konnte. Seitdem sind rund 60 Millionen kWh erzeugt worden. Die aufgewandten Mittel betragen bisher 55 Millionen Zloty. Im Herbst 1942 wurde der Weiterbau der zu polnischen Zeiten begonnenen Ausgleichssperre Czchow eingeleitet. Diese Sperre wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 1944 in Betrieb genommen werden.

Durch planvolle Ordnung und restlose Ausschöpfung der vorhandenen brauchbaren Versorgungsmöglichkeiten ist es gelungen, die Energieversorgung den vordringlichsten Erfordernissen anzupaßen. Die Durchführung dieses energiewirtschaftlichen Programmes liegt in den Händen der von der Regierung gegründeten Ost-Energie-A.G. Auf dem Energiesektor konnte bis jetzt eine jährliche Erhöhung der Gesamterzeugung elektrischer Arbeit von 550 mio kWh und auf dem Gassektor eine zusätzliche Transportmöglichkeit durch Benutzung der neuen Rohrleitungen von durchschnittlich 400 Mio m³ erzielt werden.

7. Kreditwesen

Der Aufbau des Kreditwesens darf für die Dauer des Krieges als abgeschlossen gelten. Die Tätigkeit der Bankaufsichtsstelle für das Generalgouvernement begann mit der Erfassung des vorhandenen Kreditapparates, der auch schon vor dem Krieg verhältnismäßig unentwickelt war und durch den Krieg und die Aufteilung Polens völlig zurückgeworfen wurde. Die erste Maßnahme war die Wiederingangsetzung des Kreditgewerbes, vor allem

durch

durch Herstellung einer Vertrauensatmosphäre und durch Ordnungsmaßnahmen im Kreditgewerbe, wie die Beseitigung jüdischen Einflußes und unzuverlässiger Leitungen, durch Säuberung des Kreditgewerbes von nicht mehr lebensfähigen oder volkswirtschaftlich unerwünschten Kreditinstituten und schließlich durch Einführung eines Zahlungsaufschubs für Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit. Um die allgemeinen Voraussetzungen für den Wiederaufbau des Kreditwesens zu schaffen, mußte sodann Klarheit über die infolge der Kriegsverhältnisse eingetretenen Veränderungen geschaffen werden. Durch ein Abkommen mit dem Reich erhielt das Generalgouvernement einen Ausgleich, der überwiegend zur Wiedergutmachung der durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftsschäden verwendet wird. Darüber hinaus nimmt die Bankaufsichtsstelle wesentlichen Anteil, von der Seite des Kreditwesens her bei der allgemeinen Wirtschaftslenkung mitzuwirken. - Der Zufluß an Einlagen bei den Kreditinstituten von 66,9 Millionen im Herbst 1939 hat sich auf 1 Milliarde 697 Millionen im Juni 1943 erhöht. Am 31. August dieses Jahres erreichte die Summe der Einlagen erstmalig den Stand der Einlagen sämtlicher Kreditinstitute des alten Polen. Der Stand der Kredite betrug im Neugeschäft 1940 rund 118 Millionen, im Sommer 1943 bereits rund 1 Milliarde. Der größte Teil der Kredite entfällt auf den Handel, den Staat, öffentliche Körperschaften, die Industrie und die Landwirtschaft.

Ich komme nun zum Vierten Teile meines Berichts, der sich mit der

IV. Finanzlage des Generalgouvernements

befaßt.

Die Aufwärtsentwicklung, die das Wirtschaftsleben im Generalgouvernement in den vergangenen vier Jahren

zu

zu verzeichnen hatte, findet ihren besonderen Niederschlag in der Entwicklung der Finanzlage des Generalgouvernements.

1. Die Befürchtungen, die man anfänglich angesichts der Zerstörungen, die der Krieg über das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes gebracht hatte, für das Steueraufkommen hegte, erfüllten sich glücklicherweise nicht. Nach erfolgreicher Wiederbelebung von Industrie und Handel besserten sich schon im ersten Jahr die Steuereinnahmen und erreichte das Nettoaufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern im Rechnungsjahr 1940/41 die Höhe von 253,5 Millionen Zloty. Zum Vergleich sei angeführt, daß in dem gleichen Gebiet vor dem Krieg unter völlig normalen Wirtschaftsbedingungen ungefähr 350 Millionen Zloty aufgebracht wurden. Im Rechnungsjahr 1941/42 stieg das Nettoaufkommen auf 649 Millionen Zloty. In diesem Betrag ist das Aufkommen des Distrikts Galizien mit 42,6 Millionen Zloty enthalten. Im Rechnungsjahr 1942/43 stieg das Aufkommen weiter und erreichte 1,1 Milliarden Zloty. Von diesem Betrag entfallen auf den Distrikt Galizien 183,5 Millionen Zloty. Für das laufende Rechnungsjahr wird eine weitere Steigerung, vor allem im Distrikt Galizien, erwartet.

Die Einnahmen aus Zöllen und Verbrauchssteuern stiegen von rund 120 Millionen Zloty im Jahre 1940 auf rund 185 Millionen Zloty im Jahre 1941 und auf rund 206 Millionen im Jahre 1942.

Die Einnahmen aus den Monopolen erhöhten sich von rund 489 Millionen Zloty im Jahre 1940 auf rund 646 Millionen Zloty im Jahre 1941 und auf rund 922 Millionen Zloty im Jahre 1942.

An Verwaltungseinnahmen wurden 1940 8,6 Millionen Zloty erzielt, 1941 rund 13 Millionen Zloty und 1942 rund 43 Millionen Zloty.

Die Gesamteinnahmen des Generalgouvernements aus den erwähnten Einnahmequellen beliefen sich somit 1940

auf

140

auf rund 871 Millionen Zloty, 1941 auf rund 1,4 Milliarden Zloty und 1942 auf rund 2,2 Milliarden Zloty. Die Aufwärtsbewegung der Staatseinnahmen hält auch im Jahre 1943 an.

2. Diese Einnahmen sind in den ordentlichen Haushalten der Jahre 1940 bis 1943 erfaßt, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlußziffern zeigen:

1940	rund 1 Milliarde Zloty
1941	rund 1,7 Milliarden Zloty
1942	rund 2,7 Milliarden Zloty
und 1943	rund 3,6 Milliarden Zloty.

Daneben wurden für die Bewirtschaftung außerordentlicher Einnahmen und Ausgaben außerordentliche Haushalte aufgestellt, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlußziffern aufweisen:

1940	rund 278 Millionen Zloty
1941	rund 714 Millionen Zloty
1942	rund 477 Millionen Zloty
und 1943	rund 628 Millionen Zloty.

Auf der Grundlage der günstigen Steigerung der Einnahmen war eine entsprechende Haushaltsführung möglich, die zwar den Geboten der Sparsamkeit folgte, aber die Entwicklung der Verwaltung und Wirtschaft ermöglichte und förderte.

Die Lösung zahlreicher Probleme in Verwaltung und Wirtschaft war in hohem Maße davon abhängig, daß auf dem Ernährungssektor stabile Verhältnisse hergestellt und gesichert werden konnten. In rechtzeitiger Erkenntnis dieser Tatsache hat es die Hauptabteilung Finanzen von vornherein als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, bei der Haushaltsgestaltung in allererster Linie Mittel für die Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft bereitzustellen, da sonst starke Preiserhöhungen nicht hätten vermieden werden können. Auf Grund einer straffen Haushaltsführung gelang es, die ständig steigenden Anforderungen der Ernährungs- und Landwirtschaft in den einzelnen

zelnen Haushaltsjahren zu befriedigen. Einige Zahlen mögen diese Beiträge der Hauptabteilung Finanzen zur Sicherung der Ernährung veranschaulichen:

Für Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft im allgemeinen wurden bereitgestellt:

	Im Haushaltsjahr	1940	rund	50 Millionen Zloty
	" "	1941	"	75 Millionen Zloty
	" "	1942	"	104 Millionen Zloty
und	" "	1943	"	139 Millionen Zloty.

Für die von der Liegenschaftshauptverwaltung verwalteten landwirtschaftlichen Betriebe, die für die Ernährungssicherung von ganz besonderer Bedeutung sind, die aber aus eigenen Kräften besonders im Hinblick auf notwendige Investitionen und die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht rentabel arbeiten können, wurden bereitgestellt:

In den Haushaltsjahren 1940 u.1941 jährlich rund 13 Millionen Zloty
Im Haushaltsjahr 1942 rund 81 Millionen Zloty
im Haushaltsjahr 1943 rund 188 Millionen Zloty.

Im Rahmen der Maßnahmen, die zur Förderung der Ernährungs- und Landwirtschaft zu finanzieren waren, sind insbesondere hervorzuheben die Düngemittelverbilligung, die Übernahme von Getreidelagerungsverlusten und die Finanzierung von Speicherbauten. Für diese Zwecke wurden z.B. im Haushalt 1943 folgende erhebliche Beträge bereitgestellt:

Zur Düngemittelverbilligung	rund 30 Millionen Zloty
zum Ausgleich von Verlusten bei der Lagerung von Getreide und anderen pflanzlichen Erzeugnissen	rund 44 Millionen Zloty
und für Speicherbauten	rund 94 Millionen Zloty.

Erwähnt seien in diesem Zusammenhange auch die bedeutenden Lieferungen der Monopolverwaltung an Prämienware an die Landwirtschaft; so wurden z.B. 1941/42 270 Millionen Zigaretten und 4 Millionen Liter Trinkbranntwein.

142

branntwein, 1942/43 1,5 Milliarden Zigaretten und 12 Millionen Liter Trinkbranntwein geliefert; für 1943/44 ist die Bereitstellung von 2 Milliarden Zigaretten und 30 Millionen Litern Trinkbranntwein vorgesehen.

Neben diesen Leistungen für die Ernährungssicherung ist es auch noch möglich gewesen, seit 1941 in immer steigendem Ausmaße dem Reich einen Wehrbeitrag zur Verfügung zu stellen. Dieser teils in den ordentlichen, teils in den außerordentlichen Haushalten veranschlagte Wehrbeitrag betrug für 1941 500 Millionen Zloty und für 1942 700 Millionen Zloty; für 1943 sind 1,3 Milliarden Zloty vorgesehen.

Eine weitere bedeutsame Leistung des Staatshaushaltes des Generalgouvernements ist der Ersatz der gesamten Polizeikosten an das Reich, eine namhafte Stelle nehmen im Staatshaushalt auch die Leistungen ein, die für die soziale Betreuung, Fürsorge, Besoldung und Vergütung der im öffentlichen Dienst eingesetzten Gefolgschaftsmitglieder, der deutschen sowohl wie der nichtdeutschen erbracht worden sind. Hierher gehören die Ausgaben für die Einrichtung von Kasinos, Sportplätzen, Büchereien, Erholungsheimen der Deutschen und für die Einrichtung von Gemeinschaftsküchen, Konsumvereinen und Verteilungsstellen für die Nichtdeutschen; weiters die Gewährung von Beschäftigungsvergütungen, Reisebeihilfen und die Beihilfen und Unterstützungen in den Fällen unverschuldeter Notlage.

Besondere Maßnahmen der Finanzverwaltung galten auch der Gesundung der Gemeindefinanzen.

Nachdem den Gemeinden und Gemeindeverbänden zunächst jedenfalls in allen Fällen der Erfüllung staatlicher Aufgaben oder in Fällen besonderer Not von Seiten der Regierung Betriebsmittel zur Verfügung gestellt worden waren, wurde bald darauf hingewirkt, daß sie rechtzeitig einen ordentlichen Haushaltsvoranschlag aufstellten und innehielten. Die Entwicklung der Verhältnisse zwang dazu, ihnen auch besondere und ausreichende Einnahmequellen

nahmequellen zu erschliessen. Die den Gemeinden nach dem bisherigen polnischen Recht zufließenden Einnahmen durch Anteile am Aufkommen der Einkommensteuer, Lohnsteuer usw. reichten nicht zur Befriedigung des dringendsten Finanzbedarfs aus. Es wurde daher durch die Einführung einer Registriergebühr und einer Einwohnerabgabe und vor allem durch die Einführung der Gewerbesteuer eine Gesundung der Gemeindefinanzen herbeigeführt.

3. Nach diesem Überblick über die Entwicklung der Einnahmen und einige der bedeutsamsten Leistungen des Staatshaushaltes soll nun noch in kurzen Zügen der Arbeit gedacht werden, durch die diese Entwicklung und diese Leistungen ermöglicht worden sind.

a) Schon im September und Oktober 1939 waren 126 nichtdeutsche Steuerämter von Beamten der Reichsfinanzverwaltung wieder in Gang gesetzt worden, nachdem sich die polnischen Beamten allmählich wieder eingefunden hatte.

Im Sommer 1941 kamen noch weitere 56 Steuerämter in Galizien dazu. Diese Steuerämter sind nur mit nichtdeutschen Kräften besetzt. Durchschnittlich 5 bis 10 Steuerämter, in Warschau sogar mehr, unterstehen der Aufsicht eines deutschen Finanzinspekteurs, dem 2 bis 4 deutsche Beamte zur Unterstützung beigegeben sind. Die ursprüngliche Zahl von 39 Finanzinspekteuren konnte im Laufe der Jahre durch Zusammenlegung auf 24 herabgesetzt werden.

Die früheren polnischen Steuergesetzte blieben grundsätzlich in Kraft. Wenn dieselben auch nicht den bevölkerungspolitischen Gedanken und den Grundsätzen einer nationalsozialistischen Steuerpolitik entsprachen, bestand für die deutsche Verwaltung zunächst keine Veranlassung, hier allgemein reformatorisch einzugreifen. Das vorhandene Steuersystem mußte aber weitgehend verbessert und ausgebaut werden, soweit es die wirtschaftspolitischen

politischen und bevölkerungspolitischen Belange der Deutschen, eine straffe Erfassung und Überwachung der Steuerpflichtigen, insbesondere des Schiebertums, und eine Steigerung des Steueraufkommens notwendig erscheinen ließen.

b) Auf Grund wirtschaftlicher Erwägungen wurde das Generalgouvernement nicht mit der hochentwickelten Volkswirtschaft des Deutschen Reiches zu einem Wirtschaftsgebiet vereinigt, sondern zu einem selbständigen Wirtschafts- und Zollgebiet erklärt. Die Tätigkeit der Zolldienststellen der Regierung des Generalgouvernements beschränkt sich jedoch im wesentlichen auf die Überwachung des Zollverkehrs im Innern des Generalgouvernements, wozu vor allem die Ausübung der Steuer- und Monopolaufsicht in einer großen Anzahl von Erzeugungsstätten und die Überwachung des ausgedehnten Tabakanbaues gehört. Die Aufgaben auf dem Gebiet der Verbrauchssteuern und der Monopole haben in der letzten Zeit wesentlich an Bedeutung zugenommen, weil die Erzeugung in Betrieben, die der amtlichen Aufsicht unterliegen, beträchtlich gesteigert werden konnte und auch in Zukunft noch weiter erhöht werden wird. Durch den dadurch erhöhten Umsatz an verbrauchsteuerpflichtigen Waren wird der Einnahmeausfall, der durch die Zollbefreiung der Wareneinfuhr aus dem deutschen Zollgebiet und aus den besetzten Gebieten hervorgerufen ist, nahezu ausgeglichen. Die Belange der Zollverwaltung des Generalgouvernements an den Grenzen des Generalgouvernements werden aus Zweckmäßigkeitsgründen und wegen Personalmangel von den Organen der Reichsfinanzverwaltung wahrgenommen. Der Zollgrenzschutz im Generalgouvernement dient der Regierung des Generalgouvernements als Auftragsverwaltung und sichert in hartem und verantwortungsvollem Dienst auf vorgeschobenen und oft einsamsten Posten rund 2 000 km Grenze gegen die Slowakei, gegen Ungarn, Rumänien und gegen das Reichskommissariat Ukraine.

c)

c) Eine besondere Bedeutung im Rahmen der staatlichen Einnahmebewirtschaftung und der planmäßigen Erzeugung und Absatzlenkung für eine Reihe kriegswichtiger Artikel kommt im Generalgouvernement der staatlichen Monopolverwaltung zu, die im Rahmen der Hauptabteilung Finanzen von der Generaldirektion der Monopole ausgeübt wird. Der deutschen Verwaltung war nach dem Zusammenbruch des polnischen Staates die Aufgabe gestellt worden, den Betrieb der Staatsmonopole aus Versorgungs- und staatsfinanziellen Gründen möglichst rasch und vollständig wieder aufzubauen. Diese Aufgabe konnte ungeachtet der durch die Kriegsereignisse hervorgerufenen besonderen Schwierigkeiten, wie die Stillegung ehemaliger polnischer Monopolbetriebe und die völlige Zerstörung von Werken und ungeachtet der vorhandenen geringen Anzahl deutscher Arbeitskräfte erfüllt werden. Darüber hinaus wurde durch die Schaffung neuer Betriebe und die Verbesserung übernommener Produktionsstätten eine stetige Steigerung der Produktionsergebnisse und damit auch der Einnahmen erzielt, wobei die im wesentlichen zufriedenstellende Mitarbeit der insgesamt 17 303 nichtdeutschen Arbeitskräfte nicht unerwähnt bleiben soll. Der Entwicklung der Monopoleinnahmen entspricht auch die produktionsmäßige Gestaltung der Monopolbetriebe, die sich durch eine gewaltige Steigerung von Jahr zu Jahr auszeichnet.

aa) Das Tabakmonopol konnte nach gründlicher Überholung des vorgefundenen, meist veralteten Maschinenbestandes und nach Ausbau einer Reihe von Werken auf moderner Grundlage den stetig steigenden Anforderungen im Rahmen der kriegsbedingten Möglichkeiten voll gerecht werden. Die Kriegsverhältnisse zwangen, den gesteigerten Rohstoffbedarf naturgemäß in erster Linie durch eine Vergrößerung der Tabakanbauflächen im Generalgouvernement zu decken.
So ist es gelungen, die Tabakanbauflächen von 4 700 Hektar im Jahre 1940 auf 15 300 Hektar im Jahre 1943, somit um 225 %, zu steigern. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist eine Steigerung des Gesamtertrages

ertrages von 6 736 to im Jahre 1940 auf voraussichtlich 12 800 to Rohtabak im laufenden Jahr.

bb) Auch das Branntweinmonopol kann auf eine Steigerung von 5 Millionen Liter 100 %igen Spiritus im Brennjahr 1939/40 auf 25,3 Millionen Liter im Jahre 1942/43 hinweisen; diese letzten Zahlen beziehen sich auf das Gebiet des Generalgouvernements ohne den Distrikt Galizien. Im Distrikt Galizien wurden 1941/42 etwas über 700 000 Liter, 1942/43 dagegen schon 2,2 Millionen Liter erzeugt. Diese Erfolge konnten erzielt werden, obwohl auch auf dem Gebiete des Branntweinmonopols eine ganze Reihe der Erzeugungsbetriebe zunächst in zerstörtem oder nicht betriebsfähigen Zustand vorgefunden wurde und demgemäß zu Beginn eine umfangreiche Wiederaufbauarbeit erforderlich war. So konnten von Jahr zu Jahr steigende Mengen von Industriesprit besonders für Rüstungszwecke im Generalgouvernement und im Reich geliefert werden.

cc) Die Betriebe des Salzmonopols zeigen ebenfalls eine aufsteigende Entwicklung. Es konnte der Absatz im Generalgouvernement von 119 235 to im Jahre 1940 auf 199 422 to im Jahre 1942 und außerhalb des Generalgouvernements von 16 630 to im Jahre 1940 auf 120 437 to im Jahre 1942 gesteigert werden. Salz wird derzeit in das Reich, in die Ukraine, in die Slowakei und in das Protektorat ausgeführt. Durch die Erhöhung der Salzgewinnung im Generalgouvernement wurde die Salzindustrie des Reiches ganz wesentlich entlastet und wertvoller Frachtraum eingespart. Das Salzmonopol verwaltet auch die Kaligruben in Galizien.

Neben den bisher erwähnten drei Voll- d.h. Erzeugungs- und Verkaufsmonopolen bestehen noch das Süßstoff-, Zündholz-, Glückspiel- und Mineralölmonopol als Umsatzmonopole.

dd)

dd) Durch das Süßstoffmonopol wurde die Versorgung der nichtdeutschen Bevölkerung mit künstlichen Süßstoffen den Kriegsverhältnissen entsprechend in geordnete Bahnen gelenkt, der im Hinblick auf die kriegsmäßige Verknappung in der Zuckerwirtschaft Bedeutung zukommt.

ee) Beim Zündholzmonopol obliegt die Erzeugung und der Vertrieb der Zündhölzer unter Überwachung durch die Generaldirektion der Monopole einem ausländischen Unternehmen, das im Generalgouvernement zwei Fabriken besitzt.

ff) Das Glückspielmonopol wurde zur Erfassung und Lenkung des ausgeprägten Spielbedürfnisses der polnischen Bevölkerung geschaffen.

gg) Das Mineralölmonopol brachte eine straffe Zentralisierung des gesamten Mineralölvertriebs im Generalgouvernement, der auf die besonderen Belange der Wehrwirtschaft und der Wehrmacht abgestellt ist und von der Monopolvertriebs-A.G. für Mineralöl wahrgenommen wird.

d) Schließlich verwaltet die Finanzverwaltung auch noch die Staatsbäder und einen bedeutsamen Liegenschaftsbesitz des Generalgouvernements. Die Staatsbäder Busko und Krynica unterstehen ihr bereits seit dem Winter 1939/40. Es ist, wenn auch unter großen Mühen, sehr schnell gelungen, beide Bäder voll in Betrieb zu setzen. Seit dem Herbst 1942 ist auch das Bad Morszyn in staatliche Verwaltung genommen worden, die Übernahme von Bad Rabka schwebt.

Ich darf diesen Teil abschließen und zu dem letzten Abschnitt meines Berichtes übergehen:

. Die Arbeit des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen.

Alle diese Aufbauerfolge hätten nicht erzielt werden können, wenn nicht Sicherheit und Ordnung in diesem

Raume aufrecht erhalten worden wären. Es ist das große Verdienst des Staatssekretariats für das Sicherheitswesen, diese schwere Aufgabe gemeistert zu haben. Angefangen von der Säuberung des Landes von abgesprengten polnischen Heereseinheiten und Verbrecherbanden oder der Entwaffnung der Zivilbevölkerung im Jahre 1939 bis zum heutigen Tage sah sich die Verwaltung des Sicherheitswesens stets vor neue Aufgaben gestellt. Zahlreiche Verstecke von Waffen und Munition konnten erst nach mühsamer Kleinarbeit in engstem Zusammenwirken von Ordnungspolizei und Sicherheitspolizei durch Verhör zahlreicher Zivilpersonen ausgekundschaftet, erfaßt und sichergestellt werden. Wie sehr die Arbeit der Polizei durch Mangel an Polizeikräften, durch Mangel an Kraftfahrzeugen, durch den anfänglich noch unvollständigen Ausbau des polizeilichen Nachrichtennetzes, durch die Unwegsamkeit des Geländes abseits der Hauptstraßen und durch den störend sich einschaltenden polnischen Nachrichten- und Widerstandsdienstes erschwert wurde, ist kaum zu ermessen. Dazu kam, daß die Polizei sich für die verschiedenartigsten Aufgaben der Verwaltung als Exekutive zur Verfügung stellen mußte. Sie wurde ebenso benötigt zur Befriedung des Landes, wie zum Kampf gegen Schleichhandel und Preiswucher, zur Ernteerfassung und Arbeitergestellung, zur Bewältigung des Judenproblems, wie zur Durchführung des Gewerbeaußendienstes.

In richtiger Erkenntnis der Lage wurde der Plan, die ehemalige polnischen Polizei wieder arbeitsfähig zu machen und unter Führung, Dienstaufsicht und Überwachung der deutschen Polizei in das gesamte Polizeiwesen des Generalgouvernements einzubauen, in die Tat umgesetzt. Organisatorisch in eine Gemeindepolizei umgewandelt, wurden ihr zahlreiche ordnungs- und sicherheitspolizeiliche Aufgaben gegenüber der polnischen Bevölkerung übertragen. Es kann heute anerkannt werden, daß die einheimische Polizei nach der Reinigung von unzuverlässigen Elementen gerade auch auf dem Gebiet

der

der Verbrecher- und Bandenbekämpfung erfolgreich eingesetzt werden konnte und - wie sie durch den bisher entrichteten Blutzoll bewiesen hat - zusammen mit der deutschen Polizei pflichtschuldigst ihren Dienst tut.

Bei der andauernden Verminderung der ursprünglich hier stationierten Polizeikräfte, die im Zusammenhang mit den zunehmenden Anforderungen der Ostfront verfügt werden mußte, mußte daran gedacht werden, zur Unterstützung der Polizeikräfte auch den letzten waffenfähigen Deutschen zur Verstärkung der Sicherheit in diesem Lande heranzuziehen. Dem dient die durch den Reichsführer-SS im Einvernehmen mit dem Generalgouverneur eingeführte Polizeidienstpflicht aller im Generalgouvernement befindlichen deutschen Zivilpersonen, Männer und Frauen. Sie sind durch Offiziere und Unterführer der deutschen Ordnungspolizei ausgebildet und verschiedentlich schon mit beachtlichem Erfolg eingesetzt worden. Daß es für die Verwaltung jeweils nicht leicht war, bei ihrer eigenen schwachen personellen Besetzung auch noch Kräfte zum Polizeidienst abzustellen, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden. Es ist aber stets das Menschenmögliche getan worden, die Polizei insoweit nach besten Kräften in ihrer schwierigen Aufgabe zu unterstützen.

Der durch Verordnung des Herrn Generalgouverneurs vom 6. Mai 1940 errichtete Sonderdienst, der grundsätzlich nur für Aufgaben verwaltungstechnischer Natur bestimmt und den Kreis- und Stadthauptleuten für diese Zwecke zur Verfügung gestellt ist, konnte ebenfalls im Notfalle zur Erfüllung polizeilicher Aufgaben mit herangezogen werden. Die sorgfältige Ausbildung unter oberster Leitung des Befehlshabers der Ordnungspolizei hat den Sonderdienst zu einem überaus brauchbaren Instrument der Verwaltungsexekutive werden lassen, das heute aus dem Verwaltungsaufbau des Generalgouvernements nicht mehr wegzudenken ist.

Organisa-

Organisatorisch hat sich vor allem der Ausbau eines engmaschigen und verstärkten Netzes von polizeilichen Stützpunkten in allen Teilen des Landes bewährt. Die seit Ausgang des Jahres 1942 an allen Fronten in Erscheinung tretende Anspannung der Kriegslage glaubten Widerstandsbewegung und Banden in verstärktem Maße für ihre Zwecke ausnützen zu können. Sabotageversuche an der deutschen Aufbauarbeit, Anschläge auf deutsche Amtsträger, Behörden und Dienststellen, auf Einrichtungen des Verkehrswesens und Gewaltmaßnahmen gegen Deutsche und loyal eingestellte Nichtdeutsche nahmen bedenklich zu. Durch russische Agenten und Fallschirmspringer sowie durch Abwurf von Waffen, Munition und sonstigem Gerät erhielten diese Widerstandskräfte personelle und materielle Verstärkung, um noch aktiver werden zu können. Durch Verkündung des Ernteausnahmezustandes und erst jüngst durch Verkündung der Verordnung zur Bekämpfung ee von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement ist diesem Widerstand der schärfste Kampf angesagt und die volle Strenge des Gesetzes angedroht worden. Dem aufopferungsvollen, selbstlosen und jederzeit zur Hingabe bereiten Einsatz von Offizieren und Männern der Polizei ist es zu danken, wenn bis jetzt der deutschen Aufbauarbeit im Generalgouvernement Schutz und Rückhalt geboten werden konnte. Nahezu 1 000 Gefallene und über 1 000 verwundete Offiziere, Unterführer und Männer allein der deutschen und fremdvölkischen Ordnungspolizei im Generalgouvernement sind Zeugen dafür, daß die Männer der Polizei ihre Pflicht tun und auch künftig auf ihrem Posten stehen werden.

Herr Generalgouverneur ! Ich habe Ihnen mit meinen Ausführungen einen Überblick und die Rechenschaft über die vergangenen 4 Jahre Arbeit des Generalgouvernements zu geben versucht. Der Versuch ist gekennzeichnet einesteils in der Beschränktheit der hierfür zur Verfügung stehenden Zeit, andererseits durch die menscheliche Unzulänglichkeit, diesen Gesamtstoff wirksam zur Darstellung zu bringen. Allein dieses Aufbauwerk ist ein historisches Faktum, das für sich selbst spricht und für alle Zeiten von der deutschen Gestaltungskraft und der deutschen Leistung in diesem Weichselraum zeugen wird. Es wäre undankbar zu behaupten, daß dieses geschichtliche Werk und diese geschichtliche Leistung ausschließlich von der deutschen Verwaltung des Generalgouvernements erstellt worden wäre. Ohne die unbedingte Bereitschaft, mit den staatlichen Dienststellen zusammenzuarbeiten,und ohne die Möglichkeit, Energien der Wehrmacht, der Partei, in vielen Ausstrahlungen auch der Reichszentralen, in das gleiche Strombett einfließen zu lassen wie die staatliche Arbeit, hätte vieles nicht erstellt werden können, wäre vieles Stückwerk geblieben. Es liegt mir daher am Herzen, allen diesen Dienststellen sowie deren Leitern und militärischen Befehlshabern öffentlich aufrichtigst zu danken für das rückhaltlose Vertrauen, das sie in der gegenseitigen Zusammenarbeit den staatlichen Stellen immer und immer wieder erwiesen haben. Ich danke aber auch allen meinen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, gleichgültig an welcher Stelle sie am Gelingen des großen Werkes ihren Beitrag erbracht haben. Ich danke den Landkommissaren, den Kreis- und Stadthauptleuten, den Gouverneuren, den Hauptabteilungen und Ämtern der Regierung als den Trägern besonders massierter Verantwortungen. Ich danke auch Ihrem Mitarbeiterstab, Herr Generalgouverneur, auf der Burg in Krakau,

der

der so wesentlich an der Erleichterung meiner Aufgaben mitgearbeitet hat. Ebenso gebührt Dank dem Bevollmächtigten des Generalgouverneurs, der die Verbindung der Behördenstellen des Generalgouvernements zu den obersten Reichsinstanzen vorbildlich gepflegt und ausgebaut hat. Mein Dank gilt vor allem Ihnen, Herr Generalgouverneur, der Sie uns allen in so großzügiger und menschlich vertrauenschenkender Weise unsere Arbeit ermöglicht haben; von Ihnen nahmen wir immer und in jeder Situation die starken Impulse für unser Schaffen. Es ist mein Wunsch am 5. Jahrestag der Errichtung des Generalgouvernements, daß das Werk, das Ihren Namen trägt, hineinleuchten möge in die große Zukunft unseres deutschen Volkes und daß Ihnen die Vorsehung noch viele Jahre ungebrochener Arbeitskraft und Energieentfaltung schenken möge für Ihren schweren und verantwortungsvollen Dienst für Führer und Reich.

153

R e g i e r u n g s s i t z u n g
im Königssaal der Burg zu Krakau
am 16. Dezember 1943

-.-

Ausgefertigt in 3 Exemplaren:

1.) zu den Akten der Kanzlei des Generalgouverneurs

2.) zu Hd. Staatssekretärs Dr. Bühler

3.) zu Hd. Ministerialrats Dr. Weh.

Anwesenheitsliste

für die Regierungssitzung

am 16. Dezember 1943

im Königssaal der Burg

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
Frank		
Bühler		
Dr. Boepple		
Senkowsky	Präs.	HA Finanzen
[illegible]	Amtschef	[illegible]
Dr. [illegible]	Präs.	Hauptabteilung Arbeit
Schmid	Direktor	Hauptabt. für Wirtsch.
Dr. Seuber		Zentralkommission
Dr. [illegible]		Amt f. Betriebsverwaltung
Dr. Keiner		Stadt Krakau

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Inspekteur N.S.D.A.P.	N.S.D.A.P. Kreisstandarte
[illegible]	Stellv. Leit. (VIA)	NSDAP.
[illegible]	Präsident der Regierung	
[illegible]	Leiter des Amtes	für Jugend
Dr. [illegible]	Min. Rat	Amt für [illegible]
v. [illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	[illegible]	Justiz
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]		
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	Präsident	E. u. L.
[illegible]	Präsident	HA [illegible]
[illegible]	Präsident	H.G. [illegible]
[illegible]	Vizepräsident [illegible]	[illegible]
[illegible]	Präsident	H.A. Post

Name	Dienstbezeichnung	Vertretene Dienststelle
[illegible]	Präsident	[illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
[illegible]	Präsident	Hpt. Abt. Propaganda
[illegible]	"	" " [illegible]
[illegible]	[illegible]	[illegible]
Dr. Emmerich	Präsident	[illegible] Wirtschaft.
[illegible]	[illegible]	[illegible] Personalamt im [illegible]
[illegible]	SS-Obergruppenführer	

Beginn der Sitzung 10 Uhr 40 Minuten.

Nach Eröffnung der Sitzung führt der Herr Generalgouverneur einleitend aus:

Meine Herren! Ich habe Sie am Schlusse dieses Jahres zusammen gerufen, um mit Ihnen noch einmal die wichtigsten Probleme einer Erörterung zu unterziehen. Ich brauche die Bedeutung des vergangenen Jahres für den Aufbau des Generalgouvernements und der in ihm geleisteten Arbeit nicht besonders hervorzuheben. Im Vergleich zu den vergangenen Jahren des Aufbaues wird uns das 1943, wenn wir am Ende des Jahres 1944 stehen werden, als ein Jahr friedlicher Arbeit vorkommen. Es ist aber gar kein Zweifel: die Schwierigkeiten und die ausserordentlichen Belastungen dieses Raumes werden sich im Laufe der Zeit immer mehr steigern, und im Zusammenhang mit der allgemeinen Kriegsentwicklung werden sich die Sorgen häufen. Umso notwendiger ist es, dass wir uns am Ende dieses Jahres dessen bewusst sind, dass wir unerschütterlich die von uns bisher eingehaltene Linie der Arbeit beibehalten. Ich kann es Ihnen nicht oft und eindringlich genug sagen, dass Voraussetzung auch für die weitere Arbeit die absolute Einheitlichkeit der Führung dieses Gebietes, die totale Geschlossenheit aller deutschen Arbeit in diesem Raum und die restlose Zielsicherheit dieses Raumes sind. Wir haben uns mit diesen Grundsätzen auch im vergangenen Jahr das Wunderwerk vollbracht, aus einem völlig zerstörten Gebiet nunmehr das letzte noch völlig in deutscher Hand befindliche, ausserhalb des deutschen Reiches liegende Ostbollwerk aufzubauen. Es ist unser Stolz, diese Leistung vollbracht zu haben. Indem ich Ihnen allen meinen Dank und meine Anerkennung für die Leistungen des vergangenen Jahres ausspreche, möchte ich zugleich der Erwartung Ausdruck geben, dass wir auch im nächsten

Jahre

nach den altbewährten Grundsätzen unsere Arbeit fortsetzen werden.

Staatssekretär Dr. Bühler gibt einen kurzen Überblick über die Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr. Er führt aus: nachdem am 26.Okt. die Regierung des Generalgouvernements auf eine vierjährige Bestehenszeit zurückblicken konnte, möchte ich diesen Zeitpunkt als den bezeichnen, in welchem die restlose Konsolidierung des Aufbaues unserer staatlichen Einrichtungen und eine Anerkennung und Durchsetzung dieser Arbeit festgestellt werden kann. Die Entwicklung unserer Arbeit hat sich in ruhigen Bahnen vollzogen.

Auf dem Gebiet der Ernährung und Landwirtschaft hat die Entwicklung einen guten Start gehabt, und es besteht die Aussicht, dass wir die landwirtschaftliche Produktion dieses Gebietes trotz der Schwierigkeiten, die sich auch im letzten Jahr wieder gezeigt haben, weiter steigern können.

Auf dem Gebiet des Arbeitseinsatzes ist die Arbeitsvermittlung für die Betriebe und Arbeitsstätten des Generalgouvernements in den Vordergrund getreten und hat beachtliche Ergebnisse gebracht. Zur Zeit läuft noch eine Vermittlung von Arbeitskräften ins Reich, allerdings nicht mehr im Umfange wie früher, gleichwohl an.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft ist ein Fortschreiten der Arbeit im Rüstungssektor zu verzeichnen. Die Rüstung ist infolge von Auftragsverlagerung und auch von Hineinverlegung von Kapazitäten aus Ost-und West weiter ausgebaut worden. Angesichts der von dem Herrn Generalgouverneur verfügten Ernährungsaufbesserung ist nunmehr die Möglichkeit gegeben, die Fremdbevölkerung in erhöhtem Maße dem Arbeitseinsatz zuzuführen. Dass daneben neue Schwierigkeiten aufgetaucht und neue Aufgaben entstanden sind, entspricht dem Fortgang

des Krieges.

Ich denke hier insbesondere an die Belastungen, die inzwischen das Generalgouvernement angesichts der Ereignisse an der Ostfront in den letzten Monaten erfahren hat und die sich dahin auswirkten, dass sowohl die Wehrmacht wie die Zivilverwaltung dieses Gebietes bei uns Raum, Unterbringungsmöglichkeiten, Gelände usw. beanspruchen, um die dort im Zuge der Kriegsereignisse freigewordenen Einrichtungen und Bevölkerungskreise möglichst nah an dieses Gebiet in die Nachbarschaft des Generalgouvernements zu führen. Ich bin mit dem Befehlhaber der Sicherheitspolizei darin einig, dass wir diese Dinge, so weit sie getan werden müssen, mit aller Kraft unterstützen. So habe ich im Wehrmachtssektor bei den Behörden der allgemeinen Verwaltung eine Aktion gestartet, die zum Ziele hat, möglichst alle freien Räume für Wehrmachtszwecke nutzbar zu machen. Andererseits bin ich mit dem Befehlshaber der Sicherheitspolizei einig, dass jede Hereinverlegung von Institutionen, mit der man keinen dauernden Zweck verfolgen kann, sondern die lediglich interimistisch untergebracht werden sollen, eine Belastung für die Sicherheit darstellt und von uns möglichst abzulehnen ist. In diesem Sinne habe ich auch dem Wehrmachtsstab Süd mitgeteilt, dass die von ihm geforderte Hereinnahme von 150 000 Angehörigen der Weissrussischen Bevölkerung von uns abgelehnt werden müsse.

Eine weitere Aufgabe, die besonders in den letzten Monaten dringend geworden ist, ist der Luftschutz.

Abschliessend kann ich sagen, dass die Arbeit, was sowohl die Erfüllung der Aufgaben des Gebietes wie auch die Führungsinstanz in Regierung, Distrikten und Kreishauptmannschaften angeht, eine weitgehende und zufriedenstellende Konsolidierung zeigt.

Präsident Dr. Emmerich führt aus, dass man die wirtschaftliche Entwicklung des Generalgouvernements in den zurückliegenden vier Jahren am besten dadurch kennzeichnen könne, dass ein ständiger Wettbewerb der einzelnen Dringlichkeitsstufen um die Wirtschaftskraft dieses Raumes stattgefunden habe. Mit dem Herbst 1942 habe sich unter den Auflagen die Auflage der Rüstung in den Fordergrund gestellt, nachdem in den voran-gegangenen Perioden die Frontdienste den grössten Raum eingenommen hätten. Der Vorrang der Rüstung habe zur Folge gehabt, dass das Generalgouvernement seine Organisation weitgehend dem kriegswirtschaftlichen Modus des Reiches habe anpassen müssen. Die Organisation Speer sei auch im Generalgouvernement tätig geworden. In dieser Periode habe der Herr Generalgouverneur im Frühjahr dieses Jahres eine wichtige Entscheidung gefällt, nämlich die Ernährungssicherung. Das Rüstungschaffen in diesem Raum hänge davon ab, dass sich die Arbeit unter geordneten Bedingungen vollziehe.

Nachdem nun die Notstände der Vergangenheit auf dem Ernährungsgebiet beseitigt seien, müssten nun auch alle Improvisationen der Vergangenheit ihr Ende finden, und es müsse zwischen der Wirtschaft und der Wirtschaftsführung wieder ein klares Verhältnis entstehen. Eine Reise, die er in den letzten Tagen gemeinsam mit dem Leiter der Hauptabteilung Arbeit in die Distrikte Warschau, Radom und Lublin unternommen habe, habe dem Zweck gegolten, den Betriebsführern des Generalgouvernements klar zu machen, dass es mit dem bisherigen Verfahren nicht mehr weiter gehe, sondern dass man sich im neuen Jahre auf klare Verhältnisse umstellen müsse. Den Unternehmern sei klarzumachen, dass sie jetzt, nachdem die Ernährung nicht nur der Arbeiter sondern auch ihrer Angehörigen gesichert sei, nurmehr die offiziellen Löhne auszahlen dürften, dass also die Gewährung versteckter Prämien aufhören müsse.

2/2

Nunmehr müssten die psychologischen Voraussetzungen für einen neuen Anfang in der gewerblichen Wirtschaft des Generalgouvernements geschaffen werden. Er verspreche sich von der direkten Fühlungnahme unter der Voraussetzung, dass die Ernährungssicherung aufrecht erhalten werden könne, ein glattes und reibungsloses Arbeiten und eine Rückkehr zu normalen Verhältnissen. Neben der Ernährungssicherung gebe es ein Programm der Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Erzeugnissen; dieses Programm sei in Verbindung mit Präsident Kehrl aufgestellt worden.

Der wirtschaftliche Kreislauf im Generalgouvernement bestehe darin, dass dem Bauern über die Ernteerfassungsaktion Produktionsmittel zugeführt würden. Dadurch werde bewirkt, dass ein möglichst grosser Teil der Erzeugung in den amtlichen Sektor gelange. Der ideale Zustand wäre, dass sämtliche Menschen des Generalgouvernements die Warthegausätze erhielten. Das lasse sich aber im Moment nicht durchführen. Präsident Kehrl habe ganz richtig von der Notwendigkeit gesprochen dem Generalgouvernement eisen-und textilmässig so weit zu helfen, dass über die Ernteerfassungsaktion zusätzliche Nahrungsmittel aufkämen und diese in die gewerbliche Produktion des Generalgouvernement eingepumpt werden könnten. So lasse sich eine Steigerung der Produktion erreichen, und nur dadurch könnten die Zuschüsse des Reiches entbehrt werden. Präsident Kehrl werde Anfang Januar nach Krakau kommen, um hier das Wirtschaftsprogramm für 1944 zu vereinbaren.

Präsident Naumann berichtet von einer wesentlichen Besserung auf dem Gebiete der Ernährung und Landwirtschaft im Vergleich zum Vorjahr. Im vergangenen Jahr hätten die Reichsleistungen im Vordergrund gestanden, während in diesem Jahr zuerst

2/3

die Ernährungssicherung dieses Raumes durchgeführt werde. Auf Befehl des Herrn Generalgouverneurs sei nun ab 1.September eine Neuregelung der Rationssätze der fremdvölkischen Bevölkerung des Generalgouvernements in Kraft getreten.

Auf dem Gebiete der Getreidewirtschaft wolle man im 5. Kriegswirtschaftsjahr 1,6 Mill. to erfassen. Bis zum 10.Dezember seien davon 1,4 Mill. to in der Hand der deutschen Verwaltung gewesen; die Erfassung der restlichen 200 000 to werde schwer sein. Auf dem Kartoffelsektor sehen die Verhältnisse ernster aus, da grosse Teile des Reiches und das ganze Generalgouvernement eine Missernte zu verzeichnen gehabt hätten. Von den 2,1 Mill.to Kartoffeln, die im Generalgouvernement erfasst werden sollten, seien bisher 1,6 Mill. to erfasst. In der Kartoffelversorgung insbesondere der nichtdeutschen Normalverbraucher beständen darum gewisse Schwierigkeiten. Man habe die Rangordnung der Versorgung folgendermassen aufgestellt: Versorgung der Inhaber von Zusatzkarten, Erfüllung der Reichsleistungen und an letzter Stelle Versorgung der Normalverbraucher. Infolge der ausserordentlich angespannten Kartoffellage in Oberschlesien kämen laufende Hilferufe um Kartoffellieferungen. Er können sich diesen Hilferufen nicht verschliessen, obwohl die vereinbarten Reichsleistungen bisher voll und ganz erfüllt worden seien. Von der geplanten Zuckerproduktion in Höhe von 140 000 to gingen 20 000 to ins Reich. Er glaube, dass man auf diesem Gebiet das gesteckte Ziel erreichen könne. Beim Schlachtvieh bereite die Erfassung ausserordentliche Schwierigkeiten. In den ersten Monatne des 5. Kriegswirtschaftsjahres sei sein gesamter Stab damit beschäftigt gewesen, Getreide und Kartoffeln zu erfassen; infolge Mangels

an Kräften habe die übrige Erfassung zurücktreten müssen. In den kommenden Wochen werde nun der gesamte Apparat zur Vieherfassung eingesetzt. Von der Gesamtleistung an das Reich in Höhe von 40 000 to blieben 20 000 to im Lande zur Versorgung der Wehrmacht im Lande, der SS und der Polizei und für den Nachschub an die Front. 10 000 to, d.h. 90 000 Rinder habe man ins Reich bereits ausgeführt. Die Versorgung der Bevölkerung mit Fleisch sei im grossen und ganzen gelungen, wenn sich auch die nichtdeutsche Normalverbraucherschaft ab und zu Abstriche von den Rationssätzen gefallen lassen müsse. Sehr ernst sei die Situation auf dem Gebiet der Milch-und Fetterzeugung, da die Widerstandsbewegung sehr viele Molkereien zerstöre. Von der beabsichtigten Produktion von 40 000 to im Jahre 1943 habe man nur 18 - 20 000 to erzeugen können. Gegenüber dem Jahre 1942 (7-8 000 to) bedeute das trotzdem eine wesentliche Steigerung. Die nichtzufriedenstellende Erfassung auf dem Gebiete der Ölfrüchte habe auch den erhofften Ausgleich nicht bringen können. Zu Beginn des neuen Jahres würden daher alle Anstrengungen der Erfassung von Ölfrüchten gelten müssen, damit man die Rationssätze durchhalten könne.

Die Reichsleistungen würden erfüllt werden. Man werde auch die neuen Rationssätze bis zur kommenden Ernte durchhalten können, wenn nicht neue Belastungen infolge der Entwicklung der Kriegslage eintreten würden. Voraussetzung sei allerdings die Aufrechterhaltung des Stützpunktsystems. Leider würden in den letzten Wochen verschiedene Stützpunkte, die die Wehrmacht gebildet habe, aufgelöst. Nach Abzug der Stützpunktbesatzung machten sich sofort wieder die alten Zustände breit. Die Hauptabteilung sei

bereits wieder mit den Vorarbeiten für die Ernte 1944 beschäftigt. Die Situation auf dem Eisensektor sei äusserst angespannt. Infolge der geringen Zuteilung könnten z.B. keine Marmeladeneimer mehr hergestellt werden. Im letzten Quartal habe die Hauptabteilung ein Eisenkontingent von 5 600 to bekommen, das bedeutet eine Kürzung um 300%. Um allen Anforderungen gerecht zu werden, würden 29 000 to Eisen benötigt.

Der Herr Generalgouverneur erklärt dazu, dass auf diesem Gebiet unbedingt eine Lösung gefunden werden müsse. Wenn eine Ernährungssteigerung verlangt werde, müssten dazu auch die unbedingt notwendigen Produktionsmittel zur Verfügung stehen.

Präsident Eissfeldt führt aus, dass die Holzabfuhr zu den Sägewerken im Vordergrund gestanden habe. Infolge der Verschlechterung der Sicherheitslage seien 30% des alten Einschlages liegen geblieben. Vor 6 Wochen habe nun der Herr Generalgouverneur einen Holzmobilmachungsplan erlassen. Der Erfolg sei aber infolge des Mangels an Kräften nicht so ausgefallen, wie man es erwartet habe. Von der Restmenge habe man bis jetzt 12% abfahren können. Auch die Abfuhrkapazität gehe infolge der Pferdeeinziheungen, des Verschleisses an Wagen und Geschirren ständig zurück. Er überlege, ob man nicht von der Pferdeabfuhr auf eine motorisierte Abfuhr ausweichen könne; aber auch hier werde die Kapazität immer kleiner, da die Lastwagen kaputt gingen und neue kaum zu beschaffen seien. Etwas steigern lasse sich die Abfuhrkapazität noch bei den Waldbahnen, indem man noch einige Stichbahnen legen werde.

-

Der mit dem 1. Oktober begonnene neue Einschlag sei mit Ausnahme in den ausgesprochen bandenverseuchten Gebieten verhältnismässig gut angelaufen, jedoch bereite hier wieder die Abfuhrfrage grosse Sorgen. Dem suche man dadurch zu begegnen, dass die Hieborte zur Verkürzung der Abfuhrstrecken möglichst nahe an die Sägewerke herangelegt würden. Diese Vorhaben fänden allerdings Grenzen in der Kapazität der einzelnen Sägewerke. Mit Beginn des neuen Jahres müsse unbedingt versucht werden, die Abfuhrkapazität zu steigern, da sonst grösste Schwierigkeiten in der Holzversorgung eintreten würden. Eine weitere wichtige Voraussetzung für die Durchführung des Holzbeschaffungsplanes sei allerdings auch eine Verstärkung der Exekutivkräfte.

Präsident <u>Bauder</u> führt aus, dass die Hauptaufgabe seiner Hauptabteilung darin bestanden habe, den bisherigen Zustand zu erhalten. Grössere Objekte mit Ausnahme solcher des Rüstungssektors habe man nicht mehr durchführen können. Mit vieler Mühe sei es gelungen, das Strassennetz im bisherigen Zustand zu erhalten. Dabei könne er aber hinzufügen, dass auf diesem Gebiet im Generalgouvernement noch mehr getan werden könne als im Reich. Auf dem Gebiete der Wasserwirtschaft habe man ebenfalls das Notwendige durchführen können. Die Leistungen des Einzelnen hätten sich zweifellos infolge der Verbesserung der Ernährung gesteigert; auch die Ernährungsprämien hätten sich günstig ausgewirkt. Infolge der Rüstungsverlagerung seien an das Generalgouvernement ganz grosse Aufgaben herangetreten. Die Decke sei aber zu kurz, und deshalb müsse jeweils nur das Vordringlichste durchgeführt werden. Momentan sei man damit beschäftigt, die Werke, die in den letzten Jahren durch Verwendung der zur Verfügung stehenden schlechten Kohle heruntergewirtschaftet worden seien, Zug um Zug wieder hoch zu bringen. Zur Erneuerung einer Anzahl von Kesseln habe man in Berlin ein zusätzliches

Kontingent von 2700 to Eisen angefordert. Man habe auch eine Verdreifachung der Einfuhr der besseren oberschlesischen Kohle erreichen können, eine weitere Steigerung stehe in Aussicht. Zum Bau der dringendsten Leitungen stehe eine Menge Aluminium zur Verfügung. Auf dem Hochbausektor sei es gelungen, viele begonnene Arbeiten fertigzustellen, nur ein geringer Rückstand bleibe noch übrig. Bei der Errichtung des Kinderlandverschickungslagers in Rabka müssten grosse Schwierigkeiten auf dem Holzsektor überwunden werden; er glaube aber, dass im nächsten Jahr die Fertigstellung erreicht werden könne. Die Verkehrslage sei in diesem Jahr viel günstiger gewesen.

Im nächsten Jahr müsse es das Ziel sein, mit Ausnahme der Durchführung neuer Planungen auf dem Rüstungssektor das Bestehende zu erhalten, in der Land- und Wasserwirtschaft die Dinge voranzutreiben, in der Energiewirtschaft die alten Schäden zu beseitigen und im Hochbau die begonnenen Werke fertigzustellen.

Präsident Struve erklärt, dass die Kräftegestellung für das Reich endlich in vernünftigeBahnen gelenkt worden sei. Das Generalgouvernement müsse dem Reich im kommenden Jahr 100 000 Mann zur Verfügung stellen; dieses Kontingent könne man leicht erfüllen. In Gegenden, in denen Bahnbauten beabsichtigt seien, habe man Schongebiete eingerichtet.

Die Arbeitsdisziplin und Arbeitsmoral im Generalgouvernement habe einen bedenklichen Tiefstand erreicht; die Ursachen dazu lägen nicht so sehr in der allgemeinen politischen Lage, sondern in der ungeregelten Ernährung. Die neue Ernährungsregelung werde nur dazu benützt, um auf diesem Gebiet eine Besserung zu erzielen. Dazu seien von ihm verschiedene Massnahmen getroffen worden, die in Richtlinien zusammengefasst und den Betriebsführern als für sieverpflichtend übergeben worden seien.

Er hege die feste Überzeugung, dass die Staatsautorität in diesem Raum einen gewaltigen Auftrieb erfahre, wenn alle Dienststellen und Betriebsführer nach den in diesen Richtlinien niedergelegten Grundgedanken handeln würden. Die Betriebe seien auch heute noch mit Kräften stark übersetzt: brauche man z.B. 100 Arbeiter, fordere man 150 an; diese Tatsache übe einen schlechten Einfluss auf die Arbeitsmoral aus. Auch das eingerissene Lohn-und Prämienwesen wirke sich schädlich aus und habe gegenseitige Abwerbungen zur Folge.

Regierungskommissar Dr. Heuber berichtet vom Stand der Eingliederung der Hauptgruppe Arbeit in die Zentralkammer für die Gesamtwirtschaft des Generalgouvernements. Da ein bereits ausgearbeiteter Entwurf nicht die Zustimmung der interessierten Hauptabteilungen gefunden habe, habe er mit Präsident Struve einen neuen Entwurf ausgearbeitet, der sich augenblicklich im Umlaufverfahren befinde.

Präsident Gerteis weist zunächst darauf hin, dass die Verkehrslage im Grossdeutschen Raum für den öffentlichen Verkehr im vergangenen Herbst äusserst schwierig gewesen sei. Infolge der frühen Ernte sei die Wagenanforderung zusammen mit dem Neubauprogramm sehr hoch gewesen. Noch im September vergangenen Jahres sei der tägliche Bedarf an gedeckten Wagen 1,6 Mill. gewesen. In diesem Jahre seien 2,3 Mill. gefordert worden, gestellt werden hätten nur 1,5 Mill. können. Dass diese hunderttausend Wagen ausgefallen seien, sei auf die lange Umlaufzeit der Wagen zurückzuführen. Noch im August habe man Umlaufzeiten von 5,5 und 5,2 Tagen gehabt, aber im Oktober sei die Umlaufzeit auf 6 Tage gestiegen. Im Jahre 1943 seien 15 000 Wagen am Tage weniger gestellt worden. Dies sei auch eine Auswirkung der Bombenangriffe, die grosse Anlagen erfasst hätten. Ferner sei das auch eine Auswirkung der zahllosen Alarme über ganz Deutschland, bei denen zwar weiter gearbeitet werde, aber doch ein Stillstand eintrete. Weiter habe auf den Wagenumlauf der Rückstau an Frachten und die Erhöhung des Schadwagenstandes ungünstig eingewirkt. Infolge des Arbeitermangels gebe es zahllose Lagerrückstände. Schliesslich seien besondere Disponierungen notwendig gewesen, um das erforderliche Material mit grossen Leerläufen an die Schwerpunkte des Einsatzes zu bringen.

Für die Ostbahn habe diese missliche Lage nicht die gleichen Auswirkungen wie im Reich gehabt, weil die Ostbahn hinsichtlich der Wagengestellung bevorzugt worden sei. Im Generalgouvernement könnten ja die landwirtschaftlichen Güter nicht gespeichert werden. Im grossen und ganzen sei die Ernte gut abgefahren. Auch die Kohlensituation sei in diesem Jahr so günstig wie noch nie in den früheren Jahren. Der Transport nicht vordringlicher Güter habe allerdings sehr gedrosselt werden müssen. Hier habe sich insbesondere der Ausfall der Wagen für die Düngemitteltransporte sehr unangenehm bemerkbar gemacht. Man hoffe

jedoch, im Dezember und Januar das Versäumte noch nachholen zu können.

Die Betriebslage sei infolge jahrelanger Anstrengungen auf dem Gebiete des Ausbaues des Netzes recht befriedigend gewesen. Jetzt sei es leider umgekehrt, und die Kapazität der Ostbahn könne zur Zeit nur zu 2/3 bis 3/4 ausgenutzt werden. Die Anforderungen des Ostens seien auf dem Wehrmachtssektor, dem Wirtschaftssektor und dem Eisenbahnsektor ausserordentlich gering geworden.

Die Bauten hätten auch im Jahre 1943 einigermassen befriedigend fortschreiten können, wenn auch das Ziel aus Mangel an Arbeitskräften und Kontingenten nicht habe erreicht werden können. Für 1944 würden voraussichtlich Teile der grossen Bauten für spätere Zeit zurückgestellt werden müssen, so z.B. die Neubaulinie von Radom bis Lublin und die sogenannte Weichselbahn bis nach Rozwadow, während andere Bauten weiterliefen und eine gewisse Vermehrung dadurch erführen, dass Teile der Nordsüdlinie von Malkinia zweigleisig ausgebaut würden. Daneben liefen noch der Bau der dritten und vierten Gleise bei Przemysl und der Ausbau im Lemberger Bezirk. Nach den bisherigen Dispositionen scheine es auf dem Arbeitsgebiet mit Hilfe der Tätigkeit des Baudienstes zu gelingen, soviele Arbeitskräfte für 1944 zu erhalten, dass das für 1944 vorgesehene Bauprogramm durchgeführt werden kann, vorausgesetzt, dass das notwendige Eisen und der erforderliche Treibstoff vorhanden seien.

Was die Ernährungslage angehe, so sei die Umstellung auf den neuen Plan nicht leicht gewesen. Die Versorgung von 150 000 Mann mache es notwendig, dass dafür alle Kreishauptleute, Arbeitsämter und andere Dienststellen in Bewegung gesetzt würden. Erst seit Dezember dieses Jahres habe überall das neue System Eingang gefunden, während vorher als Übergangsregelung teilweise andere Massnahmen hätten getroffen werden müssen. Die Auswirkung selbst sei propagandistisch nicht so auszuwerten, wie Präsident Struve es habe erwarten lassen. Für A-Betriebe sei die Gesamtbilanz nicht so günstig, wie für

andere Betriebe, die in die Regelung nicht einbezogen würden. Die Zuteilung von Lebensmitteln, wenn man Küchenverpflegung miteinbeziehe, sei für die 50% unverheirateter Leute erheblich geringer als früher. Es fange erst bei kinderreichen Familien mit einem Plus an Fleisch, Fett und Brot an. Die Sätze würden dort tatsächlich erreicht, die Lebensmittelmengen auch heute ungefähr überall geliefert. Im allgemeinen sei aber die Auswirkung die, dass von den Leuten darauf hingewiesen werde, sie bekämen weniger als bisher. Propagandistisch sei also mit dieser Neuregelung nicht viel zu erreichen.

Die Arbeitsleistung habe sich im vergangenen Jahr auf Grund des Prämiensystems erheblich gehoben. Er könne erfreulicherweise hinsichtlich der Ausbesserung der Fahrzeuge, für die 30 000 Arbeiter beschäftigt würden, berichten, dass man in zwei grossen Ausbesserungswerken im Distrikt Krakau die Reichsleistungen noch übertroffen habe, nämlich in Neu-Sandez und Tarnow. Am schlechtesten stehe es in Warschau, wo man mit den Leistungen noch um 30 Köpfe für eine Leistungseinheit höher stehe als im Reich, während man in Lemberg mit 44 auf die Reichsleistung komme. Von Januar bis November habe sich die Leistung pro Mann um 31% gehoben.

Nicht so erfreulich sei die Preisgestaltung. Die Verhandlungen in den letzten Tagen hätten ergeben, dass die Preisgestaltung bei der Industrie z.B. auf dem Gebiet der Fahrzeugreparatur derartig sei, dass er, Präsident Gerteis, den Abschluss eines Vertrages vorläufig ausgesetzt habe. Angesichts der Tatsache, dass Zuschläge errechnet würden, die nicht mehr verantwortet werden können, seien die Kosten der Reparatur eines bestimmten Fahrzeuges, in Lohnstunden umgerechnet, doppelt so hoch, wie diejenigen eines Neubaues des gleichen Fahrzeuges. Über diese Frage werde zur Zeit noch mit dem Amt für Preisbildung verhandelt. Die Bilanz des vergangenen Jahres werde voraussichtlich befriedigend sein. In letzter Zeit kämen aller-

dings noch neue Momente hinzu, die für das Jahr 1944 zu grosser Vorsicht mahnten. Hier spiele vor allem der Rückgang des Verkehrs eine ausschlaggebende Rolle. Wenn die neue Tarifordnung für öffentliche Betriebe in der vorgesehenen Form auf dem Verordnungswege eingeführt werde, dann werde für die nichtdeutschen Arbeiter eine Mehrausgabe von 70 Mill.Zl. entstehen. Aus dem Reiseverbot für Nichtdeutsche, wenn es in der bisherigen Weise gehandhabt werde, müsse man wohl mit einem Ausfall von 150 bis 200 Millionen rechnen. Da diese Ausfälle nicht zu tragen seien, müsste gegebenenfalls der Personenverkehr rücksichtslos gedrosselt werden, womit auch die deutsche Verwaltung getroffen würde, oder man müsste eine 30%-ige Tariferhöhung für alle Personenzüge eintreten lassen, was dann wieder Unruhe in die Preisbildung hineinbrächte. Staatssekretär Koppe habe vorgesehen, die Bestimmungen etwas zu lockern, damit dann, wenn keine polizeilichen Bedenken gegen die Person des Reisenden beständen, das Reisen eher gestattet werden könne. Im übrigen werde abgewartet werden müssen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Wochen entwickelten.

Präsident Dr. Lauxmann kann zunächst berichten, dass die Überfälle und Sabotageakte auf die über das ganze Land verbreiteten Postanstalten im letzten Monat ganz erstaunlich nachgelassen hätten. Während es im Monatsdurchschnitt bisher 312 Fälle gewesen seien, habe die Zahl der Überfälle im November nur noch 169 betragen. Die Zahl der Zerstörungen von einzelnen Fernmeldeapparaten sei ebenfalls gesunken, und zwar von 693 im Oktober auf 439 im November.

Die Bahnposten mit ihrem schlechten Personal, hauptsächlich im Reich, hätten wenig befriedigend gearbeitet, so dass die Briefzustellungen grosse Verzögerungen erlitten. Man habe die Verarbeitung der Postsendungen mit dem nötigen Fachpersonal auf Warschau und Krakau abgestellt. Das Reich habe sich entschlossen das gleiche Verfahren für sein Gebiet anzuwenden, habe es in 24 Gebiete eingeteilt und seit dem 15. Nov. das

sogenannte Krakauer Verfahren eingeführt, allerdings mit dem Erfolg, dass eine grosse Unruhe entstanden sei, weil sich die Reichsstellen noch nicht auf das neue Verfahren hätten einstellen können.

Eine weitere Massnahme der Reichspost sei anlässlich der Terrorangriffe getroffen worden. Danach könne jeder aus einer von einem Terrorangriff betroffenen Stadt unentgeltlich Lebensnachrichten an Verwandte und Bekannte im übrigen Reichsgebiet schicken. Umgekehrt könne jeder nach einer Stadt eine unentgeltliche Anfrage über den Verbleib seiner Angehörigen richten.

Die Zurücknahme der Front habe in den Postverkehr des Generalgouvernements eine grosse Unruhe gebracht: die gesamte Post sei wieder zurückgeschickt worden und habe neu bearbeitet werden müssen.

Auf dem Fernmeldegebiet sei es so weit, dass man mit dem neuen Siemensamt im März fertig werde. Dadurch werde endlich der Fernsprechverkehr im Generalgouvernement in eine ordnungsmässige Form gebracht. Zur Zeit sei eine gewisse Beruhigung schon dadurch eingetreten, dass man mit den Arbeiten bereits begonnen habe. Nach Durchführung einer Reihe von Bauten werde man 24 neue Fernsprechwege ins Reich erhalten.

Eine neue Massnahme, die die deutsche Post Osten auch zuerst getroffen habe, sei die der Einteilung der Fernsprechteilnehmer in vier Gruppen. Man unterscheide hier die dringenden Staatsgespräche der Regierung, der Gouverneure, der Kreishauptmänner und der ihnen gleichgestellten Dienststellen, als zweites die dringenden Staatsgespräche, die nur eine Wartezeit von wenigen Minuten erfordern, ferner Gespräche der kriegswichtigen Industrie mit einer Wartezeit von durchschnittlich 20 Minuten, ferner die Gespräche der übrigen Deutschen, die eine Wartezeit von 20 Minuten bei Blitzgesprächen und von 60 Minuten bei dringenden Gesprächen erfordern. Erst nach ihnen kämen die polnischen Blitzgespräche.

Präsident Dr. Senkowsky bezeichnet die Finanzlage des Generalgouvernements als ausgeglichen. Auch für die zukünftige Entwicklung bestehe keine besondere Gefahr. Allerdings würde eine derartige Steigerung in der Gesamtsumme der Einnahmen-und Ausgaben, wie sie im letzten Jahre Platz gegriffen habe, in Zukunft nicht mehr möglich sein. Es habe sich gezeigt, dass die für das vergangene Jahr eingesetzte Einnahmeziffer habe gerade noch erreicht werden können und dass verschiedene Hoffnungen, die insbesondere auch von den zuständigen Referenten im Reichsfinanzministerium gehegt worden seien, nicht zugetroffen seien.

Grosse Schwierigkeiten bereite die Beitreibung der Steuerrückstände, und der laufenden Steuern auf dem flachen Lande und in der Stadt. Bei einer Anzahl von Finanzinspektoren betrage dieser Ausfall etwa 12%. Die Ursachen für diese Ausfälle seien verschiedener Art: Einmal werde von Seiten der Widerstandsbewegung ein starker Druck auf die nichtdeutschen Beitreibungsorgane ausgeübt. Waffen könne man ihnen nicht in die Hand geben, da sie dann wegen dieser Waffen angegriffen würden. Des weiteren könnten Beitreibungsgelder des flachen Landes nicht auf den Postanstalten eingezahlt werden, so dass die Eintreibungsorgane ständig grössere Geldsummen mit sich führen müssten und aus diesem Grunde häufigen Angriffen ausgesetzt seien. Er schätze den Ausfall bei den direkten Steuern auf etwa 10%. Die Rückstände seien bis auf 400 Mill. Zl. angelaufen, und es sei fraglich, ob diese Summe noch eingebracht werden könne. Eine dringende Voraussetzung für die Einhaltung des Haushaltes jetzt und auch in den kommenden Jahren sei die Stabilität auf dem Lohn und Preisgebiet. Neue Pläne des Präsidenten der Hauptabteilung Arbeit kosteten dem Staat 120 Millionen Zl.

Ursprünglich habe die Hauptabteilung Arbeit erklärt, dass die Gesamtlohnsumme nicht steigen solle, sondern lediglich Akkordlöhne und Lohnabstufungen eintreten sollten, um dadurch eine Leistungssteigerung zu bewirken. Nun werde plötzlich davon gesprochen, dass eine Lohnerhöhung von 30% notwendig sei. Diesem Plan der Hauptabteilung Arbeit könne er nicht folgen. Eine Entscheidung über diesen Plan sei noch nicht ergangen und es werde darüber bei Staatssekretär Dr. Bühler noch eine eingehenden Besprechung stattfinden.

Vorige Woche habe er sämtliche Werksleiter der Monopole zu einer Besprechung zusammen gerufen und dabei festgestellt, dass über die Verteilung von Schnaps und Zigaretten an die Arbeiter der Monopolverwaltung die unglaublichsten Märchen umgingen. In Wirklichkeit erhalte seit dem 1. Oktober jeder Angehörige der Monopolverwaltung nur 1 Ltr. Schnaps und 200 Zigaretten monatlich.

In der Erzeugung der Monopole sei dank der guten Zusammenarbeit insbesondere mit der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft ein Rückgang bis jetzt nicht eingetreten, sondern sogar im Zusammenhang mit den Plänen der E & L eine Produktionssteigerung auf dem Gebiet des Branntweines vorgesehen. In Zukunft würden statt 10 Mill. Ltr. in der jetzigen Ernteperiode 30 Mill. Ltr. erzeugt. Die Monopolverwaltung könne ihren Versorgungspflichten nachkommen und auch die Ablieferungen an die Finanzen erfüllen.

Die Vorarbeiten für den Haushalt 1944 seien zur Zeit im Gange, und es werde möglich sein, den Haushalt voraussichtlich noch um einige Monate früher als den Haushalt 1943 fertigzustellen. Das sei nicht nur der vorbildlichen Arbeit seiner zuständigen Abteilungen, sondern insbesondere auch der aller beteiligten Hauptabteilungsleiter und Distrikte zu danken. Trotzdem bitte er aber dringend

um Einhaltung der gestellten Termine.

Bankdirigent Paersch führt aus, dass bei der Emissionsbank als einem Institut, dessen Belegschaft ausschliesslich mit Geld zu tun habe, das Problem der Ernährung im Vordergrund gestanden habe. Die Neuregelung auf diesem Gebiet vom 1. Sept. habe gewisse Auswirkungen gezeigt, wie sie auch schon Präsident Gerteis vorgetragen habe; für Ledige sei die Regelung nicht recht befriedigend, trotzdem lasse sich aber insgesamt ein gewisser Fortschritt feststellen.

Neben dem Ernährungsproblem stehe das Problem der Sicherheit im Vordergrund. Die Emissionsbank habe in diesem Jahre zwei Überfälle zu verzeichnen; einige grössere Überfälle auf Geldtransporte hätten erfolgreich verhindert werden können. Trotzdem bilde der Schutz der Geldtransporte gegenwärtig eine der Hauptsorgen. Mit der Polizei bestehe eine vertrauensvolle Zusammenarbeit. Die Anlage der Transporte müsse aber weitgehend auf den Kräftemangel der Polizei Rücksicht nehmen; daher sei es notwendig, die aus Risikogründen angestiegene Transportzahl mit kleineren Beträgen zu vermindern. Für die ausgesprochen grossen Geldtransporte stehe der Polizei im engen Zusammenarbeiten mit der Wehrmacht ein Panzerzug der Wehrmacht zur Verfügung. Die Tatsache, dass zwei Panzerwagen den An-und Abtransport des Geldes zum Panzerzug begleiten, habe sich sehr bewährt. Die Wehrmacht verbindet damit gleichzeitig die Ausbildung der Besatzung des Panzerzuges. Bei den übrigen Transporten sei die Polizei bemüht, soweit als möglich die Sicherheit zu verstärken; er wäre aber jedoch dem Staatssekretär für das Sicherheitswesen besondersdankbar, wenn hier noch Verstärkungen an Polizeikräften

gestellt werden könnten. Der verhinderte grosse Überfall in Warschau zeige, dass der Beraubungswille auf diesem Gebiet im Wachsen sei.

Der Schutz der Niederlassungen und der dort befindlichen Bestände sei nach wie vor unzureichend. Schuld daran sei der Kräftemangel; trotzdem müsse er aber auch nur um eine Verstärkung des Schutzes bitten. Der Selbstschutz sei soweit als möglich angespannt. Bei der Regierung habe er um die Zurverfügungstellung weiterer Maschinenpistolen gebeten. Die Geldanstalten seien zu kleinen Festungen ausgebaut worden. Dem Selbstschutz sei aber angesichts des bescheidenen Anteils der Reichsdeutschen Belegschaft natürliche Grenzen gesetzt.

Präsident Ohlenbusch weist darauf hin, dass die Stimmung und die Haltung der polnischen Bevölkerung zweifellos durch die militärischen Misserfolge an allen Fronten und durch die feindlichen Terrorangriffe auf das Reichsgebiet stark beeinflusst worden seien. Im Generalgouvernement habe die Ausrufung des Standrechtes weiteren starken Eindruck gemacht. Der Durchschnittspole sei müde und ersehne die Wiederkehr normaler Verhältnisse. Die Terroristen unter ihnen glaubten, dass die deutsche Macht in Europa entweder schon erschüttert sei oder dass dem nachgeholfen werden müsse. Die alliierte Rundfunkpropaganda versuche den Eindruck zu erwecken, dass es in den besetzten Ländern drunter und drüber gehe.

Die angekündigte Lebensmittelerhöhung vom 1.Sept. habe in der polnischen Bevölkerung des Generalgouvernements nicht den Eindruck hinterlassen, den er vom propagandistischen Standpunkt erwartet habe. Durch diese Erhöhung seien die Arbeiter, die bis dahin eine Werkverpflegung bekommen hätten, benachteiligt worden. Massgebliche Teile der polnischen Bevölkerung verhielten sich weiterhin ablehnend. Neben diesen Lebensmittelsorgen türmten sich auf die Bevölkerung des flachen Landes mit grosser Wucht die Sorgen um den Besitz und die Sicherheit

der Person; denn die notwendigen deutschen Massnahmen, wie z.B. Zwangsbeitreibung von Vieh, Ablieferung von Getreide wirkten auf die Stimmung der Bevölkerung sehr nachteilig. Die feindlichen Agenten hätten daher ein leichtes Spiel, die Polen gegen die deutsche Herrschaft aufzurütteln. Wenn sich auch ein grosser Teil der Bevölkerung daran nicht beteiligte, so könne diese stetig steigende Entwicklung doch nicht auf die leichte Schulter genommen werden. Langsam ringe sich die Überzeugung durch, dass der Bolschewismus für die Polen keine grössere Gefahr als die deutsche Herrschaft darstelle.

Die Massnahmen der Polizei auf dem Gebiete des Standrechts und der Exekution hätten sich vorteilhaft ausgewirkt; der deutschen Herrschaft bleibe vorerst auch kein anderer Weg übrig als diese harten Massnahmen. Zu überlegen wäre, ob man nicht aus Zweckmässigkeitsgründen die Exekutionen möglichst dort vornehmen lasse, wo das Attentat auf einen Deutschen erfolgt sei. Vielleicht müsse man auch überlegen, ob man nicht dafür besondere Exekutionsstätten schaffen wolle, denn es sei festgestellt worden, dass die polnische Bevölkerung zu den jedermann zugänglichen Exekutionsorten ströme, um die blutgetränkte Erde in Gefässe zu füllen und diese in die Kirche zu bringen. Vielleicht könne man die Sühne der Attentate an Deutschen auch durch Erhängen der Täter durchführen.

Auf dem kulturellen Sektor sei es der Hauptabteilung gelungen, den Rahmen des Vorjahres zu halten, allerdings würden die Schwierigkeiten immer grösser. Das Niveau der KDF-Veranstaltungen sei nicht mehr so hoch wie am Anfang, da die jetzt eingesetzten Ensemble nicht mehr die nötige Qualität aufwiesen.

Präsident Ohlenbusch bittet dann Obergruppenführer Koppe um eine noch engere Zusammenarbeit zwischen Propaganda und Sicherheitswesen.

Präsident Eichholz führt aus, dass der Ausbau des deutschen Schulwesens auch im vergangenen Jahr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Möglichkeiten vorwärts getrieben worden sei. Die Errichtung von Schülerheimen sei zu einem gewissen Abschluss gekommen, da vorläufig nicht mehr gebaut werden könne. Der Lehrermangel sei auch im letzten Jahr immer grösser geworden. Mit hier in letzter Zeit eingesetzten russlanddeutschen Lehrern habe man leider nicht die besten Erfahrungen machen können. Auf der anderen Seite bestünden im Generalgouvernement für den Unterricht noch Möglichkeiten, die im Reich nicht mehr vorhanden seien; hier gebe es wenig Zerstörung, keine geköpfte Oberschule; die Schüler der oberen Klassen würden nicht zum Dienst als Luftwaffenhelfer herangezogen. In zunehmendem Maße jedoch müssten Schulgebäude für Zwecke der Wehrmacht zur Verfügung gestellt werden. Er hoffe, aus den zerstörten Schulen des Reiches freigewordene Lehrkräfte ins Generalgouvernement zu bekommen.

Im nichtdeutschen Schulwesen sei die Einführung von Lehrplänen in den polnischen Volksschulen und die Schaffung von polnischen Lehrbüchern zum Zwecke einer besseren Überwachung eine wichtige Hauptaufgabe der Hauptabteilung im vergangenen Jahr gewesen. An den Lehrplänen für die ukrainischen Schulen werde noch gearbeitet. Durch Erlass des Staatssekretärs seien die Fachkurse in Lemberg auf eine feste Grundlage gestellt worden. Ein schwieriges Problem bilde hier aber für die Zukunft die Gestellung des nötigen Nachwuchses aus den polnischen Kreisen.

Diese Frage werde in den kommenden Monaten zur Lösung drängen.

Auf dem Gebiete der Wissenschaft weise er nur auf die durch eine Anregung des Herrn Generalgouverneurs gegründete Gesellschaft der Wissenschaften im Generalgouvernement hin, in der das wissenschaftliche Leben im Generalgouvernement zusammen gefasst sei.

Präsident Wille erklärt, dass sich in der Justiz im abgelaufenen Jahr die Ende 1942 ergriffenen Vereinfachungsmassnahmen ausgewirkt hätten. Mit einem möglichst geringen Aufwand an Arbeitskräften würden die Aufgaben der Justizverwaltung jetzt bewältigt. In diesem Jahr sei man noch dazu übergegangen, auf handelsrechtlichem Gebiet Vereinfachungen zu schaffen, wie z.B. eine Einschränkung der Bekanntmachungen im Amtlichen Anzeiger. Grosse Sorgen habe die Sicherheit der Strafanstalten bereitet. Im abgelaufenen Jahr hätten auf Anstalten einige Überfälle von aussen stattgefunden, grösserer Schaden sei jedoch dabei nicht angerichtet worden. In den letzten Monaten seien solche Überfälle allerdings nicht mehr zu verzeichnen. Die Justizverwaltung habe versucht, die Bewaffung der Aufsichtskräfte der Anstalten zu vervollständigen. Dies sei auch zum Teil gelungen. Ausserdem habe man auf Wunsch des Reichsführers SS Himmler eine grössere Anzahl von Gefangenen ins Reich transportiert. Dagegen hätten allerdings in letzter Zeit verschiedene Dienststellen Einspruch erhoben, da die Strafanstalten des Generalgouvernements für kriegswichtige Aufgaben nicht mehr genügend Gefangene zur Verfügung stellen könnten. Der Einsatz der Gefangenen erfolge zum grössten Teil innerhalb der Anstalt, jedoch auch ausserhalb wie z.B. in Steinbrüchen.

Die Gesamtzahl der Gefangenen betrage zur Zeit ungefähr 15 000, nachdem man mehrere Tausend in das Reich abtransportiert habe. Für den Arbeitseinsatz seien am besten langfristige Gefangene zu gebrauchen.

In allerletzter Zeit habe die polnische Widerstandsbewegung polnische Strafanstaltsaufseher ausserhalb der Anstalt erschossen.

SS-Obergruppenführer Koppe führt aus, dass sich die Polizei aller Sparten im Generalgouvernement darüber vollkommen im klaren sei, dass die erste Voraussetzung für den weiteren Aufbau dieses Raumes, Sicherheit, Ruhe und Ordnung sei. Reichsführer SS Himmler habe ihm bei seiner Berufung nach Krakau den Befehl gegeben, alles zu unternehmen, um die polnischen Aktivisten im Generalgouvernement zu dezimieren. Er habe sich nun die endgültige Wiederherstellung der Sicherheit im Generalgouvernement zum Ziele gesetzt.

Allgemein bekannt sei, dass die polnischen Widerstandsorganisationen seit einem Jahr eine ausserordentlich unangenehme Aktivität entfalteteh, die gerade in den letzten Monaten viel deutsches Blut gekostet habe. Zur Ehre seines Vorgängers, der sich redlich bemüht habe, mit den Dingen fertig zu werden, müsse er erklären, dass die Gründe hierfür nicht allein etwa in einem Versagen der Polizei zu suchen seien. Schuld daran seien nicht zuletzt die Ernährungslage und die Lage an der Ostfront.

Beim fremdvölkischen Gegner müsse man zwischen Widerstandsorganisationen und Banden unterscheiden. Die Widerstandsorganisation setze sich aus Polen und Ukrainern zusammen, habe eine

nationale und kommunistische Richtung, und dazu kämen noch verschiedene Offiziere und andere Widerstandsorganisationen. Die Zahl der Banden sei verhältnismässig gross. Zwischen den Widerstandsorganisationen und den Banden bestehe unbedingt ein ursächlicher Zusammenhang. Die Banden erhielten Zuzug durch Fallschirmabsprünge, die aus der Sowjetunion oder aus England kämen und bestens geschult seien. Bezüglich der Stimmung bei den Nationalen könne man feststellen, dass in den letzten Monaten eine gewisse Niedergeschlagenheit vorherrsche. Sie hätten Angst vor dem Kommunismus und wüssten nicht recht, was sie unternehmen sollten.

Die Attentate seien in der letzten Zeit zahlenmässig zurückgegangen, wenn sich auch in den letzten 14 Tagen einige sehr unangenehme Fälle ereignet hätten. So seien in Warschau Polizisten bei einer Fahrt durch die Stadt mit Handgranaten angegriffen worden; dabei habe es einige Tote gegeben. Ein Fronturlauberzug sei in der Nähe Warschaus auf Minen gelaufen, wobei die Lokomotive entgleist sei und der Zug dann aus 8 m Entfernung mit Maschinengewehren beschossen worden sei. Es habe 15 Tote und 30 mehr oder minder Verletzte gegeben. Vor wenigen Tagen seien ein Oberregierungsrat und ein Regierungsinspektor erschossen worden. Die Polizei habe bei diesen Fällen tatkräftig zugepackt. Sie lehne es allerdings ab, irgendwie Leute aus dem Volk festzunehmen, die mit den Vorgängen selbst nichts zu tun hätten. Für das Eisenbahnattentat habe man 150 und für die beiden deutschen Beamten 50 polnische Terroristen entweder am Tatort oder in allernächster Nähe hingerichtet. Der Öffentlichkeit habe man durch entsprechende Plakatierung Kenntnis davon gegeben. Er habe den Eindruck, dass diese Massnahmen nicht ohne Auswirkungen blieben; besonders die nationalen Widerstandskreise seien sehr schockiert. Man müsse bedenken, dass bei einer Erschiessung von 200 Menschen mindestens 3000 Personen (engste Angehörige) betroffen

würden. Diese Hinterbliebenen machten nun die Attentäter für den Tod ihrer Angehörigen verantwortlich. Er glaube bestimmt, dass die Beibehaltung dieser scharfen Massnahmen am Ende positive Auswirkungen zeigen werde. Auch die Engländer und Franzosen hätten während der Besatzungszeit im Rheinland exekutiert, und diese Exekutionen hätten damals auf die Deutschen auch ihre Wirkung ausgeübt. Wenn diese scharfen Massnahmen weiterhin in Kraft blieben, müsse auf der Gegenseite früher oder später eine Erlahmung eintreten.

Die Zahl der Aktivisten in diesem Raum sei noch gering, viel grösser jedoch sei die Zahl der Polen, die zum Aktivismus neigten, sich aber im Augenblick noch in der Bereitschaft befänden. Sie warteten auf die "Nacht der langen Messe". Diese Zahl sei recht gross, man könnte sie nicht schätzen, er rechne aber bestimmt auf viele Hunderttausende, wenn nicht gar eine Million und mehr. Vollkommen falsch wäre es, vor diesen die Augen zu schliessen.

Die Taktik der Gegner insbesondere der Banden sei etwa folgende: die Banden träten einmal in grösserer und dann wieder in kleinerer Anzahl auf. Die Ursache hierzu sei das Vorhandensein einer Stammbande in einer bestimmten Gegend, die aus den in der Nähe ihres Stammsitzes liegenden 20 oder 30 Ortschaften je nach Bedarf Leute einberufe. Die Taktik des Gegners ziele darauf ab, im Ernstfalle aus diesen Stammbanden Bataillone, Regimenter und grössere Einheiten aufstellen zu können. Sie besässen einen exakten Mobilmachungsplan. Heute bestünde schon eine illegale Armee, mit der man rechnen müsse.

Die Zahl der Handfeuer-und Maschinenwaffen sei sehr gross. Er habe bereits vor 1 1/2 Jahren im Warthegau beobachten können, wie an der nördlichen Grenze des Warthegaues der Gegner Nacht für Nacht ins Generalgouvernement eingeflogen sei. Diese Flugzeuge hätten laufend Lastenfallschirme mit den verschiedensten Waffen wie Maschinengewehre, Maschinenpistolen, ungeheure Mengen von Munition, Sprengstoff,

Kurzwellensendern, Pioniersprenggerät, Tretminen usw. abgeworfen. Diese nächtlichen Einflüge seien die Basis für die weitere Entwicklung ihrer Waffenbestände gewesen. Der Gegner besitze sogar Artillerie und Granatwerfer.

Die Polizei habe umfassende Massnahmen eingeleitet, um durch eine entsprechende Beobachtung in den Besitz dieser Waffen zu kommen. In Krakau habe man in den letzten Wochen bereits viel Material sicherstellen können. Ein weiteres Mittel in der Hand des Gegners stellten Gift und Bazillen dar. Hier brauche man zwar keine allzu grossen Sorgen zu haben, jedoch sei grösste Vorsicht am Platze. Man müsse dafür sorgen, dass die Giftschränke der Apotheken besonders gut abgeschlossen würden. Die Institute, in denen Bazillen gezüchtet würden, müssten überholt werden.

Die Nachrichtengeräte seien die moralische Korsettstange der Widerstandsbewegung, da ihre Angehörigen durch sie in ständiger Verbindung mit Moskau und London stehen könnten.

Die Widerstandsorganisationen und die Banden zielten darauf ab, das frühere Polen wieder zu errichten. Sie gingen dabei von der Voraussetzung aus, dass eines Tages die deutsche Front im Osten zusammenbrechen müsse, und dass sie dann möglichst bald durch Unterstützung von Fallschirmspringern Polen wieder restaurieren und sofort eine polnische Verwaltung errichten müssten. Sie wollten die Russen auf ihrem Weg nach dem Westen vor die Tatsache stellen, dass bereits wieder ein Polen existiere. Diese Überlegungen der Widerstandsbewegung stellten natürlich eine absolute Utopie dar.

Die eigenen Polizeikräfte im Raum seien zahlenmässig ausserordentlich schwach. Trotz seiner Bemühungen habe er aus Berlin nur 50 Männer erhalten können.

In Warschau hätte bisher die geradezu lächerliche Zahl von 240 Beamten den Einzeldienst versehen. Auf Grund seiner Bemühungen habe man nun diese Zahl um 70 Mann verstärken können. Natürlich gebe es auch noch die Truppenpolizei; diese sei aber im Bandenkampf derart angespannt, dass man unmöglich auch nur eine Kompanie herausziehen könne.

Die geringen deutschen Kräfte müssten durch einen entsprechenden Einsatz und durch geschickte Führung ausgeglichen werden. Er habe den schärfsten Einsatz aller polizeilichen Kräfte angeordnet. Die Männer seines Stabes würden ebenfalls zweimal in der Woche eingesetzt. Für die ganze Polizei gebe es kein Wochenende mehr, bis eine Besserung der Sicherheitslage erreicht sei. Als verlängerter Arm der Polizei gelte zunächst die allgemeine SS; ihre Ausbildung und Schulung werde in Zukunft noch intensiver durchgeführt, denn gerade durch Schulung lasse sich viel erreichen. Er habe seinen Männern erklärt, dass sich jeder SS und Polizeiangehörige zu jeder Tages-und Nachtzeit im Dienst befinde; sie müssten überall die Augen offen halten. Eine Streife, die blind durch die Strassen gehe, sei wertlos. Leider sei das Menschenmaterial nicht mehr gut. Nur durch ständiges Wirken habe die Polizei Erfolge. Wenn man die Bevölkerung durch ständige Polizeiaktionen, Streifen und Patrouillen auf eine intensive Tätigkeit der Polizei hinweise, habe sie Angst, Waffen zu tragen oder irgendwelche Aktionen zu planen.

Die dünne Decke deutscher Menschen im Generalgouvernement müsse noch mehr geschult und zur Mitarbeit herangezogen werden. Auch die deutschen Frauen müssten mitarbeiten. Der deutsche Mensch hier passe zu wenig auf. Jeder Deutsche, der hier lebe, müsse sich als verlängerter Arm eines Nachrichtendienstes fühlen; er müsse alle Wahrnehmungen sofort der Polizei melden. Weiter sei im General-

gouvernement ein gewisser Selbstschutz notwendig. Er habe seine Einheiten angewiesen, die deutsche Stärke immer wieder durch Marschieren zu betonen.

Unbedingt notwendig sei die Schaffung eines dichtmaschigen V-Mann-Netzes. Jeder deutsche Mensch sei dazu brauchbar; aber auch mit dem Polentum müsse man das versuchen. Je mehr V-Männer vorhanden seien und je besser deren Qualität sei, desto leichter tue sich die Polizei in ihrer Arbeit. Es dürfe nichts mehr geschehen, was die Polizei nicht kontrollieren könne. Je mehr Nachrichten der Polizei durch solche Kanäle zugeführt würden, desto mehr sei sie in der Lage, Aktionen durchzuführen. Der Schwerpunkt liege beim Angriff; in Zukunft würden Strassenkontrollen, Zugkontrollen, Hausdurchsuchungen, Razzien in Wohnungen und Gasthäusern durchgeführt werden. Man müsse auch dazu kommen, eine Stadt wie Warschau im Bedarfsfalle vollkommen abriegeln zu können. Die Unternehmungen gegen die Banden würden in Zukunft generalstabsmässig vorbereitet werden. Heer und Luftwaffe hätten bereitwillig Kräfte zugesagt. Wo sich Banden zeigten, müsse von der Polizei sofort eingeschritten werden. Notwendig sei auch, dass inerhalb der Polizei exakte Alarmpläne ausgearbeitet würden. Wenn die Tätigkeit der Banden grösseren Umfang annehme, müsse auf jeden Deutschen gerechnet werden; er könne dann nicht seine Familie vorschützen, sondern müsse mit der Waffe in der Hand antreten. Seinen Männern habe er die Aufgabe erteilt, vorbereitende Angriffs-und Einsatzpläne für jede Stadt und auch für das flache Land auszuarbeiten. Bei Luftangriffen werde der grösste Teil der Polizei und der Feuerlöschpolizei aus der Stadt herausgebracht, um dann nach dem Angriff mit ~~ihrer~~ vollen Einsatzstärke eingreifen zu können. Er habe auch angeordnet, dass seine Führer und Unterführer

im Sprengdienst ausgebildet werden. Einige hundert kilo Sprengstoff seien bereits zu geballten Ladungen verarbeitet. Zur Beobachtung der Fallschirmspringer und der Lastenfallschirme müssten Meldeköpfe geschaffen werden.

Um einem Verlust von Waffen an Banden vorzubeugen, bitte er, für grössere Aufmerksamkeit sorgen zu wollen. Jede Abteilung und jeder Einzelne müsse in Zukunft grösste Vorsicht in der Aufbewahrung der Waffen üben. Er werde in Zukunft jeden Angehörigen der Polizei, der Waffen besitze und sie im Kampfe mit den Banden nicht bestens verteidige, bestrafen lassen.-Das Gleiche gelte auch für die Lagerung der Munition.

Der Herr Generalgouverneur spricht SS-Oberführer Koppe Dank und Anerkennung für seine tatkräftige Arbeit aus und gibt seiner Befriedigung Ausdruck, dass an der Spitze des Polizeiwesens im Generalgouvernement ein Fachmann von grosser Qualität stehe. Er verspricht SS-Obergruppenführer Koppe die tatkräftige Mitarbeit aller Dienststellen des Generalgouvernements und gibt ihm die besten Wünsche für ein gutes Gelingen seiner Arbeit mit auf den Weg.

Zum Schluss der Sitzung lenkt Gouverneur Kundt das Augenmerk auf aufgetretene Misshelligkeiten bei dem durch Erlass des Herrn Generalgouverneurs angeordneten Quartierfeststellungen der Wehrmacht.

Der Herr Generalgouverneur weist darauf hin, dass deswegen in den nächsten Tagen eine grosse Besprechung mit der Wehrmacht stattfinden werde. Gleichzeitig teilt er mit, dass die Probleme des Luftschutzes einer besonderen Besprechung vorbehalten bleiben.

Schluss der Sitzung: 14^{00}